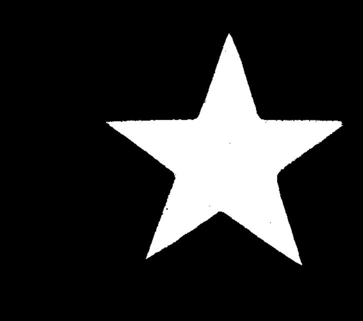
M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w





Sowjetunion und Dritte Welt II. Teil

Nr. 116 März 1984 DM 5,00

impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003. Bürozeiten: Mo. - Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Christian Dierstein, Benedikt Fehr, Wolf-Matthias Gall, Walter Hättig, Andrea Hassur, Uli Kieser, Werner Kobe, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz und Druck: SOAK Hannover, Tel. (0511) 17618

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, Lollar, Telefon: 06406/5127

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).

Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 52,- (bzw. 42,-)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76, (bzw. 66,)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-//ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 117:
17. April 1984

Anzeigenschluß für Nr. 117:
24. April 1984

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Westpapua

Die Westpapua verstärken den Widerstand gegen Indonesien

Als der Papuaführer Seth Rumkorem von der Unabhängigkeitsbewegung OPM (= Organisation Freies Papua) Mitte September 1982 im unabhängigen Ostteil der Insel Papua Neu Guinea die Waffen niederlegte und nach Europa ins Exil ging, schien das Ende des Widerstandes der Papua gegen die indonesische Besetzung des Westteils der Insel gekommen. Um so überraschter registrierten selbst Kenner der Situation in Südostasien Anfang 1984 Meldungen über um sich greifende Unruhen und Kämpfe in Westpapua.
Schließlich nahmen die Auseinandersetzungen zwischen der indonesischen Armee und der OPM ein derartiges Ausmaß an, daß Indonesiens Außenminister Kusumaatmadja die Kämpfe ebenso wie die Desertion von Soldaten zugeben mußte; ein Novum in der Informationspolitik der Militärdiktatur, die bislang sogar die Existenz der OPM offiziell geleugnet hat.
Wie kam es zu dieser Entwicklung und was ist der Hintergrund der jüngsten Kämpfe?
Nach dem Ende der niederländischen Kolonialzeit und einer Übergangszeit unter UN-Kontrolle übernahmen am 1. Mai 1963 indonesische Truppen die Herrschaft im Land. Sie trafen dabei auf den erbitterten Widerstand der einheimischen Bevölkerung. Um die Annektion vor der ohnehin nicht sonderlich besorgten Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen, organisierten die Militärs 1969 Wahlen, die der UN-Beobachter, der bolivianische Diplomat Ortiz Sanz, als „Wahlfarce" bezeichnete: 1.025 ausgesuchte Papua mußten unter den Augen der Besatzungstruppen über die Zukunft der Insel abstimmen. Das einstimmige Ergebnis für den Verbleib bei Indonesien konnte angesichts dessen nicht überraschen. Seitdem gilt Westpapua offiziell als indonesische Provinz „Irian Jaya".

Gegen die Einverleibung wehren sich die Papua mit der OPM. Der schlecht bewaffneten, doch von großen Teilen der Bevölkerung getragenen Bewegung sagten Beobachter eine kurze Lebensdauer voraus.

Mit der Kapitulation Seht Rumkorems hatte der Kampf, dem etwa 150.000 Papua zum Opfer fielen, scheinbar ein Ende gefunden.

Das gescheiterte Zuckerbrot-und-Peitsche-Konzept der indonesischen Regierung

Indonesien hoffte 1982 den Weg zur Endlösung des „Separatismusproblems" in Westpapua frei zu haben und verschärfte in der Folgezeit den Terror gegen Unterstützer und Sympathisanten der OPM. Nach Meldungen, die die Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker im Dezember 1983 erreichten, verhafteten die Sicherheitskräfte allein

In eigener Sache

An unsere Leserinnen und Leser haben wir zwei große Bitten:
Unser Fotoarchiv ist nicht sonderlich aktuell. Deshalb bitten wir Euch, uns Schwarz-Weiß Fotos von Euren Reisen etc. zu schicken. Aus finanziellen Gründen können wir Euch das leider nicht vergüten, aber Euer Name wird dann unter dem Foto stehen.
Die Zweite Bitte betrifft alle die, die aus unterschiedlichen Gründen das Abonnement unserer „blätter" kündigen. Wir sind auf das Abo angewiesen, um unser Projekt weiterhin tragen zu können.
Unser Beitrag dazu besteht in dem Versuch, inhaltlich ständig besser zu werden und die Gestaltung der „blätter" ansprechend zu gestalten (siehe das neue Lay-out ab dieser Ausgabe). Euer Beitrag bei einer Kündigung, die nicht auf Unzufriedenheit mit den „blättern" beruht, sondern aus anderen Gründen erfolgt, könnte sein, eine/n neue/n Leser/in zu werben.

Herzlichen Dank!
Aktion Dritte Welt/iz3w

im Oktober und November 1983 in Westpapuas Hauptstadt Jayapura 684 Personen.
Doch die Militärs unterschätzten den Unabhängigkeitswillen der Papua. Zudem beging die Regierung den Fehler, die Zustimmung einiger Dorfältester zur Annektion der Insel zu suchen. Um der Öffentlichkeit, insbesondere in den Niederlanden, das angeblich gute Einvernehmen zwischen der Zentralregierung und den Papua zu demonstrieren, lud Präsident Suharto einige vermeintlich loyale Stammesoberhäupter und Dorfälteste aus Gebieten, in denen die OPM noch nicht Fuß fassen konnte, mit großem publizistischem Aufwand in seinen Regierungspalast ein.
Das Gespräch entwickelte sich zu einer schallenden Ohrfeige für den Präsidenten. Auf seine väterlich-fürsorgende Frage, was denn ihre wichtigsten Probleme seien und ob er ihnen irgendwie helfen könne, antworteten die in diplomatischen Gepflogenheiten und Höflichkeitsfloskeln unerfahreren und etwas naiven Papua freimütig: „Wann erhalten wir endlich unsere Unabhängigkeit? Das haben uns bereits die Niederländer versprochen und bis heute ist nichts passiert." Nach dieser unvorhergesehenen Wendung brach der wütende Suharto das Gespräch ab und ließ die ungewöhnlichen Gäste sofort aus seinem Palast entfernen

Die Wiedergeburt der OPM

Die Nachricht von der Behandlung der eher gemäßigten aber einflußreichen Dorfältesten sowie der Terror gegen die OPM-Sympathiesanten mobilisierten die Papua und führten zu einer Kettenreaktion von Ereignissen, über die jetzt erstmals durch einen Bericht einiger in den Niederlanden eingetroffener Papua aus dem Ostteil der Insel ein klares Bild vorliegt. Der Bericht dokumentiert zudem, daß die OPM mit Richard Joweni über einen neuen militärischen Führer verfügt, dem es in kurzer Zeit gelang, die Schlagkraft der Verbände entscheident zu verbessern und neue aktive Mitglieder zu gewinnen.
So desertierten Mitte Februar 100 Papuasoldaten der indonesischen Armee und liefen zur OPM über. Aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen flohen über 200 ihrer Familienangehörigen in das unabhängige Papua Neu Guinea. Dort warten sie in Lagern des UN-Flüchtlingskommissariats auf ihre Registrierung als politische Flüchtlinge. Ebenfalls im Februar schlossen sich 80 Studenten aus Jayapura der OPM an. In Anlehnung an eine Aktion von sechs jungen Frauen im August 1981 hißte der Soldat Ali Wersay auf dem Gouverneurspalast von Jayapura die Flagge der Papua. Im Gegensatz zu den Frauen, die aufgrund der Intervention verschiedener europäischer Menschenrechtsorganisationen zu einer außergewöhnlich milden Haftstrafe von drei, vier und fünf Jahren verurteilt wurden, erschossen indonesische Truppen den Flaggenhisser Ale Wersay auf der Stelle.
In der Nähe des Flughafens „Santani" von Jayapura kam es zu schweren Gefechten zwischen der OPM und indonesischen Soldaten. Dabei verloren mindestens sechs Papua ihr Leben. Mit den Angriffen auf den Flughafen stellte die OPM ihre wiedergewonnene Stärke am eindrucksvollsten unter Beweis, denn bislang lagen ihre Operationsgebiete vor allem in den schwer zugänglichen und deshalb für den Guerillakrieg besonders geeigneten Territorien des Landesinneren.

Perspektiven

Ein Ende der Auseinandersetzungen erscheint nicht absehbar. Selbst einer noch so starken OPM kann es nicht gelingen, eine der mächtigsten Armeen Asiens völlig aus ihrem Land zu vertreiben.
Indonesien dagegen erscheint fest entschlossen, gegen alle Widerstand die Integration der Insel in den Einheitsstaat zu vollenden. Deshalb begann im Januar 1984 mit dem Fünfjahresplan „Repelita IV" ein neues Umsiedlungsprogramm. Bereits heute leben neben einer Million Papua 400.000 Menschen aus den Westprovinzen, die alle Machtpositionen fest in der Hand halten. Ziel des jetzt begonnenen ehrgeizigen Planes ist die Ansiedlung weiterer 600.000 Nicht-Papua, so daß die Ureinwohner nach fünf Jahren nicht länger die Bevölkerungsmehrheit stellen. Die Vision eines indonesisch besiedelten Westpapua wird durchaus realistisch, denn 60 % der Kosten von „Repelita IV" trägt die Weltbank. Offensichtlich handelt es sich bei der Vernichtung der Papua um ein „Entwicklungsprojekt".
So bleiben den Papua wenig Hoffnungen. Auf die sonstige Opposition in Indonesien können sie nach ihren bisherigen Erfahrung nicht vertrauen. Schließlich handelte es sich 1963 noch um die Linksregierung , die ihre Truppen in Westpapua einmarschieren ließ. Nach dem Militäputsch von 1965 setzten die neuen Machthaber die alte Politik in der Nationalitätenfrag bruchlos fort. Bis heute vertritt die Mehrzahl der aus Java und Sumatra stammenden Oppositionspolitiker in diesem Punkt dieselbe Position wie die herrschenden Militär.
So setzen sie Papua ebenso wie die Osttimoresen ihre Hoffnung auf die Weltöffentlichkeit, damit sie den indonesischen Völkermord in der Südsee endlich zur Kenntnis nimmt und „mäßigenden" Einfluß auf die Machthaber in Djakarte ausübt.
Doch angesichts der herrschenden Machtpolitik, für die Bundespräsident Carstens mit seiner 100 Millionen DM Kreditvergabe während seines jüngsten Besuches in dem Inselreich ein überzeugendes Beispiel gegeben hat, erscheint auch diese Hoffnung für die Papua sehr trügerisch.

Klemens Ludwig

Weitere Informationen zu Westpapua und Osttimor:
Westpapua IZ3W Nr. 110/1983
Osttimor IZ3W Nr. 112/1983

Jakarta gibt Unruhen in West-Irian zu

Jakarta (ddp)
Die indonesische Regierung hat bestätigt, daß in einer Provinz in West-Irian an der Grenze zu Papua-Neuguinea kürzlich Unruhen mit anschließender Flucht einer größeren Gruppe Menschen ins Nachbarland aufgeflammt sind. Außenminister Kusumaatmadja teilte in Jakarta mit, daß zur Zeit der Zwischenfälle – am 13. Februar – auch indonesischen Truppeneinheiten desertiert sind, sagte aber nicht, ob die Deserteure in einen Zwischenfall verwickelt waren, in dessen Verlauf einige Personen die Flagge der Papuabhängigkeitsbewegung OPM gehißt haben sollen.
Aus der Botschaft von Papua-Neuguinea war zu erfahren, daß rund 200 Personen auf der Flucht vor den Zwischenfällen in einem Camp untergebracht worden seien und dort auf ihre Anerkennung durch das UNO-Hochkommissariat warteten. Von den Geflohenen sei keiner verletzt. Eine andere Version besagt, daß bei den Unruhen in der Provinzhauptstadt Jayapura sechs Menschen ums Leben gekommen sein sollen.
(Süddeutsche Zeitung, 1. 3. 1984)

Unruhen auf Neuguinea

Port Moresby (ddp)
Im indonesischen Teil der Insel Neuguinea soll es zu Zusammenstößen zwischen Rebellen und Sicherheitskräften gekommen sein.
Wie von den zuständigen Behörden in Port Maresby, der Hauptstadt Papua-Neuguineas, mitgeteilt wurde, haben die Zusammenstöße in der Provinzhauptstadt Jayapura ein Todesopfer und mehrere Verletzte gefordert. In den letzten fünf Tagen sollen nach diesen Angaben rund 100 antiindonesische Rebellen über die Grenze geflüchtet sein. Die Rebellen in dem ehemals von den Niederlanden besetzten Teil Neu-Guineas fordern die Unabhängigkeit von Indonesien.
(Süddeutsche Zeitung, 20. 2. 1984)

EG-Kampagne

Europawahlen und EG-Nahrungsmittelhilfe

Im Juni dieses Jahres werden die Bürger der zehn EG-Staaten zum zweiten Male direkt das Europäische Parlament (EP) wählen. Diese Volksvertretung hat nur sehr wenige Rechte und Befugnisse, daher steht sie auch selten im Brennpunkt der Medien und der öffentlichen Meinung.
Das EP hat lediglich in einem Bereich etwas zu entscheiden: es beschließt über den Haushalt der EG. Das im Juni zu wählende Parlament wird im Herbst über den Haushalt des Jahres 1985 abstimmen. In einigen europäischen Ländern haben in diesem Zusammenhang Dritte-Welt-Gruppen[1] eine Kampagne gestartet, die eine Reform der EG-Nahrungsmittelhilfe-Politik bewirken soll.

Die Nahrungsmittelhilfe der EG:

Seit 1967 verschickt die EG Nahrungsmittel-Überschüsse in die Dritte Welt. Vordergründiges Ziel dieser Aktionen ist es, den Hunger zu bekämpfen und die Entwicklung der betroffenen Länder zu fördern (zu den Hintergründen und Auswirkungen s. die beiden nächsten Abschnitte).
Im Jahre 1982 umfaßte die Hilfe:[2]
1,1 Mio t Getreide (Wert: 269 Mio ECU, entspr. ca. 660 Mio DM)
150.000 t Milchpulver (Wert: 234 Mio ECU, entspr. ca. 575 Mio DM)
45.000 t Butteröl (Wert: 199 Mio ECU, entspr. ca. 490 Mio DM)
7 % der Lieferungen erfolgen als Hilfe in Katastrophenfällen, 16 % werden als „Bezahlung" gegen Arbeit ausgetauscht, 10 % der Lieferungen werden kostenlos an die Bevölkerung verteilt, und rund 2/3 der Nahrungsmittelhilfe werden von den Regierungen der Empfängerländer zu niedrigen Preisen weiterverkauft (und dienen somit zur Finanzierung des Haushalts der betroffenen Länder).
Die Nahrungsmittelhilfe der EG und ihrer Mitgliedsländer erreichte 1981 einen Anteil von rund 32 % an der weltweiten Nahrungsmittelhilfe, übertroffen lediglich von den USA mit 43 %.
Hauptempfänger der EG-Nahrungsmittelhilfe waren 1982: Ägypten (180.000 t Getreide, 10.000 t Milchpulver, 2.800 t Butteröl), Bangla-Desh (150.000 t Getreide, 3.500 t Butteröl), Indien (31.000 t Milchpulver, 12.700 t Butteröl) sowie das Welternährungsprogramm der FAO/UNO (115.000 t Getreide, 32.000 t Milchpulver, 6.000 t Butteröl).

EG-Nahrungsmittel-Überschüsse:

Ihren Ursprung hat die Nahrungsmittelhilfe in der landwirtschaftlichen Überproduktion. Dies gilt sowohl für die USA als auch für die EG. Man könnte also sagen, daß es sich um ein Verfahren handelt, die unverkäuflichen Agrar-Überschüsse (die EG-Preise liegen weit über Weltmarktniveau) loszuwerden.
Im Grunde hängt daher die derzeitige EG-Nahrungsmittelhilfe-Politik sehr eng mit der überfälligen Reform des europäischen Agrarmarktes zusammen.
Für die wichtigsten Agrar-Produkte (Getreide, Milch, Zucker, Rindfleisch) garantiert die EG den Erzeugern die Abnahme zu Mindestpreisen.



Gleichzeitig ist der europäische Agrarmarkt vom Weltmarkt abgeschottet: bei Importen von billigeren Produkten aus Dritt-Ländern werden Abgaben erhoben, so daß diese Erzeugnisse auf dem EG-Binnenmarkt nicht billiger sind als EG-Produkte; bei Ausfuhren aus der EG werden Subventionen gezahlt, so daß die hohen EG-Preise auf Weltmarktniveau gesenkt werden können.
Das Ziel dieser Maßnahmen soll sein, die Eigenversorgung der EG-Länder mit Nahrungsmitteln zu sichern.
Die Folge davon ist nun, daß die Landwirte angeregt werden, mehr und mehr zu produzieren, (um den Absatz ihrer Produkte brauchen sie sich nicht zu kümmern: die EG kauft zu Mindest-Preisen auf), was in weiten Bereichen dazu geführt hat, daß die erzeugten Mengen den Eigenbedarf bei weitem überschreiten (Milchsee, Butter- und Milchpulverberg etc.).
Die finanziellen Vorteile der Massenproduktion sind nicht ohne Folgen für die Landwirtschaft geblieben: die Betriebe haben sich mehr und mehr spezialisiert, die traditionellen Mischbetriebe (mit weitgehender Kreislaufwirtschaft) wurden im Vergleich dazu unrentabel. Der Einsatz von Maschinen, Kunstdünger, Pflanzenschutzmitteln, Tierpharmaka und Futtermittelimporten (auch

Koordinationskreis „EG-Entwicklungspolitik"
Themenschwerpunkt: STABEX, Nahrungsmittelstrategien der EG, BUKO
Temin: 4.-6.5.'84 Ort: Nähe Köln
JEF (Jochen), Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 63 93 28

aus Dritte-Welt-Ländern) wurde immer mehr gesteigert, um durch höhere Erträge bei garantierten Abnahme-Preisen die Einkommen zu steigern.
Die Spezialisierung eines landwirtschaftlichen Betriebes kann nur mittels teurer Investitionen durchgeführt werden, welche dann wiederum durch gesteigerte Produktionsmengen rentabilisiert werden müssen. Quantität geht vor Qualität und ökologische Folgen bleiben unberücksichtigt (Nitratbelastung des Grundwassers durch Überdüngung, chemische Rückstände in Agrarprodukten etc.).
Die Krise des europäischen Agrarmarktes ist also systembedingt. Die Ausgaben für die Agrarmarkt-Ordnung steigen dabei ständig weiter und beanspruchen einen immer größeren Teil der EG-Finanzen. Außerdem bleibt die EG auf unverkäuflichen Überschüssen sitzen. Eine Möglichkeit, diese loszuwerden, ist die Nahrungsmittelhilfe, die den „Vorteil" hat, sie als wertvolle Hilfe für die Dritte Welt deklarieren zu können.

Was gegen Nahrungsmittelhilfe als Entwicklungshilfe spricht:

Die wichtigsten Kritikpunkte an der derzeitigen Praxis:
— Der Import von billigen oder kostenlosen Nahrungsmitteln steht in Konkurrenz zur lokalen Produktion. Die einheimischen Bauern können ihre Erzeugnisse in der Regel nicht so billig anbieten wie die von den Regierungen der Empfängerländer weiterverkauften Einfuhren. Sie bleiben auf ihren eigenen Produkten sitzen und sind gezwungen, ihren Betrieb aufzugeben (Landflucht) oder „verkäufliche" Produkte anzubauen (d.h. Produkte für den Export, was die Bauern in Abhängigkeit vom Weltmarkt und von ausländischen Abnehmern bringt).
— Für die Regierung der Empfängerländer wird die Versuchung groß, die landwirtschaftliche Entwicklung im eigenen Lande zu vernachlässigen. Warum sollte man Geld zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur und zur Sicherstellung der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln ausgeben, wenn man die städtischen Massen doch viel billiger mit importierter Nahrungsmittelhilfe versorgen kann, und zudem noch den Erlös aus dem Verkauf für andere Zwecke (Prestigeobjekte, Militär) verwenden kann?
— Die Nahrungsmittelhilfe trägt zur Entstehung einer „Beistandsmmentalität" bei, (d.h. man wartet auf Hilfe von außen anstatt selbst etwas zu tun), und zwar sowohl bei den Regierungen als auch unter der Bevölkerung der Empfängerländer. Das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe" kommt nicht zum Tragen.
— Die Nahrungsmittelhilfe schafft eine neue Abhängigkeit von den industrialisierten Ländern und verändert die Ernährungsgewohnheiten in der Dritten Welt. Die traditionellen Hauptbestandteile der Nahrung, (Hirse, Reis etc.), werden durch importierten Weizen ersetzt. Langfristig wird dadurch die Umstellung der Ernährung auf europäische oder nord-amerikanische Standards und somit der Import von Fertignahrung vorbereitet (Strategie zur Schaffung neuer Märkte).
In einigen krassen Fällen wurde auch schon Milchpulver an afrikanische Völker geliefert, die wegen eines fehlenden Enzyms den Kuhmilch-Zucker (Laktose) nicht abbauen können (sogenannte Laktose-Unverdaulichkeit). Dazu kommt, daß kostenlose Milchpulverlieferungen die Mütter in Versuchung bringen, mit dem Stillen aufzuhören.
— Die Nahrungsmittelhilfe erreicht nur in geringem Umfang die am stärksten vom Hunger Betroffenen in den ländlichen Gebieten. Ein großer Teil bleibt in den Städten, wird an Beamte und Militärs vergeben oder gerät in den Schwarzhandel.
In diesem Zusammenhang sei auf den Bericht des Europäischen Rechnungshofes in Luxemburg von 1980[3] verwiesen, der ein eindeutiges Urteil über die Effizienz und Folgen der Nahrungsmittelhilfe abgibt. Darin wird u.a. darauf aufmerksam gemacht, daß es in Katastrophenfällen viel zu lange dauert, bis die Lebensmittel aus Europa bei den Betroffenen angelangt sind, (wenn sie nicht schon vorher „umgeleitet" werden).
— Für die Geberländer ist die Nahrungsmittelhilfe eine Möglichkeit, politischen Druck auf die Empfängerländer auszuüben, die nicht in der Lage sind, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Nachweisbar ist dies im Falle Chiles[4]: Nach dem Regierungsantritt Allendes stoppten die USA die Nahrungsmittelhilfe fast vollständig. Zuvor war Chile das lateinamerikanische Land gewesen, das am meisten Hilfe aus den USA erhielt.
Schon wenige Stunden nach dem Sturz Allendes verließen dagegen die ersten Schiffe mit Nahrungsmitteln für Chile amerikanische Häfen. Und 1975 erhielt die chilenische Militärjunta sechsmal mehr Nahrungsmittelhilfe als alle anderen lateinamerikanischen Staaten zusammen!

Zur Reform der EG-Nahrungsmittelhilfe:

Die Nahrungsmittelhilfe der EG darf nicht weiterhin eine Alibifunktion für die reformbedürftige Agrarmarktordnung bilden. Die Verschickung von unverkäuflichen Überschüssen in Dritte-Welt-Länder stellt nämlich in den meisten Fällen keine Hilfe zur Entwicklung dar, sondern schadet der Bevölkerung der betroffenen Länder, da sie deren Fähigkeit zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln mehr und mehr reduziert. Es geht nun nicht darum, von heute auf morgen die Nahrungsmittelhilfe einzustellen und den entsprechenden Budgetposten zu streichen. Sondern es muß ein Reformprozeß eingeleitet werden, der die aufgeführten Kritikpunkte berücksichtigt. In diesem Sinne hat sich auch schon der für Entwicklungspolitik zuständige EG-Kommissar Edgar Pisani geäußert (s. auch den bereits erwähnten Bericht des Europäischen Rechnungshofes).
Nun müssen diese Erkenntnisse aber noch in die Tat umgesetzt werden.
Die eingangs erwähnten Dritte-Welt-Gruppen haben dazu konkrete Vorschläge gemacht:

1.) Katastrophenhilfe:

Nahrungsmittelhilfe in Katastrophenfällen ist notwendig und berechtigt. Diese Lieferungen haben heute aber nur einen Anteil von 7 % an der gesamten EG-Nahrungsmittelhilfe.
Es muß allerdings sichergestellt sein, daß sie schnell und tatsächlich bei den Betroffenen ankommen. Dafür am besten geeignet sind regionale Vorsorgelager, die aus den lokalen Grundnahrungsmitteln bestehen.
Oder es sollten bei Bedarf sogenannte Dreiecksoperationen durchgeführt werden, bei denen mit europäischen Geldern in einem dem Katastrophengebiet naheliegenden Überschuß-Land Nahrungsmittel aufgekauft und über kurze Wege ins Notstandsgebiet transportiert werden (— es wäre dann auch sichergestellt, daß es sich um der Bevölkerung vertraute Lebensmittel handelt). Die französische Regierung führte beispielsweise eine solche Dreiecks-Hilfe durch, als Nigeria 1983 seine Gastarbeiter auswies: für die vertriebenen Ghanesen wurde im Nachbarland Obervolta überschüssige Hirse eingekauft. Die Hilfe kam so schnell und über kurze Wege zu den Notleidenden.

2.) Übrige Nahrungsmittelhilfe:

Wenn es das Ziel sein soll, daß sich die Länder der Dritten Welt selbst ernähren, dann darf die Nahrungsmittelhilfe nicht wie bisher fortgesetzt werden. Das haben auch bereits einige Dritte-Welt-Länder erkannt und ihnen angebotene Nahrungsmittelhilfe abgelehnt (z.B. Nordkorea und Papua-Neuguinea)[5].
Der Vorschlag der erwähnten Dritte-Welt-Gruppen geht nun nicht etwa dahin, das Budget der EG für Nahrungsmittelhilfe zu streichen, sondern verlangt eine sinnvolle Verwendung der Gelder. Im kommenden Jahr sollen so *4 % des EG-Nahrungsmittelhilfe-Budgets*, d.h. etwa 70 Mio DM, zur Förderung der Eigenversorgung der Dritte-Welt-Länder mit Nahrungsmitteln eingesetzt werden (und nicht mehr zur Versendung teurer europäischer Überschüsse in die Dritte Welt).
Der Titel der Kampagne lautet daher auch: „Pour le droit des peuples à se nourrir eux-mêmes / For people's right to feed themselves" (zu Deutsch: Für das Recht der Völker, sich selbst zu ernähren).
Wenn man einmal den Un-Sinn der Nahrungsmittelhilfe verstanden hat, erscheint einem der Versuch, nur 4 % eines Milliardenbudgets umwandeln zu wollen, als lächerlich kleiner Schritt.
Aber es wird schwierig genug sein, im ersten Jahr eine sinnvolle Verwendung von 4 % durchzusetzen:
— die noch in althergebrachten Denkschemen verharrenden, etablierten Politiker („Wenn die Armen in Afrika hungern, müssen wir ihnen etwas zu essen schicken")
— die Agrarlobby, die es lieber sieht, wenn das Geld für den Ankauf teurer europäischer Nahrungsmittel ausgegeben wird (für die sich auf dem Weltmarkt sonst kein Käufer mehr finden würde)
— sowie die Entscheidungsträger in Europa und in den Entwicklungsländern, die an der Nahrungsmittelhilfe festhalten wollen (die einen, weil sie die Abhängigkeit der Dritten Welt aufrechterhalten möchten, die anderen, weil es für sie sehr bequem ist)
stehen dem entgegen.



Wenn die ganze Kampagne jedoch einen Sinn haben soll, dann muß über kurz oder land das ganze Nahrungsmittelhilfe-Budget in direkte Entwicklungshilfe umgewandelt werden. Und dies, ohne die Gesamtausgaben für Entwicklungshilfe zu kürzen: offiziell zählt auch die Nahrungsmittelhilfe zur Entwicklungshilfe!
Die 4 % dürfen nur ein bescheidener (vielleicht aber realisierbarer) Anfang sein.
Die Vergabe der 4 %-Mittel soll über nicht-staatliche Organisationen erfolgen, da diese über weite Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen und einen effizienten Einsatz der Gelder garantieren können. Die Dritte-Welt-Gruppen haben bereits einige Projekte ausgewählt, die so unterstützt werden könnten. Eines soll im folgenden kurz vorgestellt werden:

L'Association pour le Développement de la Région de Kaya (ADRK):

Hinter diesem Namen (zu Deutsch: Vereinigung für die Entwicklung der Region Kaya) verbirgt sich eine Selbsthilfeorganisation von Bauern aus rund 70 Dörfern im Distrikt Kaya in Obervolta, die seit 1972 besteht.
Kaya liegt am Rande der Sahel-Zone. Jedes Jahr in der Trockenzeit gehen die Hirsevorräte zu Ende. Es mangelt an Getreide.
Ein Fall für die Nahrungsmittelhilfe? Warum nicht europäische Überschüsse in das betroffene Gebiet schicken?
(So erhielt Obervolta 1982 auch 8.000 t Getreide als Nahrungsmittelhilfe von der EG. Im Laufe desselben Jahres beschloß die damalige Regierung jedoch, in Zukunft weder Nahrungsmittelhilfe anzufordern noch anzunehmen!)
Die Bauern der ADRK haben, auch in Anbetracht der negativen Folgen der Nahrungsmittelhilfe, eine andere Initiative ergriffen: Sie wollen die fehlende Hirse im nur 300 km entfernten Distrikt Nouna kaufen, wo jährlich im Durchschnitt etwa 35.000 t mehr erzeugt als verbraucht werden (durchschnittliches jährliches Defizit in Kaya: 10.000 t). Französische Dritte-Welt-Gruppen haben bereits einen Teil der Finanzierung übernommen. Die Durchführung und Organisation des ganzen Projektes liegt (— wie auch die ursprüngliche Idee —) völlig in den Händen der Betroffenen in Obervolta. In ein paar Jahren soll das Ganze sich eingespielt haben und finanziell selbst tragen: der Erlös aus dem Verkauf der Hirse in Kaya soll den Einkauf in Nouna und den Transport dekken. Der Einkaufspreis soll ein für die Erzeuger angemessener Preis sein. Finanziert werden muß z.Z. die Errichtung von Getreidebanken zur Lagerung der Hirse sowie der aufwendige Transport (— in Folge der mangelnden ländlichen Infrastruktur sind 300 km eine nur schwer zu überwindende Distanz).
Die Bauern von Kaya planen auch schon, die ihnen fehlende Hirse gegen Produkte einzutauschen, von denen sie selbst mehr erzeugen können als sie benötigen (Hühner, Ziegen etc.).

Was tun ?

Die Dritte-Welt-Gruppen in Frankreich und den anderen Ländern haben, im Hinblick auf die Europa-Wahlen im Juni und die EG-Haushalts-Beratungen im Herbst, umfangreiche Aktionen anlaufen lassen, um die Umwandlung der 4 % des Nahrungsmittelhilfe-Budgets zu erreichen (Informationen über die Medien, Briefe an die Kandidaten für die Europa-Wahlen, Petitionen etc.).
Im April werden sie ihren Vorschlag bei einer Versammlung europäischer nichtstaatlicher Organisationen (ONGs/NGOs) vor der EG in Brüssel vertreten. Zudem könnten Aktionen etc. zu den Europaparlamentswahlen im Juni 1984 durchgeführt werden, weil die Abstimmung über den EG-Haushalt das einzige Recht ist das dem Europaparlament zusteht.

Bernd Riegraf

1 Frankreich: Frères des Hommes, Terre des Hommes, UCODEP, 1 % Tiers Monde, Comité Catholique contre la Faim et pour le Développement, CIMADE, NODAF, SOLAGRAL, Belgien: Frères des Hommes, Oxfam, Großbritannien: Oxfam, Italien: Fratelli dell'Uomo, FIAN international (unterstützt die Kampagne auch in der Bundesrepublik).
2 Alle Informationen dieses Artikels stammen (sofern keine andere Quelle angegeben ist) aus Veröffentlichungen von: Frères des Hommes 20, rue du Refuge F-78000 Versailles. Insbesondere: Témoignages et Dossiers: A qui profite l'aide alimentaire? (1983); Pour le droit des peuples à se nourrir eux-mêmes (Mode d'emploi) (1983); Une seule terre (Déc. 1983).
3 Cour des Comtes Européenes, Rapport spécial sur l'aide alimentaire, Luxembourg, 1980.
4 Frances Moore Lappé, Joseph Collins: L'industrie de la faim; Ed. L'étincelle, Montréal, 1978, p 254.
5 FAZ 13.9.1982.

SOWJETUNION UND DRITTE WELT

II. Teil

Im Juni 1983 haben wir in den „blättern des iz3w" (Nr. 110) den Themenschwerpunkt „Sowjetunion und Dritte Welt" vorgestellt. Er sollte eine Diskussion eröffnen, die unseres Erachtens bis dahin in der Internationalismusbewegung in der BRD wenig Beachtung gefunden hatte.
Die eingegangenen Leserbriefe und die starke Nachfrage nach dem Themenblock scheinen zu bestätigen, daß wir hier in einen Tabubereich eingedrungen sind.
Wir wollen die Diskussion fortsetzen und legen nun den Teil II vor in der Hoffnung, daß in loser Folge weitere analytische Artikel und viele Leserbriefe zum Verhältnis der Sowjetunion zu den Ländern der sogenannten Dritten Welt folgen werden.
Seit Beginn dieser Themenblockplanung in unserer Redaktion gibt es nun mit dem 72jährigen Tschernenko einen dritten Parteichef nach Breschnew und Andropow. Trotz des Wandels und einiger neuer Initiativen wie z.B. Andropows Versuch, die erstarrten Strukturen der sowjetischen Wirtschaft aufzubrechen, scheint Kontinuität in der sowjetischen Politik gewahrt — nicht zuletzt Afghanistan ist eines der besten Beispiele dafür. Wie schrieb 1948 George Orwell in Bezug auf das Orwell-Jahr 1984 so treffend: „Ob der Große Bruder lebt oder nicht, ist unwichtig".
Die drei vorliegenden Artikel beschäftigen sich mit wichtigen Themenbereichen, die wir in den blättern Nr. 110 nicht behandelt haben:

— der Nationalitätenfrage innerhalb der Sowjetunion,
— der andauernden Stationierung sowjetischer Truppen in Afghanistan,
— der Rüstungspolitik der Sowjetunion in Bezug auf Länder der Dritten Welt.

Diese Artikel sind im Zusammenhang mit dem ersten Themenblockteil zu verstehen.

„Nationalitäten in der Sowjetunion: Koloniales Erbe oder Emanzipation ?"

erklärt den Aufbau der nationalen Struktur der Sowjetunion und will die Frage beantworten, wie die Sowjetunion mit ihrem Erbe aus dem Zarismus, nämlich der Übernahme bzw. Integration ehemaliger Kolonien in das Staatssystem versucht umzugehen. Insbesondere wird die Frage untersucht, ob die Sowjetunion als Beispiel für die Länder der Dritten Welt die Nationalitätenproblematik gelöst hat.

„Die sowjetische Intervention in Afghanistan"

sucht aus der geschichtlichen Erfahrung heraus mögliche Ursachen für die sowjetische Intervention in Afghanistan und stellt sie einigen bisherigen Erklärungsansätzen gegenüber. Neben dem Versuch, Motive für die Intervention zu finden, befaßt sich der Artikel mit möglichen Gründen, warum Afghanistan nach wie vor von sowjetischen Truppen besetzt ist und der Bürgerkrieg andauert. Der Autor will den bisherigen Analysen und Erklärungen einen eigenen Ansatz gegenüberstellen.

„Proletarischer Internationalismus oder Unterdrükkungshilfe? zur Rüstungspolitik der Sowjetunion"

beschreibt die sowjetische Rüstungspolitik in Bezug auf die Länder der Dritten Welt und versucht diese in einen globalen Zusammenhang mit der sowjetischen Außenpolitik zu stellen. Dabei wird das Verhältnis von technologischer Entwicklung im Rüstungssektor und in der zivilen Produktion betrachtet sowie das machtpolitische und militärstrategische Interesse der sowjetischen Dritte Welt Politik. Der Artikel beschreibt Umfang, Ausmaß und Bedeutung des sowjetischen Waffenexportes. Schließlich führt er noch einige Gründe dafür an.

Red./wt

Nationalitäten in der Sowjetunion: Koloniales Erbe oder Emanzipation?

Die Sowjetunion ist dem eigenen Selbstverständnis nach ein multinationaler Bundesstaat, der Gebiete sehr unterschiedlicher Geschichte umfaßt. Insbesondere umfaßt die Sowjetunion in Asien die ehemaligen Kolonien des Zarismus. Schon früh wurde der Anspruch formuliert, daß hier in beispielhafter Weise die Lösung der nationalen und kolonialen Frage angegangen werde bzw. später, daß sie gelungen sei. Auch heute noch wird die Beispielhaftigkeit und die Rolle, welche der Internationalismus der Sowjetunion speziell in der Dritten Welt spielt, an der „Schaffung einer historisch neuen sozialen und internationalen Gemeinschaft, des sowjetischen Volkes" festgemacht (1). Es lohnt sich also, zu überprüfen, wie dieser Anspruch eingelöst wurde, und worauf er sich heute stützt. Darüberhinaus wird diese Dimension der sowjetischen Wirklichkeit allzuoft übersehen: daß dieser Staat gewichtige Gebiete umfaßt, die mit Fug und Recht als ehemalige Kolonien zu bezeichnen sind.

Bevor ich auf die historischen Zusammenhänge und auf die aktuelle Lage in den mittelasiatischen Republiken (2) näher eingehe, möchte ich kurz den formalen Aufbau der Sowjetunion skizzieren und die Begründung für diese Struktur umreißen, wie sie im Wesentlichen von Lenin entwickelt worden ist.

Die nationale Struktur der Sowjetunion.

Der sowjetische Bundesstaat besteht zunächst aus 15 Unionsrepubliken (SSR), die der staatsrechtlichen Konstruktion nach in einem formal kündbaren Vertragsverhältnis zueinander stehen.

D. h. formal handelt es sich um poten-

tiell souveräne Staaten. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß zwei davon – die Weißrussische und die Ukrainische SSR – Vollmitglieder der UN sind, unbeschadet der Mitgliedschaft der Sowjetunion als Ganzer. Zugleich ist aber festzuhalten, daß viele einschneidende Entscheidungen zentral gefällt wurden: von der Grenzziehung über die Zusammenfassung von Einzelrepubkliken in einer Föderation (transkuakasische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik in den 20er Jahren) und deren Auflösung bis hin zu der Entscheidung über die Existenz einzelner SSR.Letzteres gilt insbesondere für die grundlegende staatliche Neuordnung Zentralasiens Mitte der 20er Jahre. Auf formal staatsrechtlicher Ebene erfolgte sie im Rahmen der RSFSR. In einem ersten Schritt wurden autonome Republiken (ASSR) geschaffen, die dann nach und nach ausgegliedert und zu Unionsrepubliken erklärt wurden. Jede der 15 Unionsrepubliken hat voll ausgebildete Staatsorgane, eine Verfassung und auch eine kommunistische Partei, die Mitglied der KPdSU ist. Unterhalb dieser Ebene gibt es 20 Autonome Republiken (ASSR), die ebenfalls vollständig ausgebildete Staatsorgane besitzen und eigene Gesetze beschliessen können. Obwohl staatsrechtlich eigenständig, sind die Autonomen Republiken nicht Teilhaber des „Bundes" sondern sind fest in eine SSR inkorporiert. Da ihnen aber auch eigene Budgets zugewiesen werden, haben die ASSR eine begrenzte Möglichkeit, die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen.Zusätzlich gibt es acht autonome Gebiete und 10 nationale Kreise die Verwaltungsautonomie genießen, aber der Gesetzgebung der jeweiligen Unionsrepublik unterstehen.„Kleine Bevölkerungsgruppen innerhalb der Unionsrepubliken" (3) geniessen ein „administrativ-territoriale Autonomie", die sich auf nationale Sprache im Amtsverkehr, kulturelle Fragen und Vertretung in den Sowjetorganen bis hin zum Nationalitätensowjet erstreckt.

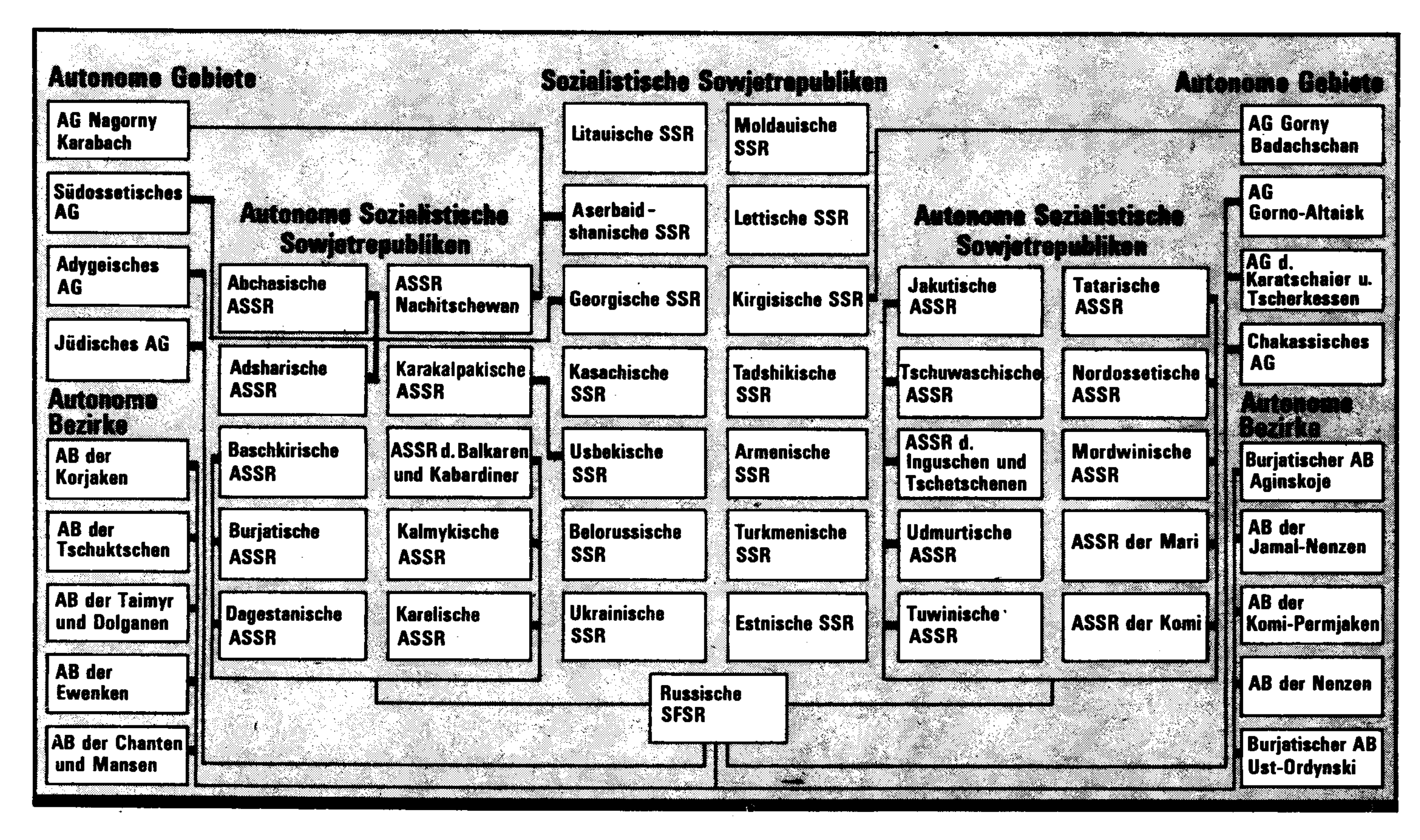
Die meisten dieser Gliederungen – 16 ASSR, 5 AG, alle NK – befinden sich innerhalb der größten Unionsrepublik, der RSFSR. Der Rest verteilt sich auf die mittelasiatischen und transkaukasischen Republiken (s. Aufstellung/Graphik). Dieser nationale Aufbau hatte sich im Wesentlichen bis zur Zweiten Weltkrieg herausgebildet; seit Anfang der 60er Jahre hat sich daran nichts mehr geändert.

Die in der Welt einmalige komplizierte Gliederung geht zurück auf die Lösungskonzepte, welche die Bol'ševiki vor der Oktoberrevolution für die „nationale Frage" im Zarenreich ausgearbeitet hatten. Wichtigster und in den scharfen Polemiken zwischen Lenin und Rosa Luxemburg strittigster Punkt war das Recht der Nationalitäten auf Sezession; Die im Zarenreich unterdrückten Völker sollten die Möglichkeit erhalten, ihre eigenen Staaten zu gründen. Das geschah nach 1917 auch, verschränkte sich im Ergebnis des Bürgerkrieges aber mit der militärischen Eroberung – oder Verteidigung – des größten Teils des ehemaligen Zarenreichs durch die Rote Armee und den militärischen und politischen Bündnisse der RSFSR mit anderen Sowjetrepubliken, vor allem Weißrußland, der Ukraine und schließlich der Transkaukasischen Föderativen Sowjetrepublik, die 1922 die Sowjetunion bildeten. Ihr Territorium wurde nun gemäß dem von Lenin – und an prominenter Stelle auch Stalin – ausgearbeiteten Nationen-Begriff (4) umgegliedert: Dieser Nationen-Begriff postuliert eine gemeinsame Sprache, Territorium, Wirtschaft und Kultur. Die Entfaltung dieser Charakteristika sollte das Selbstbestimmungsrecht ermöglichen. Auch das formale Recht der Unionsrepubliken auf Austritt aus der Sowjetunion leitet sich her von der Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.

Lenin betonte, daß gerade die Vertreter der Unterdrückernation – in diesem Fall die Großrussen – die Pflicht hätten, dies Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen zu verteidigen.

Rosa Luxemburg bestand dagegen darauf die Einheit der einmal geschaffenen staatlichen Gebilde zu bewahren. Denn sie ging davon aus, dass die nationale Unterdrückung nach der sozialistischen Revolution beendet werde.

Die spätere Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion leitet sich also her aus einer ausführlichen Auseinandersetzung, in der die Bol'ševiki allerdings hauptsächlich von der bürgerlich-demokratischen Revolution ausgingen. Die hier entwickelten Prinzipien wurden aber zumindest formal beim „Auf-



bau des Sozialismus in einem Land" übernommen.

Die Nationalitäten

Schon 1922 entsprach die nationale Gliederung der Sowjetunion weitgehend der des Zarenreichs. Nur Polen, Finnland und die baltischen Staaten (Litauen, Lettland, Estland) waren selbständig geworden; diese drei Republiken wurden 1940 als Unionsrepubliken in die UdSSR eingegliedert.

Gegenüber den Trägern der Unions-Sprache, den Großrussen, können alle anderen Nationalitäten als „Minderheiten" verstanden werden. Gemeinsam ist ihnen das durch den Zarismus begründete historische Schicksal, das schließlich in der Oktoberrevolution gipfelt und damit – in sowjetischer Lesart – die jeweilige „Vereinigung mit Rußland" nachträglich zum progressiven Ereignis hat werden lassen. Alle diese Nationalitäten sind jedoch — wie schon unter dem Zarismus — auch unter der Sowjetmacht Ziel unterschiedlicher Formen der Russifizierungspolitik geworden. Von Siedlungsprogrammen großen Stils bis hin zu kultureller und sprachlicher Diskriminierung. In einer Sowjetrepublik (Kazachstan) und mehreren ASSR übersteigt der Anteil der Großrussen z. T. erheblich den des „Staatsvolks".



Eine sowjet-deutsche Kolchosarbeiterin in Kirgisien

Die nationalen Bestrebungen der Völker der Sowjetunion haben sich vor sehr unterschiedlichem Hintergrund und auf vielfältiger gesellschaftlicher Grundlage entfaltet. In der Sowjetunion kann von „Nationalitätenproblemen" bzw. „nationalen Problemen" (5) deshalb nur im Plural die Rede sein. Ein vollständiger Überblick ist hier nicht zu leisten, die folgende Skizze kann aber vielleicht einen Eindruck von der Buntheit des Bildes und der Vielgestaltigkeit der Probleme vermitteln.

Publiziert wird bei uns fast nur, was die westlichen Nationalitäten im europäischen Teil der UdSSR betrifft. Ukrainer, Weißrussen, Balten scheinen unabhängig von ihren eigenen Wünschen und Sorgen sehr viel eher an Interesse und Hilfsbereitschaft des westeuropäischen Völkerfreunds zu appellieren, als Karelier, Mordvinen, Komi, Udmurten oder andere Bewohner des eher östlichen Teils dessen, was einmal das „Europäische Rußland" war. Ihre nationale Identität ist auch leichter zu greifen: im Westen bekannte Nationalliteratur, nationale Geschichtsschreibung, artikulierte Emigranten. Über die Völker Sibiriens hört man dagegen fast nichts; Nachrichten über die transkaukasischen oder mittelasiatischen Republiken beschränken sich auf gelegentliche Korrespondentenberichte.

Besser ist die Information nur über ausreisewillige Juden und Volga-Deutsche, manchmal über den Kampf der Krimtataren um die Rückkehr in ihr Heimatgebiet. Nicht zufällig handelt es sich hier um drei der beschämendsten Ereignisse in der sowjetischen Nationalitätenpolitik:

1934 wurde als „Jüdisches Autonomes Gebiet", das lange versprochen worden war, der abgelegene Distrikt Birobidžan im Fernen Osten am Amur ausgewiesen;

nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 deportierte man ganze Völker wegen angeblicher Kollaboration — und rehabilitierte sie später ganz oder teilweise ebenfalls Als Völker.

Die unterschiedliche Beleuchtung der Nationalitätenproblematik in unserer Presse hat etwas mit den sehr unterschiedlichen Problemenlagen selbst zu tun, aber auch mit dem sehr unterschiedlichen Verlauf der Geschichte der einzelnen Nationalitäten, vor allem was ihre Beziehungen zu den Großrussen als Staatsvolk im Zarenreich und führendes Volk in der Sowjetunion angeht.

So haben die drei ostslavischen Völker (Großrussen, Weißrussen, Ukrainer) eine lange, gemeinsame und sicher auch konfliktreiche Geschichte; mit den umwohnenden finnischen Völker hatten sie immer wieder zu tun; der Kampf gegen die Tataren im Osten und Süden zog sich über Jahrhunderte hin. Die Völker der Mittleren Volga spielten eine wichtige Rolle im großen Bauernaufstand unter Führung von E. Pugačev gegen Ende des 18. Jhdt. Demgegenüber ist der Versuch der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung, historische Gemeinsamkeiten mit entfernter vom russischen Kerngebiet lebenden Völkern der heutigen UdSSR zu konstruieren, oft eher bemüht als einleuchtend, häufig schon krampfhaft.

Mittelasien: Die ehemaligen Kolonien des Zarismus

Seit dem 16. Jh hat sich das Russische Reich vor allem nach Osten, dann nach Süden ausgedehnt. Diese Peripherie des Zarenreichs, die territorial bruchlos mit dem Mutterland verbunden war, gliederte sich grob in zwei Teile: zum Einen Sibirien, das bis heute noch administativ nur lückenhaft durchdrungen ist, und zum Anderen die uralten Kulturländer Mittelasiens und Transkaukasiens. Hier, vor allem in den fruchtbaren Gebieten Uzbekistans, kam es auch zu massiveren kolonialen Eingriffen, in erster Linie zur Forcierung des Baumwollanbaus, auch zur Verdrängung der einheimischen Bauern durch slavische Siedler.

Die Eroberung dieser Gebiete durch Rußland in der 2. Hälfte des 19. Jh. entsprach weitgehend dem Muster kolonialer Expansion: Es ging darum, der britischen Expansion von Indien nach Nordwesten (Afghanistan, Iran) entgegenzutreten. Die damals in Mittelasien bestehenden Khanate Chiva und Ko-

kand und das Emirat Buchara wurden besiegt, Chiva und Buchara zu Protektoraten erklärt, Kokand annektiert. An die Eroberungsphase schloß sich der Versuch an, wenigstens in bescheidenem Umfang Mittelasien als Rohstoffbasis für die zentralrussische Textilindustrie zu gewinnen und durch die Ansiedlung russischer und ukrainischer Bauern den Bevölkerungsdruck im Europäischen Rußland zu verringern. Zugleich entstand in den Städten ein Proletariat, das die koloniale Situation ebenfalls deutlich zum Ausdruck brachte: Das Proletariat wurde zwar zu 60% von Einheimischen gestellt, die qualifizierten Arbeiten blieben aber Russen und Ukrainern vorbehalten. Die sozialen Bewegungen während und nach dem 1. Weltkrieg unterstreichen dies Bild:

Der große nationale Turkestanische Aufstand von 1916 fand ohne wesentliche Anteilnahme der russischen Siedler statt. Isoliert, wurde er blutig unterdrückt. Dagegen wurde die revolutionäre Bewegung 1917 vorwiegend von den proletarischen slavischen Schichten in den Städten getragen, denen sich z. T. arme Einheimische anschlossen. Die Sowjetmacht wurde in Taškent – der größten Stadt Mittelasiens – nur kurz nach der Oktoberrevolution in Petersburg und Moskau errichtet: die einheimische Bevölkerung, vor allem auf dem Land, versuchte, einen eigenen Staat mit dem alten Zentrum Kokand zu gründen, der schnell vom Taškenter Sowjet zerschlagen wurde. Danach blieb Taškent trotz britischer Intervention und jahrelanger Abschneidung von Sowjetrußland immer in der Hand der Roten. Auf dem Land hielt sich die politisch schwer einzuordnende, sicher aber von den Briten nicht ungern gesehene Widerstandsbewegung der „Bazmači" (Abenteurer, Räuber), wie sie von ihren Gegnern genannt wurden, bis Ende der 20er Jahre. Dieser lang anhaltende Widerstand ist besonders bemerkenswert angesichts der intensiven Reformbemühungen der Sowjetmacht, die in Mittelasien ganz unbestreitbar zu materiellen Verbesserungen gerade auch für die Bauern geführt haben.

Nach 1924 wurde das gesamte jetzt zur Sowjetunion gehörende Gebiet neu aufgesteilt, etwa entsprechend den noch heute bestehenden Grenzen. Kriterium war dabei die sprachliche Zugehörigkeit. Das entsprach zumindest der Form nach der Programmatik der bolschewistischen Nationalitätenpolitik, die ja von einer Einheit von Sprache, Kultur und Wirtschaft auf einem einheitlichen Territorium ausging. Eingewendet wurde dagegen, daß solche Einheiten in Mittelasien nicht gegeben seien, wo ähnlich wie sonst im Nahen und Mittleren Osten unterschiedliche sprachliche und „ethnische" Gemeinschaften ziemlich vermengt miteinander lebten. Dies zeigt zumindest, daß das an osteuropäischen Verhältnissen orientierte Nationalitätenprogramm der Bol'ševiki hier noch auf weit größere strukturelle Probleme stieß, als in den Gebieten, an deren Verhältnissen es orientiert war. Die Übertragung der Programmatik auf Verhältnisse, die ihr in vielem nicht entsprachen, schloß auch die Möglichkeit festerer zentraler Kontrollmechanismen über die autochthone Bevölkerung ein. Schließlich verbot sich für die sowjetische Zentrale die Schaffung einer einheitlichen turkestanischen Republik in Zentralasien, welche die Alternative zur mehr oder weniger künstlichen Trennung von Sprachgemeinschaften gewesen wäre: Eine solche Einheit wäre den in den 20er Jahren noch aktiven pantürkischen Bestrebungen sicher entgegengekommen und hätte so die Einheit der Sowjetunion gefährdet, die zusehends über das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen gestellt wurde. Die Neugliederung Zentralasiens in der heute noch gültigen Form geht so auf eine Reihe von sicher beleggbaren und ferner auf einige denkbare Gründe zurück, von den Problemen der „Anwendung" „leninscher Prinzipien" im zentralasiatischen Bereich bis zu machtpolitischen, auch geostrategischen Überlegungen.

Die Schwierigkeiten bei der Abgrenzungen der Sprachgemeinschaften vergegenwärtigt noch heute ein einfacher Blick auf die Karte des sowjetischen Mittelasien, wo sich besonders die Uzbekische SSR in komplizierten Windungen und über hohe Bergzüge hinweg gegen das Pamirgebirge hin erstreckt.

War die Übertragung des an osteuropäischen Verhältnissen gewonnenen Nationen-Begriffs auf die Gegebenheiten Mittelasiens schon schwierig, so stieß die grundlegende ökonomische Reform, die Neuordnung des Zugangs zu Land und Wasser auf ähnlich gelagerte Probleme. Hier meinte man, die dreifache Gliederung der Bauern in Klein- und Mittelbauern sowie Kulaken, wie sie auf die russischen und ukrainischen Kerngebiete zutraf, einfach übertragen zu können. Wie sich zeigte, waren die Verhältnisse in Mittelasien weit komplizierter, und die Versuche zur schematischen Anwendung der Prinzipien der Landreform führten zu ernsten Schwierigkeiten (6). Scharfe Konflikte gab es auch im Zusammenhang mit der Seßhaftmachung der Nomaden.

Trotzdem wurde in den 20er Jahren eine grundlegende Umstrukturierung der Verhältnisse auf dem Land erreicht, die Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung werden sollte.

Sowjetische Entwicklungserfolge und -defizite

Von 1925 an wurden in Mittelasien die Grundbesitzer, die auch die Kontrolle über das knappe Bewässeungswasser hatten, enteignet. Dieser „Boden-Wasser-Reform" folgte ab 1929 wie in der gesamten UdSSR die durchgängige Kollektivierung der Landwirtschaft. In Mittelasien, das ja die Überwindung der Großgrundbesitzes gerade erst hinter sich hatte, erfolgte die Kollektivierung freilich in etwas langsamerem Tempo.

Das Ziel war neben der Umgestaltung der ländlichen Sozialstrukturen die Ausweitung der Rohstoffbasis für die sowjetische Textilindustrie (7): Wie schon unter dem Zarismus sollte Mittelasien und vor allem die größte der dortigen Republiken, Usbekistan, Baumwolle liefern. Dies wird freilich jetzt als Ausdruck der „unionsinternen Arbeitsteilung" (8) verstanden. Die Frage ist, ob hier wirklich gleichberechtigte Austauschbeziehungen zwischen spezialisierten Regionen innerhalb der Sowjetunion etabliert wurden, oder ob nicht doch frühere Ausbeutungsbeziehungen fortgeführt werden.

Auch heute ist Mittelasien mehr denn je auf Baumwolle spezialisiert, wie aus Tabelle 1 hervorgeht. Die vier mittelasiatischen Republiken umfassen 88% der sowjetischen Baumwollanbaufläche, Uzbekistan allein fast 60%. Tabelle 2 zeigt, daß die Konzentration für Uzbekistan bei den Erträgen noch höher liegt und für diese Republik auch langfristig ständig zugenommen hat, während sich sonst vor allem durch die Entwicklung neuer Baumwollgebiete (Azerbajdžan, Tadžikistan) Verschiebungen ergaben, die aber gerade angesichts der gewaltigen quantitativen Zunahme der Baumwollernte — in 50 Jahren 13 383% — nichts an der monokulturellen Struktur ändern. Die Monokultur wird deutlich, wenn wir uns die extrem niedrigen Zahlen für die Getreideanbaufläche ansehen, die Tabelle 1 ausweist. Sie liegen weit unter dem Schnitt der UdSSR, und gerade die beiden kleineren Baumwolle in größerem Maßstab produzierenden mittelasiatischen Republiken unterstreichen diesen monokulturellen Charakter durch extrem niedrige Quoten beim Getreideanbau.

Tabelle 1: Anteil der Baumwollkulturen an der Anbaufläche 1980 (in Tsd. ha) 1980

	Ges. Anbaufläche (1)	Baumwolle (2)	(2):(1) (%)	Anteil an Baumwollfl. d.SU (3) (%)	(3) kumulativ	Anteil d. Getreidefl. (%)
Sowjetunion insges.	217 337	3 147	1,44			58,20
Uzbekistan	3 995	1 878	47,,00	59,67	59,67	29,38
Tažikistan	763	308	40,37	9,79	69,46	25,56
Turkmenistan	896	508	56,69	16,14	85,61	14,73
Kirgizistan	1 272	76	5,97	2,41	88,02	43,47
Kazachstan	36 390	127	0,35	4,04	92,06	69,63
Azerbajdžan	1 264	250	19,78	7,94	100,00	38,77

Berechnet nach Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1980 g., Moskau 1981, S. 226f;

Tabelle 2: Rohbaumwollernte in einzelnen Unionsrepubliken 1922-1981

	1922 1000 to	% SU	**1940** 1000 to	% SU	**1981** 1000 to	% SU
Sowjetunion	72	100	2 237	100	9 636	100
Uzbekistan	39	54,2	1 386	61,9	6 023	62,5
Tadžikistan	0,6	0,8	172	7,7	929	9,6
Turkmenistan	10	13,9	211	9,4	1 143	11,9
Kirgizistan	21	29,2	95	4,2	177	1,8
Mittelasien	70,6	98,1	1 864	83,2	8 272	85,8
Kazachstan	1,1	1,5	93	4,1	345	3,5
Azerbajdžan	0,1	0,1	154	6,9	1 015	10,5

Quelle: berechnet nach Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922-1982, jubilejnyj statističeskij ežegodnik, Moskau 1982, S. 251. Die Einzelangaben addieren — wohl aufgrund nicht aufgeführter geringfügiger Produktionszahlen in anderen Unionsteilen — nicht voll auf; Prozentzahlen gerundet.

Auch westliche Experten betonen, welch große Leistungen in Sowjetisch-Mittelasien im Bereich der Bewässerungswirtschaft vollbracht wurden (9). Das gilt vor allem auch für die Ausweitung des bewässerten Landes, das freilich gerade für die enorme Steigerung der Baumwollproduktion genutzte wird. So ist damit die Frage nach dem Fortbestand oder dem Weiterwirken des kolonialen Verhältnisses nicht geklärt.

Einen gewissen Hinweis auf die Austauschbeziehungen zwischen den Sowjetrepubliken kann die Verteilung der Investitionen geben. Tabelle 3 setzt für den Zeitraum von 1976 bis 1980 den Anteil der Investitionen, die in den einzelnen Republiken getätigt wurden, in Beziehung zum Anteil an der Bevölkerung der SU. Zu berücksichtigen ist, daß diese Investitionen entsprechend dem Prinzip des demokratischen Zentralismus auf Entscheidungen zurückgehen, an denen die Moskauer Zentrale beteiligt ist, die den Teilrepubliken ihre Etats zuweist (10). Die einheitliche, zentral geleitete Wirtschaftspolitik ist zudem Verfassungsgrundsatz (11). Es zeigt sich nun, daß die Quoten, die die mittelasiatischen Republiken bezogen auf die sowjetischen Gesamtinvestitionen erreicht haben, weit unter den Zahlen für ihre Bevölkerungsanteile liegen. Stellte z. B. Uzbekistan 5,9% der sowjetischen Bevölkerung, so erhielt es nur 3,9% der Investitionen. Andererseits wurden in der RSFSR, wo 52,4% der Bevölkerung leben, 61,8% investiert, was sicherlich vor allem den Zentren um Moskau und Leningrad sowie den großen Infrastrukturprojekten zugute kam; auch die baltischen Republiken schnitten klar besser ab. Ein regionales Gefälle ist unverkennbar auch wenn es keineswegs allein zu Lasten Mittelasiens geht und Budgetmechanismen sogar das dort geringere Steueraufkommen ausgleichen sollen (12).

Weitere Aufschlüsse für unsere Frage können einige einfache, gängige Entwicklungsdikatoren geben, die man der sowjetischen Statistik entnehmen kann. Besonders deutliche Unterschiede sind im Grad der Verstädterung (13) festzustellen. Wie Tabelle 4 zeigt, liegt der Anteil der städtischen Bevölkerung Mittelasien nicht nur weit unter dem Durchschnitt der UdSSR, sondern auch deutlich unter dem Anteil der Städter etwa an der Bevölkerung der transkaukasischen Republiken. Zusätzliche Aufschlüsse ergeben sich aus einem genaueren Vergleich mit der Moldauischen SSR, die auf den ersten Blick einen mit Mittelasien vergleichbaren Stand aufweist. Die Moldau, im westlichen Teil der Sowjetunion an der rumänischen Grenze gelegen, kam erst im

Tabelle 3: Investitionen und Bevölkerungsteile

	Investitionen Mio R	1976-80 %	Bevölkerung Tsd.	1979 %
Sowjetunion	634 097	100	262 436	100
RSFSR	192 240	61,8	137 551	52,4
Ukraine	93 913	14,4	49 755	18,9
Weißrußland	20 858	3,3	9 560	3,6
Uzbekistan	24 748	3,9	15 391	5,9
Kazachstan	38 020	5,9	14 684	5,6
Gruzinien	8 195	1,3	5 015	1,9
Azerbajdžan	9 008	1,4	6 028	2,3
Litauen	8 017	1,3	3 398	1,3
Moldau	7 431	1,2	3 947	1,5
Lettland	6 266	1,0	2 521	1,0
Kirgizistan	4 725	0,7	3 529	1,3
Tadžikistan	4 733	0,7	3 801	1,4
Armenien	5 223	0,8	3 031	1,1
Turkmenistan	5 914	0,9	2 759	1,0
Estland	3 847	0,6	1 466	0,5

Quelle:Narodnoe chozjajstvo SSSR 1980 aaO., S. 10, 343; Prozentzahlen gerundet.

Anm: Die Zahlen für die RSFSR enthalten zweifellos ebenfalls starke regionale Unterschiede in der Verteilung der Investitionen im Verhältnis zur Bevölkerung.

Tabelle 4: Urbanisierungsgrad ausgewählter Unionsrepubliken (%)(1982)

	1982
Sowjetunion	63,8
RSFSR	71,1
Uzbekistan	41,9
Kazachstan	55,6
Azerbajdžan	53,5
Moldau	41,7
Kirgizistan	39,0
Tadžikistan	34,1
rmenien	66,7
Turkmenistan	47,5
Estland	70,8

Verlauf des Zweiten Weltkriegs endgültig zur Sowjetunion. Zwar ist der aktuelle Anteil der Städter an der moldauischen Bevölkerung durchaus mit dem z. B. Uzbekistans zu vergleichen, bei genauerem Hinsehen ergibt sich aber ein völlig anderes Bild: Während der Urbanisierungsgrad in den mittelasiatischen Republiken stagniert oder sogar leicht rückläufig ist, hat er in der Moldau kontinuierlich zugenommen (s. Tabelle 5).

Das kann auch nicht nur an der sehr hohen Geburtenrate liegen (8a), wie der Vergleich mit Armenien zeigt, das ebenfalls ein sehr hohes Bevölkerungswachstum aufweist. Hier schlagen sich vielmehr geringere städtische Lebenschancen gerade für die einheimische Bevölkerung deutlich nieder. Nun soll nicht behauptet werden, ein hoher Urbanisierungsgrad bedeute schon „Entwicklung", aber die regionalen Unterschiede scheinen mir doch auffällig genug.

Sie lassen sich noch weiter belegen. Ich beschränke mich hier auf einen Verweis zur Arztdichte. Tabelle 6 zeigt die imponierenden absoluten Zuwachsraten gerade in den „rückständigen" Unionsrepubliken. Bezieht man diese absoluten Zahlen auf die Bevölkerungszahl, so zeigt sich aber immer noch ein erheblicher Rückstand der mittelasiatischen Republiken, die als einzige 30 oder weniger Ärzte pro 10 000 Einwohner aufweisen. Die Dynamik dieses Verhältnisses ist uneinheitlich: Für Turkmenistan liegt sie weit unter, für die übrigen drei Republiken deutlich oder sogar erheblich über dem Unionsdurchschnitt. Bei diesen Vergleichen ist allerdings der internationale Bezugsrahmen zu beachten: Kommen in Tadžikistan umgerechnet 413 Einwohner auf einen Arzt (1981), so waren es 1977 in der BRD noch 490, in den USA sogar 580 (14). Die am schlechtesten ausgestattete Sowjetrepublik würde so noch deutlich vor den westlichen Industrieländern rangieren.

Trotzdem erscheint der sowjetische Anspruch nicht gerechtfertigt, „dank der Anstrengungen der Partei und des Sowjetstaats (seien) die früher bestehenden Ungleichheiten im ökonomischen und kulturellen Niveau der Republiken liquidiert" (15). Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß die mittelasiatischen Republiken verglichen mit den angrenzenden Gebieten im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung, der Bildung und der infrastrukturellen Versorgung überaus günstig abschneiden (16).

Sowjetpatriotismus und Russifizierung

Die nationale Frage bildete in der Gründungsphase der Sowjetunion einen zentralen Streitpunkt zwischen Lenin und Stalin (17). Während der mit dessen Namen verbundenen Epoche kam es nicht nur zu den bekannten, mit Kollektivierung und Industrialisierung verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen, die gerade bei vorwiegend agrarischen Völkerschaften auch tief in das nationale Bewußtsein eingriffen. Die Sowjetunion stand von Anfang an vor der Schwierigkeit, das Verhältnis des Mehrheitsvolkes der Großrussen zu den übrigen Gruppierungen zu definieren.

Eine wichtige Etappe war seit Mitte der 30er Jahre die Propagierung des Sowjetpatriotismus. War man vorher vor

Tabelle 5: Entwicklung der Urbanisierung in ausgewählten Unionsrepubliken 1940-1982 (%)

	1940	1959	1966	1970	1979	1981	1982
Uzbekistan	24,5	33,6	35,6	36,6	41,2	41,5	41,9
Kirgizistan	21,7	33,6	36,9	37,4	34,9	38,3	39,0
Tadžikistan	19,2	32,6	36,0	37,1	34,9	34,3	34,1
Turkmenistan	35,3	46,2	48,2	47,9	48,0	47,8	47,5
Armenien	28,4	50,0	56,2	59,5	65,8	66,3	66,7
Moldau	13,5	22,3	28,1	31,7	39,3	40,9	41,7

Quelle für Tab. 4 und 5: berechnet aus Narodnoe chozjajstvo SSSR 1980 g., aaO., s 10f, sowie Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922-1982, aaO., S. 12 f

Tabelle 6: Anzahl der Ärzte in ausgewählten Unionsrepubliken (1981)

	in tsd.	Zunahme seit 1940 (%)	pro 10 000 Einwohner	Zunahme seit 1940 (%)
Sowjetunion	1 033,9	665,7	38,5	487,3
RSFSR	579,9	638,7	41,5	506,1
Uzbekistan	49,2	1 537,5	29,7	631,9
Kazachstan	49,9	1 848,1	32,7	760,4
Azerbajdžan	21,4	648,5	33,9	339,0
Moldau	13,1	1 190,9	32,6	776,9
Kirgizistan	11,2	1 866,7	30,0	789,4
Tadžikistan	10,0	1 666,7	24,2	590,2
Turkmenistan	8,5	850,0	28,6	376,3
Estland	6,3	572,7	42,4	424,0

Quelle: berechnet aus Ner. choz. SSSR 1922-1982, aaO. S. 542f. Prozentzahlen gerundet.

allem vom „Klassenstandpunkt des Proletariats" ausgegangen, so ging es jetzt immer mehr um die Voraussetzungen, welche die gegenwärtige staatliche Form der Sowjetunion möglich gemacht hatten. D. h., die Expansion des zaristischen Rußland wurde als insgesamt historisch progressiv gewertet. Progressiv deshalb, weil später die Oktolberrevolution auch den unterworfenen Völkern den Weg zum Sozialismus ebenen sollte.

Unter Stalin wurde diese progressive Funktion des großrussischen Staates noch auf die Nation der Großrussen als der Führer-Nation der Sowjetunion ausgeweitet. Wenn auch derartige „Exzesse" vor allem nach dem 20. Parteitag 1956 revidiert wurden, so hielt man an der grundlegenden Bewertung fest: Der Charakter des Zarenreichs als „Gefängnis der Völker" wurde zwar nicht ausdrücklich in Abrede gestellt; die nationale Unterwerfung und Unterdrückung erscheint aber rückblickend gleichsam ins rote Licht der strahlenden Oktobersonne getaucht.

Die 30er Jahre waren vor allem durch die große Terrorwelle gekennzeichnet, deren einer Höhepunkt die berühmten „Moskauer Prozesse" waren. In diesen Schauprozessen wurden vor allem die noch überlebenden alten Bolschewiken – die „Garde Lenins" – abgeurteilt und hingerichtet, soweit sie irgendwie und irgendwann in Konflikt mit Stalin gekommen waren – z. T. auch aus anderen Gründen der Rivalität und Intrige. Neben der Repression gegen Funktionäre des Zentralapparats (die prominentesten dürften sein: Zinov'ev, Kamenev, Bucharin, Rykov, Radek, Rakovskij ...) erfaßte die Terrorwelle auch die Partei- und Staatsapparate der Unionsrepubliken, der ASSR usw.

Im letzten großen Moskauer Prozeß wurden auch die beiden führenden Partei- und Regierungskader Uzbekistans (Ikramov und Chodzaev) angeklagt: es ging um einen Komplott, Zentralasien in Konspriration mit Bucharin und anderen den Engländern auszuliefern; die darin enthaltene angebliche Wirtschaftssabotage sollte zum Ziel gehabt haben, die Kollektivierung der Landwirtschaft in Uzbekistan zu torpedieren sowie eine eigenständigere Wirtschaftsstruktur dieser Teilrepublik zu erreichen. D. h., den Angeklagten wurde vorgeworfen, quasi eine „autochthone" Entwicklung angestrebt zu haben, anstatt das ihnen unterstellte Gebiet zielstrebig in die regionale Arbeitsteilung innerhalb der Sowjetunion zu integrieren (18). Diese Vorwürfe sind weniger interessant hinsichtlich der oft kaum zu entscheidenden Frage, wo die Grenze liegt zwischen der Extrapolation von tatsächlichen Vorgängen und Diskussionen und freier Erfindung; sie sind vielmehr zu lesen als Darstellung objektiver Trends und Gefahren, denen sich die Stalin-Führung zum damaligen Zeitpunkt gegenüber glaubte: Hier ist schon von großer Bedeutung, daß der Ankläger in diesem Prozeß immer wieder die Frage der ökonomischen Eigenständigkeit Usbekistans aufgriff und sie mit Sezession, Landesverrat und Konterrevolution in engsten Zusammenhang stellte.

Die Terrorwelle der 30er Jahre bedeutete zugleich, daß auf allen staatlichen Ebenen und in allen Parteigliederungen vorzugsweise die unabhängigsten Köpfe physisch liquidiert wurden. Das gilt eher noch verstärkt für die Gebiete der nationalen Minderheiten, in denen die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen der vorangegangenen 1-2 Jahrzehnte oft von sehr wenigen Aktivisten getragen worden waren – mit allen problematischen Auswirkungen, welche die Beschränkung auf so eng umgrenzte Personengruppen auch haben muß.

Ein wesentliches Verdienst, das nicht nur in sowjetischen Darstellungen immer wieder herausgestellt wird, ist die breite Alphabetisierung und die Schaffung neuer Schriften für zuvor schriftlose Sprachen. Auch hier liegt ein wesentliches Problem in der Form, wie dieses Programm durchgeführt wurde. In Zentralasien wurde in den 20er Jahren die lateinische Schrift benutzt, die damals generell mit Fortschritt assoziiert wurde. Wie in der Türkei unter Atatürk, so verschwand auch in den alten Kulturre-

Baumwollfeld in Tadžikistan

gionen Mittelasiens nun die kompliziertere arabische Schrift. Dies bedeutete zugleich die Abkoppelung von religiös-klerikalen (wie auch von vielen anderen) Traditionen, vor allem aber den Anschluß an den Westen.

Durch die Einführung der kyrillischen Schrift Ende der 30er Jahre wurde diese Entwicklung entschieden unterbunden – vor allem auch die Verbindungen zur Türkei, die für die gefürchteten panturkistischen Bestrebungen wichtig waren. Die Schriftsysteme wurden dadurch in der Sowjetunion weitgehend vereinheitlicht – lediglich in den baltischen Republiken wird weiterhin die lateinische, in Gruzinien und Armenien die nationalen Schriften benutzt. Zugleich öffnete sich hiermit, sowie mit der Modernisierung rückständiger Sprachen durch die Übernahme wissenschaftlicher Fachausdrücke aus der russischen Sprache, ein Einfallstor für die Russifizierung. Selbstberständlich ist das Russische als Mehrheitssprache von vornherein begünstigt. Verbunden mit der Glorifizierung der großrussischen Nation als Führerin des Großen Vaterländischen Kriegs nach 1945 und deren handgreiflichen Auswirkungen – bis hin zur Auflösung der staatlichen Gliederungen „reaktionärer" Nationalitäten wie der Krimtataren, Kalmüken, Ingušsen und Čečenen sowie der Volga-Deutschen – "verstärkte sich der Druck auf die Eigenständigkeit der kleineren Völkerschaften.

Eine deutliche Änderung trat mit dem XX. Parteitag 1956 ein, der neben der Verurteilung Stalins auch eine allgemeine Abkehr vom übersteigerten Zentralismus brachte. So erhielten die Unionsrepubliken mehr Entscheidungsmöglichkeiten über regionale Wirtschaftsfragen wie auch stärkere Kompetenzen z. B. im Gerichtswesen. Zugleich wird die zunehmende ökonomische Verflechtung der Unionsrepubliken untereinander betont, die gerade im wirtschaflichen Bereich auch zu Planungskommissionen geführt hat, deren Kompetenzen die Grenzen einzelner Republiken überschneiden (19).

Die Zuspitzung sozialer Gegensätze

Derartige weitgehend institutionelle Veränderungen sagen längst nicht alles aus über die soziale Realität. Einige Hinweise zur Situation in Zentralasien sollen sie beleuchten. Das Bild relativer Stabilität, das diese Region lange Zeit **bot, ist seit der** sowjetischen Intervention **in Afghanistan** in Frage gestellt **worden. Waren** diese Republiken einmal das Schaufenster der Sowjetunion nach Süden mit durchlässiger Grenze für die national und sprachlich verwandten Nachbarn, so bietet sich jetzt ein zumindest differenziertes Bild. Die Afghanistan-Invasion wird als Präventivaktion gegen die Ausbreitung islamisch-fundamentalistischer, aber auch nationalistischer Tendenzen im muslimischen Teil der Sowjetunion interpretiert. Mittelasiatische Truppenteile erwiesen sich im Kampf gegen afghanische Mudjaheddin als besonders unzuverlässig. Dies verstärkt das Interesse, nach möglichen gesellschaftlichen Widersprüchen in dieser Region zu fragen.

Die gesellschaftliche und ökonomische Gliederung erweist sich als sehr uneinheitlich, wenn man die Stadt-Land-Problematik in den Vordergrund rückt. Hier zeigen sich Strukturelemente, die schlagend an diejenigen erinnern, die vorhin zur Charakteristik der zaristischen Kolonialisierungs- und Siedlungspolitik aufgeführt wurden: In der Städt läuft eine Trennungslinie zwischen Industriearbeitern aus einheimischen Nationalitäten, meist jungen, wenig qualifizierten Männern und Vertretern anderer sowjetischer Nationalitäten, welche die Stellen vom Facharbeiter an aufwärts innehaben. Diese Angaben stammen freilich noch aus den sechziger Jahren, aber sie beleuchten zumindest das strukturelle Problem. In Turkmenistan stieg 1960-68 der Anteil der Einheimischen an der Belegschaft eines Eisenbahn-Ausbesserungswerks von 33,9% auf 42,1%; in einer turkmenischen Fachschule für Erdölgewinnung, die der Weiterqualifikation von Arbeitern dient, waren 20 von 70 Absolventen des Jahrgangs 1965 Turkmenen, d. h. 28,6% (20). Solche Zahlen zeigen, daß die Quote der Einheimischen, die in die städtische Industrie eingegliedert waren, noch dazu an qualifizierten Stellen, nach wie vor weit hinter dem Anteil der Turkmenen an der Bevölkerung zurückblieb, der auch 1979 noch 68,4% betrug (21). Der Anteil der Turkmenen in Leitungsfunktionen lag in einem Fall bei 5,9% (22). Die stattfindenden Proletarisierungsprozesse, aber auch das inzwischen erhöhte Qualifikationsniveau der einheimischen Intelligenz tragen nicht unbedingt zur Entspannung der Lage bei, weil vor allem die einheimischen Studenten in den zentralasiatischen Republiken wenig Chancen sehen, in die erhofften Leitungsfunktionen aufzusteigen, und etwa Arbeiter oder Bauern ähnlichen nationalen Benachteiligungen ausgesetzt und so naheliegende Bündnispartner sind, wie Hillel Ticktin darlegt: Der „Konflikt auf drei gesellschaftlichen Ebenen ...: zwischen Stadt und Land, zwischen Facharbeitern und weniger qualifizierten Arbeitern und schließlich zwischen den Betriebsleitungen und den Arbeitern"

könnte damit zu einem „Bündnis ... zwischen Arbeitern, Bauern und Intelligenz" führen, das die Tatsache zum Ausdruck brächte, das auf allen drei genannten Ebenen die jeweiligen autochthonen Nationalitäten in der benachteiligten Position sind und das so zu "eine(r) wirklichen Bedrohung" werden könnte (23).

Eine solche Tendenz wird durch Nachrichten über Bewegungen unter den Nationalitäten in der Sowjetunion gestützt, die freilich bruchstückhaft und für eine abschließende Bewertung sicher zu spärlich sind. So kam es 1969 zu Unruhen in Taškent, der Hauptstadt Uzbekistans, die offenbar neben Studenten auch andere soziale Gruppierungen erfaßten und sich gegen die Russen richteten (24). Aus allen islamischen Teilen der Sowjetunion — neben Mittelasien Teile des Volga-Gebiets und des Kaukasus — wird von der Ausbreitung eines „parallelen Islam" berichtet, der sich vom offiziell geduldeten Islam absetzt und großenteils die Form sufistischer Sekten annimt (25).

Etwas mehr ist über Protestaktionen bekannt, die in Armenien während der letzten Jahre zu Strafprozessen führten, und die sich offenbar ebenfalls an der nationalen Frage entzündeten. Hierbei handelt es sich um eine Nationalität, die allgemein als dem Sowjetsystem gegenüber recht positiv eingestellt gilt.

Wie bei anderen Strömungen sowjetischer Dissidenten ist auch hier unten Vertretern verschiedener Nationalismen mit eindeutig reaktionären Positionen zu rechnen. Doch muß man drei Dinge im Auge behalten: Zunächst begünstigen die vorgegebenen historischen Voraussetzungen eine derartige Wendung unterschiedlicher oppositioneller Positionen; selbst da, wo auch angesichts der historischen Ausgangslage inakzeptable, z. B. nationalchauvinistische oder rassistische Positionen vertreten werden, bleibt es doch ein bedenkenswertes gesellschaftliches Faktum, wenn derlei Thesen 66 Jahre nach der Oktoberrevolution offenbar Resonanz finden können; schließlich ist entschieden zu betonen, daß die sowjetische Dissidenz bzw. Opposition allem Anschein nach nur an den Rändern dem von der Selbstdarstellung der Herrschenden mit gutem Grund propagierten Schreckbild entspricht.

Wie andere gesellschaftliche Widersprüche auch hat sich in der aktuellen tiefgreifenden Krise, in der die sowjetische Wirtschaft und Gesellschaft steckt, die nationale Frage verschärft. Dies gilt umso mehr, als der Appell an nationale Disziplin, wie der Sowjetpatriotismus schon immer, zugleich die Orientierung an der Führerschaft der Großrussen mittransportiert. Das alte bolschewistische Programm des Selbstbestimmungsrechts der Nationen stößt auch und gerade Jahrzehnte nach seiner weitgehenden formalen Erfüllung auf die realen Interessen und Zwänge eines zentralistischen Staatsapparats und auf die in seinen Entwicklungsplänen und -strategien sich manifestierenden Tendenzen zur einheitlichen Kontrolle der Wirtschaft, aber auch zur Festschreibung regionaler und damit nationaler Ungleichheit, die mit dem Verweis auf eine in einer einheitlich geführten Wirtschaft notwendige regionale Arbeitsteilung kaum gerechtfertigt werden kann.

Zusammenfassung

Die Problematik der Nationalitäten in der Sowjetunion stellt sich ebenso wie ihre nun bald 70 jährige Geschichte widerspruchsvoll dar. Wenn die Erfolge bei der formalen Erfüllung des von Lenin einmal skizzierten Programms in der nationalen Frage (Kulturelle Entwicklung, auch Entwicklung lokaler und regionaler Produktivkräfte) unbestreitbar ist, so lassen sich doch ebensowenig Tendenzen übersehen, welche einerseits überkommene Kolonialbeziehungen fortsetzen, zum andern aus Gründen der sowjetischen Staatsräson in eine ähnliche Richtung wirken, d. h. die Tendenz zur politischen, ökonomischen und kulturellen Vorherrschaft der Russen innerhalb der Sowjetunion verstärken. Dabei ist ein Bündel von Ursachen zu berücksichtigen: Mit an erster Stelle dürfte die aus objektiver Gefährdung entstandene Zielsetzung der sowjetischen Führung nach staatlicher



Leiter einer Hirtenbrigade in Azerbajdžan

Einheit stehen, die vor allem seit Stalin verabsolutiert wurde und sich mit dem Eigengewicht des Staatsapparats verhängnisvoll verband. Eine andere Komponente könnte man in der Tatsache sehen, daß die Russen bzw. allgemein die slavischen Völker der Sowjetunion nicht nur die vorherrschende Nationalität stellten, sondern zugleich in die Rolle der Zivilisatoren gedrängt wurden, die, etwa in Zentralasien, vor der Stadt aus sich bemühten, das „rückständige" Land „voranzubringen". Auch hier lassen sich Kontinuitäten mit dem Impuls (oder der Legitimationsideologie) der Kolonisatoren feststellen. Es wäre wichtig zu verstehen, daß diese Kontinuitäten in dem Sinn objektiven Charakter haben, als sie nicht den bösen Absichten der Akteure entspringen, sondern vielmehr ihren mit ihrer Revolutions- sowie Geschichts- und Gesellschaftstheorie verbundenen Grundannahmen: der Notwendigkeit der Verteidigung der Revolution in einer bestimmten Form und der Durchsetzung einer bestimmten Art von Fortschritt. Dieses Programm, das man kritisch als „Modernisierung" bezeichnen könnte, traf auf gesellschaftliche Strukturen im gesamten ländlichen Bereich der Sowjetunion, auf die es in keiner Weise eingerichtet war. Die heute noch bestehenden Probleme sowohl auf der Ebene der nationalen Frage wie etwa auch im Bereich der Landwirtschaft gehen zu nicht geringen Teilen auf diese Grundproblematik zurück.

Reinhart Kößler

Anmerkungen

1 L. I. Breźnev, Leninskom kursom t. 6, S. 626, zit. nach Istorija nacional 'no-gosuderstvennogo stroitel'stva v SSSR 1917-1978, 3. überarb. und erg. Ausg., Moskva 1979, Bd. 1. S. 15.
2 Unter Mittelasien werden im Folgenden die Sowjetrepubliken Kirgizistan, Tadžikistan, Turkmenistan, Uzbekistan verstanden. Kazachstan gehört nur teilweise zum historischen Mittelasien, großenteils aber zur Steppenregion, deren Probleme ganz andere sind.
3 Istorija... a.a.O., Bd. II, S. 152
4 S. hierzu: Lenin, „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", Werke, Bd. 20, S. 395-461; „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung", Werke Bd. 22, S. 327-368; Stalin, „Marxismus und nationale Frage", Werke Bd. 2, S. 266-333. Stalin war 1917 erster Volkskommissar für Nationalitätenfragen.
5 In der Sowjetunion wird zwischen „Nationen" und „Nationalitäten" unterschieden. Der Einfachheit halber benutze ich beide Ausdrücke synonym.
6 genaueres hierzu s. R. Kößler, Dritte Internationale und Bauernrevolution, Frankfurt/New York 1982, S. 256.
7 Dies geht deutlich aus einer neueren sowjetischen Darstellung hervor: R. Ch. Alimova, Osuščestvlenie kollektivizacii v Uzbekistane (1929-1932 gg.), Taškent 1977, S. 12 (Die Verwirklichung der Kollektivierung in Uzbekistan, 1929-1932).
8 ebd., S. 13.
9 Vgl. z. B. Geoffrey Wheeler, The Modern History of Soviet Central Asia, London 1964, S. 160 ff, 170 ff.
10 Vgl. Istoria..., a.a.O., S. 99f.
11 Vgl. ebd., S. 301.
12 Vgl. ebd., S. 243.
13 Mit dem Urbanisierungsgrad argumentiert man auch von sowjetischer Seite, vgl. ebd., S. 128f.
14 S. Weltentwicklungsbericht, Washington D. C. etc., 1982, S. 161; der Indikator ist grob angesichts der Unterschiede in der Ausbildung; die sowjetischen Angaben (Ärzte/10 000) Einwohner wurden umgerechnet auf Einwohner/Arzt.
15 Istorija..., a.a.O., S. 241
16 Ich beziehe mich z. B. auf Hakim k. Taniwal, Sozialsystem und wirtschaftliches Wachstum. Eine komparative Untersuchung von Entwicklungsstrategien in Zentralasien, M.A.-Münster 1973, S. 95 ff; der Verfasser arbeitet heute im afghanischen Widerstand.
17 Dieser Streit führte kurz vor Lenins Tod zum endgültigen, politisch nicht mehr effektiven Bruch zwischen Lenin und Stalin; hierzu gibt es versch. Darstellungen, z.B. Moshe Lewin, Lenin's Last Struggle, London 1973.
18 Die ehemaligen Führer von Partei und Staat in Uzbekistan, Chodžaev und Ikramov, wurden im dritten „Moskauer Prozeß" mit u. a. diesen Beschuldigungen abgeurteilt; s. R. Conquest, The Great Terror, Harmondsworth 1971, S. 518ff; Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen „Blocks der Rechten und Trotzkisten", 2.-13. März 1938, Moskau 1938, bes. S. 244-255, 377ff; natürlich muß diese „Quelle" höchst vorsichtig und zwischen den Zeilen gelesen werden!
19 Vgl. Istorija..., a.a.O., S. 137, 237.
20 S. Hillel Ticktin, „Der Krieg in Afghanistan: Eine verzweifelte Elite expandiert", in: des.u.a., Planlose Wirtschaft, Hamburg 1981, S. 99.
21 Narodne Chozjajstvo SSSR 1922-1982, Moskva 1982, S. 37.
22 Vgl. Ticktin, a.a.O.
23 Ebd.
24 Vgl. ebd., S. 98f.
25 Vgl. Chantal Lemercier-Quelquejay, „L'islam en Union soviétique: surviances ou renissance", L'Alternative 9 (mars-avril 1981), bes. S. 14 f.
26 Vgl. Lalternative, versch. Ausg.; ferner: Anahide Ter Minassian, „Les Arméniens soviétiques", L'Alternative 10-11 (mai-août), S. 3-10.

Abkürzungen:
AK — Autonomer Kreis
AG — Autonomes Gebiet
ASSR — Autonome Sozialistische Sowjetrepublik
KPdSU — Kommunistische Partei der Sowjetunion
RSFSR — Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SSR — Sozialistische Sowjetrepublik

Die sowjetische Intervention in Afghanistan

Dieser Artikel hat zum Ziel, mögliche Ursachen für die sowjetische Invasion in Afghanistan vom Dezember 1979 herauszuarbeiten. Dabei werde ich versuchen, zu einer nüchternen, weniger vorurteilsbestimmten und emotionsgeladenen Beurteilung möglicher sowjetischer Interventionsmotive zu gelangen, ohne die Invasion und den danach fortgesetzten blutigen Bürgerkrieg zu rechtfertigen. Die Vorgehensweise ist zweispurig:
Der erste Teil ist als Auseinandersetzung mit denjenigen Erklärungsansätzen angelegt, die zwar in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion immer wieder auftauchen, deren Erklärungswert gleichwohl zweifelhaft ist.
Im zweiten Teil versuche ich dann herauszufiltern, welche Motive der Invasionsentscheidung zugrunde gelegen haben können. Ich gehe dabei von dem Vorverständnis aus, daß die sowjetische Invasion nicht aus heiterem Himmel erfolgte, sondern auf die vorherige Entwicklung bezogen werden muß. Ich werde daher nicht die Invasion als solche isoliert analysieren, sondern sie als Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung begreifen.

1. Kritik verschiedener Erklärungsversuche der Afghanistan-Invasion.

Nach einer kritischen Überprüfung einer Reihe öffentlich diskutierter Invasionserklärungen, müssen einige der gängigen Annahmen verworfen werden. Ich komme so zu Aussagen darüber, warum die UdSSR höchstwahrscheinlich *nicht* einmarschiert ist. Nach dieser Negativauslese wird anschließend versucht, eine positive Antwort auf die Frage nach den Invasionsursachen zu formulieren.

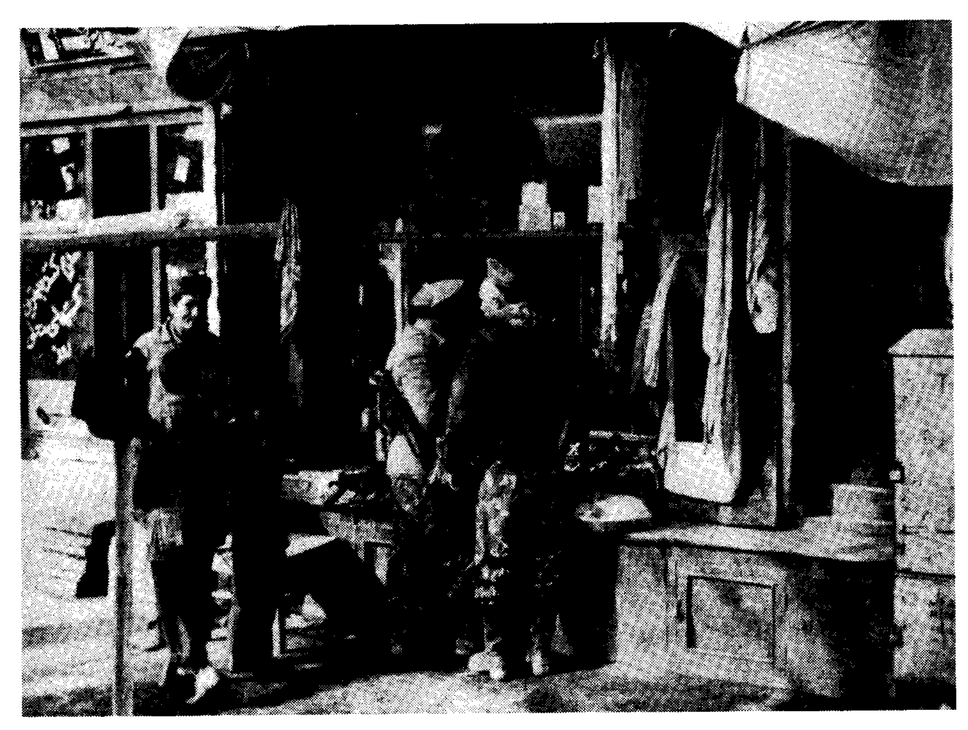
Der ‚Griff nach dem Öl'...

... ist der am weitesten verbreitete Erklärungsversuch für die Invasion. Unterstellt wird die sowjetische Absicht, entweder durch eigene Besetzung der Öl-Felder am Golf oder durch Abschneiden der Versorgungswege die kapitalistischen Industriestaaten wirtschaftlich ruinieren zu wollen. Argumentationshilfe für diesen Erklärungsversuch leisteten zwei Studien des „National Foreign Assessment Center" der CIA aus dem Jahre 1977[1]. Ein von ihr vorhergesagtes Sinken der sowjetischen Ölproduktion veranlaßte die CIA, eine Besetzung der Ölfelder durch die Sowjetunion als möglich anzusehen. Obwohl nicht veröffentlicht, bildeten die CIA-Prognosen das Haupt- und Standardargument für die sog. Carter-Doktrin und die Aufstellung der schnellen Eingreiftruppe der USA. Die eigene Vorhersage wurde vom US-Geheimdienst zunächst korrigiert und schließlich widerrufen[2].

Fragwürdig ist jedoch nicht nur der Begründungszusammenhang des „Griffes nach dem Öl", sondern auch, wie die sowjetische Afghanistan-Invasion sich in ein solches Vorhaben einordnen soll. Unterstellt, die UdSSR würde zum Golf vorstoßen wollen, so ist uneinsichtig, warum sie den beschwerlichen Umweg über das Hochgebirgsland Afghanistan und nicht den kürzesten Weg von der sowjetisch-iranischen Grenze zum Golf wählt.

... oder Afghanistan als „Sprungbrett" ?

Ebenfalls uneinsichtig bleibt die „Sprungbrett"-These. Nach ihr diente die Besetzung Afghanistans dazu, eine Ausgangsbasis für weitere Eroberungen in Südwestasien aufzubauen. Soweit die Vertreter dieses Erklärungsversuches als Zweck, zu dem Afghanistan Mittel sein soll, die Besetzung der Ölfördergebiete angeben, sind sie bereits widerlegt. Darüberhinaus ist das unwegsame Hochgebirgsland als Ausgangsbasis für Operationen mechanisierter Heeresverbände denkbar ungeeignet. Andererseits sind aber auch die Flugentfernungen von afghanischen Militärflugplätzen zum Golf nur unwesentlich kürzer als die von Basen auf so-



Sowjetsoldaten in afghanischem Dorf

Sowjetsoldaten in afghanischem Dorf

wjetischem Territorium. Auch die Zusammensetzung der in Afghanistan stationierten Truppen deutet nicht auf die Verfolgung weitergehender Ziele hin (Harrison, 1983, 8).

Das geistige Erbe Peter des Großen, – imperialismustheoretische Erklärungsmuster.

„Die Sowjetunion verfolgt eine langfristige Strategie im Mittleren Osten, die dazu dienen soll, sich Territorium anzueignen, welches ihnen Zugang zu Warmwasserhäfen am Indischen Ozean verschafft.." (U.S.Security Interests, 1980, 59). So lautet einer der Erklärungsversuche, die die sowjetische Invasion auf eine angebliche außenpolitische Zielsetzung von Zar Peter dem Großen (1689 - 1725) zurückführen. Die Annahme historischer Kontinuität über einen Zeitraum von mehreren hundert Jahren wird nicht näher begründet.

Die Ableitung eines Strebens nach eisfreien Kriegshöfen aus Zar Peters Politik ist an sich bereits problematisch[3]. Darüberhinaus ist die pauschale Übertragung auf die sowjetische Außenpolitik der Gegenwart ein kühnes Unterfangen. Die Warmwasserhafen-These muß in einem größeren Erklärungszusammenhang gesehen werden. Sie wird nämlich in ihrer Anwendung auf die Afghanistan-Invasion als Beleg für sowjetischen „Expansionismus" angeführt. Der Expansionismus-Vorwurf wiederum ist eine auf räumliche Ausdehnung ausgerichtete Interpretation der klassischen politischen Imperialismustheorie. Sie versteht unter Imperialismus die Ausdehnung des Nationalstaates über seine Grenzen hinaus mit dem Ziel, abhängige Territorien zu einem Weltreich zu vereinigen (Mommsen, 1977, 7). Imperialismus wird in diesem Sinne als rein mächtepolitisches Phänomen betrachtet und sieht den Staat als entscheidenden Akteur im internationalen System an. Der Unterschied zur modernen Imperialismustheorie, die elementar auf innergesellschaftlichen und ökonomischen Erklärungszusammenhängen beruht, ist unübersehbar. Die klassische Imperialismustheorie ist beschreibend, in ihrer Aussagekraft beschränkt und wissenschaftlich eigentlich überholt. Ihr zufolge wäre die Ausdehnung des sowjetischen Herrschaftsbereichs auf Afghanistan damit zu erklären, daß es der Sowjetunion eigen ist, sich räumlich auszudehnen. Diese Argumentation weist Merkmale einer Tautologie auf.

Die Invasion als Schutz vor der Beeinflussung islamischer Minderheiten in der Sowjetunion ?

Weit verbreitet ist die These, die Invasion Afghanistans habe ein Übergreifen des revolutionären Islam auf die moslemischen Minderheiten in der UdSSR verhindern sollen. Anlaß für diese Interpretation bot die Entwicklung des Iran seit 1979. Öffentlichkeit, Wissenschaftler und Politiker in den westlichen Staaten richteten ihre Aufmerksamkeit auf die innenpolitischen Kräfte, die der fundamentalistische Islam freizusetzen in der Lage war.



Moslems in der Sowjetunion

Das Wiedererstarken des Islam im Iran ist nicht nur eine intellektuelle Bewegung, sondern beruht auf tiefen religiösen Traditionen und einer breiten sozialen Unterstützung (Halliday, 1982, 51). Soziale Ungerechtigkeit, Armut und tendenzielle Verelendung des städtischen Proletariats und der Mittelschichten sowie massive Unterdrückung sind als Bedingungen der iranischen Revolution wichtig. Die Bewegung im Iran wurde von der schiitischen Geistlichkeit getragen, die im Gegensatz zur sunnitischen Glaubensrichtung auf eine religiöse ´ Infrastruktur ` zurückgreifen konnte. Gotteshäuser als Kommunikationsstätten und die finanzielle Unabhängigkeit der schiitischen Geistlichkeit bestanden unter der Terrorherrschaft des Schah weiter und konnten sich sogar ausweiten (ebd. 52). Diese Bedingungen sind in Afghanistan nicht gegeben. 80 % der Gläubigen in diesem Land sind Sunniten. Der Widerstand im Iran war städtischen Ursprungs und schiitisch (ders. 1981, 30). Vor der Machtergreifung in Kabul im Jahr 1978 war der islamische Fundamentalismus in Afghanistan eine „marginale Kraft" (Harrison, 1983, 17), die erst *nach* der Invasion einen Bedeutungszuwachs erfuhr. Er beruht wesentlich darauf, daß ihnen von fundamentalistischen Gruppen aus dem Ausland beträchtliche Finanzmittel zuflossen. Die Masse des Widerstandes hingegen ist sunnitisch, ländlich und in Stammesgemeinschaften organisiert. Die Anführer des Widerstandes sind keine geistlichen Autoritäten, sondern Stammesoberhäupter und Intellektuelle (Halliday, 1981, 30). In Afghanistan bestehen insofern andere religiöse und soziale Bedingungen für eine fundamentalistische islamische Bewegung als im Iran.

Die Verhältnisse in der Sowjetunion sind wiederum anderer Art. Der islamische Anteil an der Gesamtbevölkerung der UdSSR wuchs von 11,6 % im Jahr 1959 auf 16,5 % im Jahr 1979. Dieser Anstieg beruht auf dem von den übrigen Bevölkerungsgruppen unterschiedlichen „Geburtsverhalten" der Usbeken, Kirgisen, Tadschiken und Turkmenen in Zentralasien und der Aserbaidschaner. Dieser Trend hält an (Simon, 1980, 28). 80 % der islamischen Bevölkerung wiederum gehören der sunnitischen Glaubensrichtung an. Sie besitzen keine unabhängigen kommerziellen oder religiösen Institutionen wie die Schiiten im Iran (Halliday, 1982, 52). Eine sunnitische Widerstandsbewegung auf Stammesbasis, wie in Afghanistan, ist höchst unwahrscheinlich. Seit 1930 gibt es im sowjetischen Zentralasien keine bewaffneten halbautonomen Stammesgruppen mehr (ebd.). Eine russische Vorherrschaft in diesen Landesteilen und die gleichzeitig integrative *und* un-



terdrückende Minderheitenpolitik in der Sowjetunion führt dazu, daß „politisch-separatistische, ja sogar radikal-kulturautonomistische Bestrebungen von vornherein etwas Illusionäres an sich" haben (Simon, 1980, 30). Die Chancen eines, wie auch immer gearteten, „militärischen Aufbegehrens" ist sehr gering (Bräker, 1982, 57). Ein Übergreifen eines schiitischen Fundamentalismus oder des sunnitischen Widerstandes würde außerdem an der kulturellen Stellung der islamischen Minderheiten in der sowjetischen Gesellschaft und an deren Lebensstandard scheitern. Die Rechte dieser islamischen Volksgruppen auf kulturelle Eigenständigkeit und Religionsfreiheit sind, solange sie nicht in organisierten politischen Widerstand umzuschlagen drohen, durchaus umfangreich. Mit dem Weg in den Partei- und Staatsapparat stehen den Angehörigen der islamischen Bevölkerungsteile Einflußmöglichkeiten offen, die genutzt werden (Halliday, 1982, 52). Ferner ist der Lebensstandard der islamischen Bevölkerung in den asiatischen Sowjetrepubliken erheblich höher als der im Iran oder in Afghanistan[4]. Das Bildungsniveau in den Sowjetrepubliken verringert zudem die Anziehungskraft des populistischen Islam, die dieser als soziale Bewegung auf die unterprivilegierten und wenig gebildeten Schichten im Iran ausübt (ebd. 51).

Die potentielle Bedrohungswirkung des militanten fundamentalistischen Islam auf die innere Stabilität des sowjetischen Herrschaftssystems besteht als bedeutungsvolle Größe nicht. Diese Bedrohung ist vielmehr „Gegenstand beträchtlichen Wunschdenkens im Westen" (Halliday, 1982, 50).

Ökonomische Erklärungsversuche

Ökonomische Erklärungsmuster sind ein gängiger und häufig auch zutreffender Ansatz bei der Erklärung sowjetischer Außenpolitik (vgl. K. Fritsche, blätter des iz3w Nr. 110). Es hat dementsprechend Versuche gegeben, die Afghanistan-Invasion aus ökonomischen Notwendigkeiten zu erklären (vgl. z.B. Bräker 1980). Dabei wird auf die sowjetischen Bemühungen um die Erschließung und Ausbeutung afghanischer Erdgasvorkommen hingewiesen und eine Abhängigkeit der Sowjetunion (insbesondere der zentralasiatischen Republiken) von afghanischen Erdgaslieferungen behauptet.

Um die Bedeutung der afghanischen Erdgasexporte für die sowjetische Volkswirtschaft bemessen zu können, ist es nützlich, sie der gesamten sowjetischen Erdgasproduktion gegenüberzustellen. Diese betrug 1978 circa 372 Mrd. m^3 (Ehrenberg, 1981: 79). Demgegenüber war eine durchschnittliche jährliche Liefermenge aus Afghanistan von 3,73 Mrd. m^3 vertraglich vereinbart. Mithin kann quantitativ von einer sowjetischen Abhängigkeit vom afghanischen Erdgas nicht gesprochen werden. Qualitativ betrachtet besteht der Vorteil der Importe in der relativen Nähe der Förderstätten zu den Verbrauchsstätten in den zentralasiatischen Sowjetrepubliken. Grundsätzlich sind diese jedoch auch über das sowjetische Pipelinenetz aus nationalen Ressourcen zu versorgen[5].

Im übrigen legt der hohe Anteil der Erdgasausfuhren an den afghanischen Exporterlösen die Vermutung nahe, daß auch bei einem Sturz der afghanischen Regierung der Erdgasexport in die UdSSR wahrscheinlich nicht unterbrochen worden wäre. Im Jahr 1976/77, in dem aufgrund einer Exportdrosselung die Erlöse um 21,6 % zurückgingen, erwirtschafteten die Erdgasexporte in die Sowjetunion 11,7 % der afghanischen Exporteinnahmen (BfAI, 1978: 32 f.). Diese Exporte sind für die afghanische Wirtschaft unverzichtbar und könnten „einstweilen auch nicht in wirtschaftlich vertretbarer Weise zu anderen Abnehmern geleitet werden" (Ehrenberg, 1981: 79).

Insgesamt gibt es aus sowjetischer Sicht keine plausible wirtschaftliche Erklärung für die umfangreiche, aber im Verhältnis betrachtet nicht überwältigende[6] Wirtschaftshilfe der UdSSR an Afghanistan. Die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Afghanistan ist nur politisch zu erklären; genuin ökonomische Invasionsmotive sind nicht erkennbar. „Ökonomisch gesehen dürften ... die Kosten von Invasion und Besetzung in keinem Verhältnis zu dem stehen, was zu gewinnen war bzw. vor dem Verlust bewahrt werden konnte ..." (Ehrenberg, 1981: 79).

2. Mögliche Ursachen der Invasion

Zur geschichtlichen Entwicklung Afghanistans[7]

Grundlage für den innerafghanischen Konflikt ist der scharfe Gegensatz zwi-

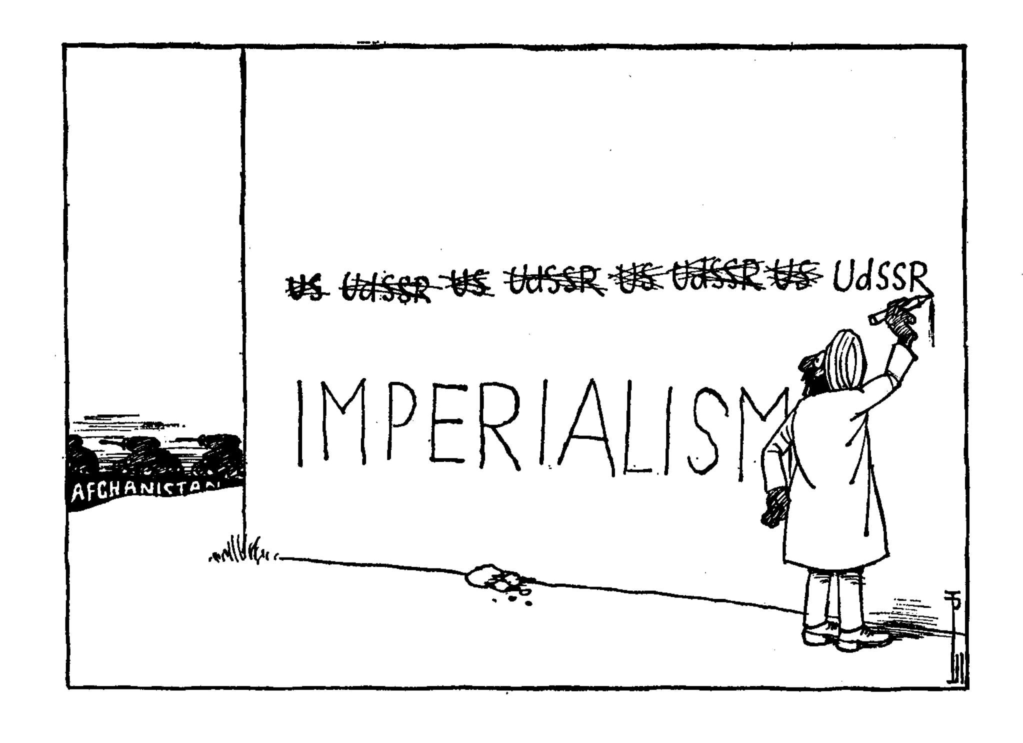
schen dem Zentrum (Kabul) und der Peripherie, genauer: das weitgehend unvermittelte Nebeneinanderherexistieren einer städtischen und einer segmentierten ländlichen Gesellschaft — ein Zustand, der sich auf die ungleichmäßige Entwicklung der beiden Gesellschaftssektoren seit dem 19. Jahrhundert zurückführen läßt. Die Analyse konzentriert sich dabei auf den Bereich der Pashtunen — derjenigen Volksgruppe, die die Politik im Zentrum bestimmt, den größeren Teil der Landbevölkerung stellt und heute auch treibende Kraft im Widerstand ist.

Die pashtunische Zentralstaatsbildung war zunächst außengerichtet — zur Unterwerfung benachbarter Völkerschaften und zur Abwehr der britischen Expansionsversuche (seit 1838). Nach dem zweiten britisch-afghanischen Krieg (1878/79) verlor Afghanistan seine außenpolitische Souveränität an England, ohne aber Britisch-Indien angegliedert zu werden. Die britischen Subsidien an den Kabuler Herrscher, die dessen Loyalität gegen das russischen Zarenreich sichern sollten, ermöglichten diesem die Festigung einer von den Stämmen unabhängigen Herrschaft. Dies markiert einen zentralen Bruch in der eigenständigen afghanischen Entwicklung; seither ist die getrennte Entwicklung zwischen Zentrum und Peripherie festzustellen. Punktuelle Störungen des labilen Gleichgewichts zwischen beiden, d.h. Auseinandersetzung zwischen Zentralgewalt und lokaler Autonomie, bilden eine Ebene des innerafghanischen Konflikts.

Seit den 30er Jahren ist ein Prozeß der fortschreitenden Auseinanderentwicklung zwischen den Gesellschaftssektoren zu beobachten, der seine Ursache vorwiegend in den Veränderungen im Zentrum findet: die Bildung einer nach europäischen Vorstellungen ausgebildeten und durch westliche Ideen geprägten städtischen Oberschicht (im weiteren als „modernistische Elite" bezeichnet) und das ansatzweise Entstehen moderner ökonomischer Strukturen (Handelskapital, Zentralbank, erste Industriebetriebe). Dabei war dieser Prozeß dadurch gehemmt, daß ihm aufgrund der Spaltung der Gesellschaft im wesentlichen nur die städtische Ökonomie als Markt zur Verfügung stand und die dynamische Entwicklung dadurch schnell an ihre natürlichen Grenzen stieß.

Die Einbeziehung Afghanistans in den Ost-West-Konflikt

Der Prozeß der Auseinanderentwicklung wurde seit den 50er Jahren durch die starke ausländische Finanz- und Wirtschaftshilfe beschleunigt. Afghanistan wurde zum Objekt der west-östlichen Systemkonkurrenz — beide Seiten suchten sich an „Hilfsbereitschaft" zu überbieten. Entscheidend für die weitere Entwicklung war dabei, daß Afghanistan sich weigerte, dem westlich orientierten Bündnissystem des Bagdad-Pakts beizutreten. Ursache war die Mitgliedschaft Pakistans in dieser Organisation, zu dem Afghanistan aufgrund bestehender Grenzstreitigkeiten[8] sehr gespannte Beziehungen hatte. Die USA verweigerten daraufhin die Lieferung von Militärgütern, was in der Folge einschließlich der Ausbildung afghanischer Offiziere und Unteroffiziere durch die Sowjetunion übernommen wurde. Dies ist der eine Bereich, der seitdem für die engen sowjetisch-afghanischen Beziehungen bedeutsam ist; der andere ist die große Bedeutung der Sowjetunion für den afghanischen Außenhandel. Das Binnenland Afghanistan ist für seinen Außenhandel auf seine Nachbarländer angewiesen. Seit Beginn der 50er Jahre kam es im Gefolge politischer Spannungen über die Pashtunistan-Frage mehrfach zur Schließung der Grenze, so daß Afghanistan mangels anderer ausgebauter Verbindungen praktisch von der Außenwelt abgeschlossen war. Dies Problem wurde durch den Ausbau der Straßenverbindungen zur Sowjetunion, der vielzitierten Panzerstraßen, gelöst, über die seit der Fertigstellung ein beträchtlicher Teil der afghanischen Im- und Exporte abgewikkelt wird.

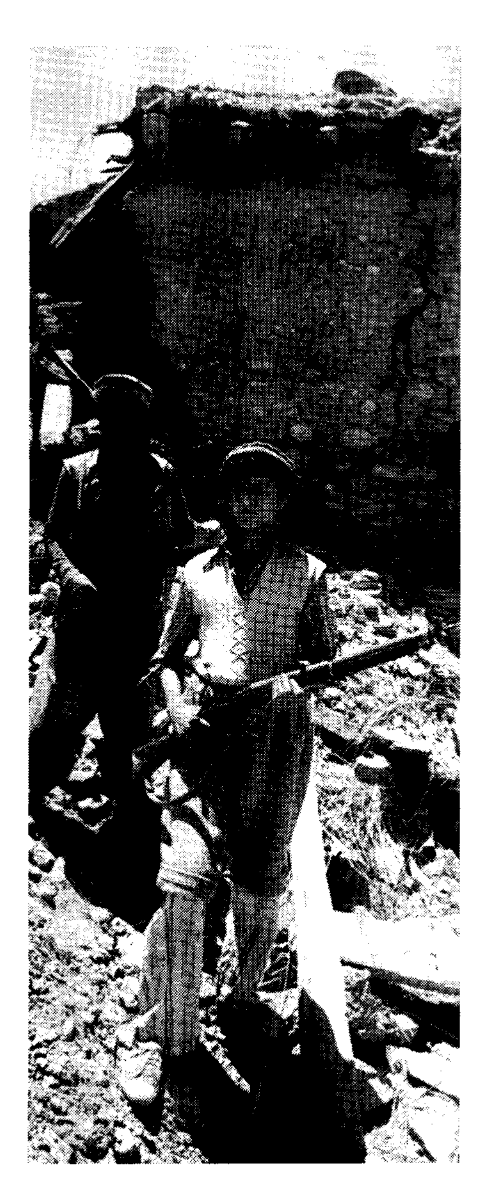


Der Druck zur Modernisierung

Die ausländische Hilfe kam im wesentlichen der zentralen Ökonomie zugute und stärkte deren Strukturen, insbesondere die Stellung der modernistischen Elite, für die die aufgeblähte und von ausländischen Geldern abhängige Bürokratie das einzige Beschäftigungsfeld darstellt. Diese Entwicklung ist grundlegend für den heutigen Konflikt. Zur Ausbildung einer modernen Industriegesellschaft, dem Ziel der ausländischen „Helfer" und der modernistischen Elite, war die Auflösung der geteilten Gesellschaftsstruktur notwendig — industrielle Warenproduktion erfordert das Entstehen eines Marktes, der die gesamte Gesellschaft umfaßt. Somit war die Umwandlung der feudalen Subsistenzlandwirtschaft zu einer surplusorientierten Agrarökonomie für dieses Entwicklungsmodell unabdingbar. Grundsätzlich ist der Konflikt, wie er in Afghanistan seit 1978 ausgetragen wird, demnach unausweichlich; es stellt sich allein die Frage nach dem Zeitpunkt seines Auftretens und der Schärfe seiner Austragung.

Politisch tauchte die Forderung nach einer Agrarreform erstmals nach dem Umsturz von 1973 auf. Damals hatte eine Koalition zwischen Teilen der Armee, einer der beiden Fraktionen der (damals gespaltenen) kommunistischen Partei DVPA[9] und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Daud (einem Angehörigen des Königshauses) den seit 1933 regierenden König Sahir Shah gestürzt, der nach der großen Hungersnot zu Beginn der 70er Jahre die letzte Legitimation eingebüßt hatte[10]. In der praktischen Politik änderte sich wenig, was durch die starke Position der traditionellen Kräfte (verkörpert durch Daud)

gegenüber der modernistischen Elite innerhalb der Koalition bedingt war. Außenpolitisch war diese Phase durch die Annäherung Afghanistans an den Iran und Saudi-Arabien bei gleichzeitiger Entfernung von der Sowjetunion gekennzeichnet. Die materielle Grundlage für diesen Kurswechsel war die zunehmende Verknappung der ausländischen Finanzmittel, welcher vor allem der Iran durch großzügige Kreditversprechen zu begegnen versprach, und die Möglichkeit, durch einen Arbeitskräfteexport in die Golfstaaten das Problem der Überbevölkerung zu lindern.



Die Revolution von 1978

Im April 1978 wurde Daud durch die Armee gestürzt, die alsbald die politische Führung an die DVPA abtrat. Auslöser für den (eigentlich erst für einen späteren Zeitpunkt geplanten) Umsturz war die Verhaftung und bevorstehende Liquidierung der DVPA-Spitze. Die Annahme einer Beteiligung der Sowjetunion an diesem Umsturz liegt (angesichts von Dauds außenpolitischem Kurswandel) auf der Hand, konnte jedoch bislang nicht nachgewiesen werden[11]. Es übernahm eine der konkurrierenden Fraktionen der modernistischen Elite die Macht. Kernpunkt ihrer Programmatik war die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung durch die verstärkte Einführung industrieller Warenproduktion und die Abschaffung feudaler Strukturen in der Landwirtschaft; dabei haftete dieser Programmatik nichts spezifisch sozialistisches an. Es bestanden allerdings Differenzen über den konkreten Weg; die Khalq-Fraktion verlangte die zügige Transformation der gesellschaftlichen Strukturen, während die Parcham-Fraktion für eine eher evolutionäre Strategie eintrat. Diese Differenzen wurden mit der Ausschaltung des Parcham-Flügels im Sommer 1978 ausgeräumt.

Der nun folgenden Politik der Khalqis zur Umwandlung der ländlichen Strukturen, die ihren Ausdruck im Sommer und Herbst 1978 in Dekreten zur Entschuldung der landwirtschaftlichen Pächter und der Aufteilung von Großgrundbesitz fand, lagen zwei Fehleinschätzungen zugrunde: die Reduzierung der feudalen Strukturen auf ihren ökonomischen Gehalt sowie die Fehlwahrnehmung gesamtgesellschaftlicher Machtstrukturen und — damit verbunden — der Möglichkeiten der Zentrale zur Umsetzung ihrer politischen Ziele. In der peripheren Gesellschaft hatten sich seit dem Anfang des Jahrhunderts feudale Strukturen herauszubilden begonnen, vor allem in Form der Schuldknechtschaft. Es herrschte allerdings der Typ des dorfsässigen Grundherrn, der gleichzeitig Stammesfunktionen erfüllte, vor; Großgrundbesitz wie z.B. im Iran gab es in Afghanistan kaum. Entscheidend ist, daß die traditionellen ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen in einem fortschreitenden Auflösungsprozeß befindlich waren, ohne daß dies zunächst die dörflichen Herrschaftsverhältnisse in Frage stellte. Dies erklärt sich einerseits durch dörfliche Umverteilungsstrukturen, die einer absoluten Verelendung entgegenstehen, und andererseits mit dem relativ frühen Stadium, in dem sich dieser Prozeß am Ende der siebziger Jahre befand. Faktoren wie die große Zahl afghanischer Gastarbeiter im vorrevolutionären Iran deuten darauf hin, daß eine Integration der ausgebeuteten Bevölkerung in dieses System nicht unbegrenzt möglich und ein Legitimationsverlust unausweichlich war; dieser Prozeß war jedoch vor der Landreform 1978 noch nicht soweit fortgeschritten, daß die Regierungspolitik eine Rechtfertigungsgrundlage hätte finden können.



Zwei sowjetische Panzer haben sich in einem Dorf außerhalb von Kabul eingegraben.

Daneben existierte innerhalb des Khalq-Flügels eine irrige Vorstellung von den realen gesamtgesellschaftlichen Machtstrukturen. Augenscheinlich schloß man aus den relativ geringen Konflikten zwischen Zentrum und Peripherie vor 1978 (die aus dem relativ ungestörten Nebeneinanderherexistieren resultierten) auf die Existenz stabiler staatlicher Strukturen und hoffte, auf dem Verordnungswege revolutionäre Veränderungen durchsetzen zu können. Diese Sichtweise verkannte die mangelnde Leistungsfähigkeit des Staatsapparats, der ineffizient, aufgebläht, korrupt und inkompetent war; er war nach dem Erlaß der Dekrete nicht in der Lage, alternative ökonomische Strukturen aufzubauen. Ferner vernachlässigte sie den Tatbestand, daß die Feudalherrn gegen diese für sie existenzgefährdenden Maßnahmen den schärfsten Widerstand leisten mußten. Hinzu kam als weiterer Faktor, daß die Reformen die ländlichen Strukturen und Machtverhältnisse nicht an der Wurzel anpackten, sondern mit den Grundbesitzverhältnissen lediglich die offensichtlichste —Erscheinungsform angriffen. Das Mittelsmännersystem und der Geldverleih wurden nicht angetastet. All dies mußte zwangsläufig dazu führen, daß Widerstand gegen die Regierungspolitik entstand, initiiert durch die Grundherrn und mitgetragen von der Mehrheit der Bevölkerung, für die das traditionelle System legitim war und denen die Reformen materielle Not brachten.

Der Widerstand erfaßte im Laufe des Jahres weite Teile des Landes und führte schließlich dazu, daß die Regierung praktisch nur noch die größeren Städte mit Umgebung unter ihrer Kontrolle hielt. Versuche der Sowjetunion, mäßigend auf die Politik der DVPA einzuwirken, den revolutionären Übereifer der Khalqis zu bremsen, scheiterten. Ein von den Sowjets unterstützer Putschversuch des nominellen Staatsoberhaupts Taraki gegen den realen Machthaber Amin mißlang; Taraki kam dabei auf ungeklärte Weise zu Tode. Amin schwang sich zum Alleinherrscher auf und versuchte, mit blutigem Terror seine tatsächlichen oder vermeintlichen Gegner auszuschalten. Die Folgen waren ein Anschwellen des Flüchtlingsstroms nach Pakistan und weiterer Zulauf für den Widerstand. Die afghanische Armee, Amins einzige Machtbasis neben den sowjetischen „Beratern", zeigte zunehmend Auflösungserscheinungen. In dieser Situation, als der Sturz Amins und Machtübernahme durch reaktionäre Kräfte abzusehen war, intervenierte die Sowjetunion mit ihren Truppen in Afghanistan. Amin wurde hingerichtet und Babrak Karmal, der im Sommer 1978 exilierte Anführer der Parcham-Fraktion, als neuer Ministerpräsident installiert.

Ursachen für die Invasion

Kernpunkt des Erklärungsansatzes für die Invasion ist die Tatsache, daß die Sowjetunion gegen Ende des Jahres 1979 vor der Situation stand, entweder den Sturz einer befreundeten, innenpolitisch abgehalfterten Regierung und die Machtübernahme durch reaktionäre Kräfte zuzulassen oder dies durch ein direktes militärisches Eingreifen zu verhindern. Für die sowjetische Entscheidung, sich zwischen diesen beiden Alternativen für das militärische Eingreifen zu entscheiden, waren zwei Faktoren ausschlaggebend: die Stellung Afghanistans in der sowjetischen Außenpolitik und die geographische Lage des Landes.

Die Stellung Afghanistans im außenpolitischen System der Sowjetunion definiert sich durch den „Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit" vom 5. Dezember 1978 (vgl. Matsson, 1981). Dabei gehen einige Passagen in diesem Vertrag inhaltlich über Formulierungen z.B. in den Verträgen mit Angola oder Mosambik hinaus.

„Die Verpflichtung zur wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit gemäß Art. 2 und Art. 3, die Bestandsgarantie und militärische Zusammenarbeit des Art. 4 und die Unvereinbarkeitsklausel des Art. 11 sind durchwegs geeignet, Afghanistan in das System des Weltsozialismus einzugliedern." (Ebd.: 94).

Die Grundlage der Beziehungsregelung der Staaten des „Weltsozialismus" untereinander stellt das Prinzip des „Sozialistischen Internationalismus" dar. Hiernach verpflichtet sich die Sowjetunion dazu, den anderen Staaten im Falle einer inneren oder äußeren Bedrohung militärisch beizustehen, solange dies nicht den Bestand der Sowjetunion selbst gefährdet. Die Verpflichtung ergibt sich aus ihrem Selbstverständnis als „Vaterland des Sozialismus" und Oberhaupt der sozialistischen Staatengemeinschaft. Dabei ist der (nach unserer westlichen Sichtweise sehr entscheidende) Charakter der „Bedrohung" des Sozialismus in dem betreffenden Land aus der Sicht der UdSSR nebensächlich: eine Bedrohung durch reaktionäre Kräfte wie im Fall Afghanistan zählt genauso dazu wie die Bedrohung durch innere Reformen und Demokratisierung z.B. im Fall der CSSR 1968, als der sozialistische Internationalismus noch einmal als „Breshnew-Doktrin" aktualisiert wurde.



Im Fall Afghanistans ist entscheidend, daß — zählt man diesen Staat zum System des Weltsozialismus — ein Nicht-Eingreifen für die Sowjetunion nicht in Frage kommen konnte. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß — selbst wenn man dem Prinzip des sozialistischen Internationalismus keinen Wert an sich zubilligt — seine Mißachtung die UdSSR vor erhebliche Legitimationsprobleme gegenüber ihren Verbündeten und u.U. auch gegenüber Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt stellen kann. Dies war z.B. nach dem chinesisch-vietnamesischen Krieg im Frühjahr 1979 zu beobachten, als der Sowjetunion die mangelhafte Unterstützung Vietnams zum Vorwurf gemacht wurde (vgl. Wagner, 1982: 8). Hätte sie nun auch noch einem Umsturz in Afghanistan tatenlos zugesehen, so hätte dies zu einem erheblichen Gesichtsverlust gegenüber ihren Verbündeten geführt.

Den zweiten wichtigen Bestimmungsfaktor für die Invasion stellt die Einkreisungsfurcht dar, die als wichtige Größe für die Formulierung sowjetischer Sicherheitspolitik anzusehen ist (Sonnenfeldt, 1980: 172; vgl. auch Schmiederer, 1981: 60). Wenn G.F. Kennan feststellt, die geostrategische Bedeutung Afghanistans sei „eine kuriose Entdeckung amerikanischer Journalisten und Lehnstuhlstrategen" (zitiert nach Rudersdorff, 1980: 129), dann ist das als Hinweis darauf zu verstehen, daß sich an der „geostrategischen Lage" im Vorderen Orient durch die Invasion nichts entscheidendes geändert hat. Es ist allerdings anzunehmen, daß der umgekehrte Fall eines anti-sowjetischen Umsturzes in Afghanistan von der sowjetischen Führung als wesentliche Veränderung der regionalen Kräftekonstellation wahrgenommen worden wäre. Dem kam sie durch die Invasion zuvor.

Rahmenbedingungen der Invasion

Als Rahmenbedingungen für die Invasionsentscheidung sind die Abkühlung der Ost-West-Beziehungen bereits vor der Invasion sowie das scheinbare Desinteresse der USA an Afghanistan von Bedeutung.

Sicherlich ist es fraglich, ob die UdSSR in einer Phase der Entspannung im Ost-West-Verhältnis von einer Invasion abgesehen hätte. Von Entspannung konnte aber im Herbst 1979 nicht die Rede sein, im Gegenteil: die Ablehnung des Salt-II-Vertrags durch den US-Kongreß stand so gut wie fest, die NATO faßte gerade den Nachrüstungsbeschluß, und die USA hatten die Verhandlungen zu einer Demilitarisierung des Indischen Ozeans einschlafen lassen. Zudem war die heftige Reaktion insbesondere der USA nach der Invasion nicht ohne weiteres absehbar, denn die westlichen Regierungen und auch die Medien kümmerten sich vorher erstaunlich wenig um die Menschenrechtsverletzungen in diesem Land — ein untypisches Verhalten gegenüber Ländern im sowjetischen Einflußbereich, das als westliches Desinteresse gedeutet werden konnte (vgl. Rudersdorff, 1980: 90). Dies deutet darauf hin, daß die Afghanistan-Invasion für die westlichen Staaten ein willkommener Anlaß war, die Entspannung zu Grabe zu tragen. Vorgeblich wissenschaftliche Analyse westlicher Sowjetologen (wie die in Teil 1 kritisierten) dienten zuvorderst der Rechtfertigung dieser Politik.

Ein neuer Charakter sowjetischer Außenpolitik?

Als Ergebnis läßt sich festhalten, daß die Afghanistan-Invasion nicht auf einen neuen Charakter sowjetischer Außenpolitik gegenüber Staaten der Dritten Welt hindeutet, weil bei der sowjetischen Sichtweise Afghanistans nicht dessen Status als Land der Dritten Welt, sondern seine Stellung als verbündeter Staat im Vorfeld der UdSSR von Bedeutung war. Die Invasion in Afghanistan ist als Fortsetzung der bekannten sowjetischen Politik gegenüber Staaten des sozialistischen Staatensystems anzusehen.

Jörg Meyer-Stamer

Anmerkungen

(1) „Prospects for Soviet Oil Production" (ER 77-10270) vom April 1977 und „Prospects for Soviet Oil Production: A supplemental Analysis" (ER 77-10425) vom Juli desselben Jahres.

(2) Vgl. „Neue Schätzungen über sowjetisches Erdöl", NZZ v. 22. 05. 1981, S. 1 und „U. S. Raises Estimates for Soviet Arms Spending", IHT v. 22. 07. 1982 sowie Halliday 1982, S. 53-59.

(3) Nach Linde (1980, 96f.) lag der Schwerpunkt der Außenpolitik Peters unzweideutig in Nordeuropa. „Von einer Absicht Peters, militärisch zum Persischen Golf vorzudringen, ist nichts überliefert" (ebd. 96) Die Warmwasserhafen-These zu Zar Peters Außenpolitik beruhe vielmehr auf dem sog. Testament Peter des Großen, „einer antirussischen Fälschung aus der Zeit Napoleons ...", eines „schon sehr früh als Fälschung erwiesenen Dokuments ..." (ebd.).

(4) Die Sterblichkeitsrate in sowjetisch Turkmenistan lag Mitte der 70er Jahre bei 7,2 die Zahl der Krankenhausbetten bei 10,2 und die Zahl der Ärzte bei 2,7 pro Tausend Einwohnern. Die entsprechenden Werte für Afghanistan gibt Hallisday (1982, 51) für den Vergleichszeitraum mit 23,8, 0,18 und 0,07 an. Der Alphabetisierungsgrad in sowjetisch Tadjikistan, wo die Bevölkerung eine Mundart des Persischen spricht, stieg unter der sowjetischen Herrschaft von 2 % auf 99 %. Der Alphabetisierungsgrad im Iran liegt bei 30 %, in Afghanistan bei 10 % (ebd.). Die Zahlenwerte sollten als Anhalt und nicht als exakte Daten angesehen werden.

(5) „Zum Vergleich ist interessant, daß die iranisch-sowjetische Erdgasleitung eine Jahreskapazität von 10 Mrd. m^3 hat und eine zweite Leitung mit einer Jahreskapazität von 13 Mrd. m^3 geplant war, wovon die Sowjetunion selbst nur ca. 2 Mrd. m^3 verbrauchen wollte" (Ehrenberg, 1981: 79). Dies deutet darauf hin,daß Erdgas in der Sowjetunion nicht dramatisch knapp ist.

(6) „Die Gesamtsumme der im Zeitraum 1955-77 durch eine Vielzahl von Abkommen gewährten Kredite zu günstigen Bedingungen betrug rd. $ 1.400 Mrd., während Iran 1975 $ 1800 Mrd. in einem einzigen Vertragspaket anbot" (Ehrenberg, 1981:79; vermutlich ein Druckfehler, es muß Mio. heißen). Insgesamt sind die afghanisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen nicht durch die sonst häufige Ungleichheit zugunsten der UdSSR gekennzeichnet.

(7) Die folgenden Abschnitte zur innerafghanischen Entwicklung stützen sich inhaltlich auf Hallisday 1981, Grevemeyer 1980, Landfried 1981, Rudersdorff 1980 und Shams 1981.

(8) Die Grenze zwischen dem heutigen Pakistan und Afghanistan war Kabul 1890 von Großbritannien in Übereinstimmung mit dem russischen Zarenreich diktiert worden. Sie läuft mitten durch das Siedlungsgebiet der Pashtunen (Pashtunistan) und wurde bzw. wird daher von Afghanistan nicht akzeptiert.

(9) Die 1965 als eine von mehreren Parteien im Untergrund gegründete DVPA (Demokratische Volkspartei Afghanistans) spaltete sich 1967 in den Khalq- und den Parcham-Flügel. Trennendes Moment waren – neben politischen Meinungsverschiedenheiten – vor allem sozial und ethnisch bedingte Differenzen.

(10) Die These, bereits damals habe ich die Sowjetunion ihre Hand im Spiel gehabt (so z. B. F. Bantle, Blätter Nr. 83), fußt letztlich auf Spekulationen westlicher Zeitungen, die aus der Beteiligung kommunistischer Kräfte auf ein sowjetisches Engagement schlossen, ohne dies je nachweisen zu können.

(11) Ganz im Gegenteil hat Berner (1980, 341ff.) herausgearbeitet, daß die DVPA vor dem April 1978 von den sowjetischen Medien systematisch totgeschwiegen wurde. Er zieht daraus den Schluß: Insgesamt machten die ‚Parcham'- und ‚Khalq'- Politiker, die den örtlichen sowjetischen Beobachtern genauer bekannt waren, auf diese vermutlich den Eindruck einer Clique unruhig-aufsässiger Intellektueller, die in Wirklichkeit selbst zum Establishment gehörten, sich von einem Systemwechsel aber die Befriedigung persönlicher Karriere-Ambitionen versprachen" (ebd., 434).

Zitierte Literatur

Berner 1980
Wolfgang Berner: Der Kampf um Kabul: Lehren und Perspektiven. In: Vogel 1980, S. 319-366.

BfAI 1978
Afghanistan. Wirtschaftliche Entwicklung 1977/ hrsg. v. d. Bundesstelle für Außenhandels-Information. Köln 1978, 48 S.

v. Borcke 1980
Astrid v. Borcke: Die sowjetische Interventionsentscheidung: Eine Fallstudie zum Verhältnis sowjetischer Außen- und Innenpolitik. In: Vogel 1980, S. 119-180.

Bräker 1982
Hans Bräker: Die Sowjetunion und der Mittlere Osten. Politik im Spannungsfeld von strategischen Zielsetzungen und Islam-Frage. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 32 (1982) 17-18 S. 45-62.

Bräker 1980
Hans Bräker: Die langfristigen Interessen der Sowjetunion in der Region Mittelost und die Islam-Frage in Zentralasien. In: Vogel 1980, S. 15-66.

Ehrenberg 1981
Eckehard Ehrenberg: Afghanistan – Die sowjetische Intervention aus konflikttheoretischer Perspektive. In: Orient, 22 (1981), 1, S. 69-88.

Grevemeyer 1980
Jan-Heeren Grevemeyer: Afghanistan – Das „Neue Modell einer Revolution" und der dörfliche Widerstand. In: Revolution in Iran und Afghanistan. Frankfurt/Main.: Syndikat, 1980, S. 140-176.

Halliday 1982
Fred Halliday: Threat from the East? Soviet policy from Afghanistan and Iran to the Horn of Africa. Harmondsworth: Penguin, 1982, 149 S.

Halliday 1981
Fred Halliday: Krieg und Revolution in Afghanistan. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 31 (1981) 23, S. 20-39.

Harrison 1983
Selig S. Harrison: A Breakthrough in Afghanistan? In: Foreign Policy, (1983) 51, Summer, S. 3-26.

Landfried 1981
Klaus Landfried: Afghanistan zwischen Ost und West. Das Afghanistan-Problem hat eine lange Geschichte. In: Bürger im Staat, 31 (1981) 1, S. 65-73.

Matsson 1981
Renate Johanna Matsson: Politische und völkerrechtliche Aspekte der sowjetischen Intervention Afghanistan und die Position der Sowjetunion. In: Österr. Zeitschrift für Außenpolitik, 21 (1981) 2, S. 79-96.

Mommsen 1977
Wolfgang J. Mommsen: Imperialismustheorien. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1977, 131 S.

Rudersdorff 1980
Karl Heinrich Rudersdorff: Afghanistan – eine Sowjetrepublik? Reinbek: Rowohlt, 1980. (rororo aktuell 4643)

Schmiederer 1981
Ursula Schniederer: Die „ewigen" Ziele Rußlands. Hintergründe der gegenwärtigen sowjetischen Außenpolitik. In: Weltpolitik – Jahrbuch für intern. Beziehungen. Frankfurt/M.: Campus, 1981. S. 46-62.

Shams 1981
Rasul Shams: Die interne politische Entwicklung in Afghanistan – zur Genesis einer gescheiterten Revolution. In: Die Dritte Welt, 9 (1981) 1-2, S. 123-149.

Simon 1980
Gerhard Simon: Russischer und sowjetischer Expansionismus in historischer Perspektive. In: Vogel 1980, S. 93-118.

Sonnenfeldt 1980
Helmut Sonnenfeldt: Die Afghanistan-Krise und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. In: Europa-Archiv, 35 (1980) 6, S. 169-178.

Ticktin 1981
Hillel Ticktin: Der Krieg in Afghanistan: eine verzweifelte Elite expandiert. In: Planlose Wirtschaft. Hamburg: Junius, 1981. S. 93-116.

U. S. Security Interests 1980 (S 381-38)
U. S. Senate, Comm. on Foreign Relations, Subcom. on Near Eastern and South Asian Affairs: U. S. Security Interests and Policies in Southwest Asia. (Hearings). 96th Cong., 2ng Sess. Washington 1980. (S. 381-38).

Väyrynen 1980
Raimo Väyrynen: Focus on Afghanistan. In: Journal of Peace Research, 17 (1980) 2, S. 93-102.

Vogel 1980
Die sowjetische Intervention in Afhganistan. Entstehung und Hintergründe e. weltpolit. Krise/ Heinrich Vogel (Hrsg.). Baden-Baden: Nomos, 1980.

Wagner 1982
Ekkehart Wagner: Der sino-sowjetische Konflikt. Afghanistan als strategischer Schachzug im Schisma zwischen Peking und Moskau. In: VZ, 6 (1982) 2, S. 8-11.

Zur Rüstungsexportpolitik der Sowjetunion

Proletarischer Internationalismus oder Unterdrückungshilfe?

Entwicklung, Umfang und Art sowjetischer Rüstungsexporte

Die Geschichte der sowjetischen Rüstungsexporte an Länder der Dritten Welt beginnt in nennenswertem Ausmaß erst Mitte der 50er-Jahre. In dieser Anfangsphase belieferte die UdSSR jedoch nur wenige Länder in Asien (Nord-Korea, Nordvietnam, Afghanistan und Indonesien) und Nahost (Ägypten, Nordjemen, Irak und Syrien) mit Waffen. In der ersten Hälfte der 60er-Jahre stieg der Anteil sowjetischer Rüstungsgüter am weltweiten Waffenhandel rapide an, der Kreis der Empfängerländer vergrößerte sich. Sieht man von den Boomphasen 1967, 1973 und 1979 ab, so lag ab Mitte der 60er-Jahre der Anteil sowjetischer Waffenlieferungen am weltweiten Rüstungsexport konstant bei etwa einem Drittel. Damit hält die Sowjetunion unangefochten den Platz zwei in der Rangliste waffenexportierender Staaten, 1967 und 1979-81 war sie sogar der weltgrößte Rüstungslieferant.

Genaue Daten anzugeben, ist in diesem Bereich allerdings ein problematisches Unterfangen. Die beiden wichtigsten Quellenwerke, die Jahrbücher des Schwedischen Friedensforschungsinstitutes SIPRI und der amerikanischen Rüstungskontrollbehörden ACDA, differieren in ihren Zahlenangaben erheblich voneinander, manchmal bis zu einer Größenordnung von 1:4. Darüberhinaus unterscheiden sich die Quellenwerke auch in der methodischen Herangehensweise.

So erfasst SIPRI auf der Basis öffentlicher Quellen lediglich den Export von Großwaffen (also Flugzeugen, Kriegsschiffen, Panzern und Raketen). ACDA stützt sich dagegen auch auf Geheimdienstquellen, um den gesamten Rüstungsexport, also auch Kleinwaffen, Ausrüstungsgüter etc., einzubeziehen. Da die ACDA-Daten jedoch keine detaillierten Auflistungen enthalten, entziehen sie sich jeglicher Überprüfbarkeit. Die Verfahren, die Rüstungsexporte nicht nur quantitativ, sondern auch wertmässig zu erfassen, bieten einen weiteren Raum für Fehler und Manipulationen. Deswegen sind beide Institute bisweilen gezwungen, frühere Daten zu korrigieren. Unnötig, anzumerken, daß die Sowjetische Regierung selbst keinerlei Daten hierzu veröffentlicht.[1]

Tabelle 1: Datenvergleich der UdSSR 1976-82 in Mrd. US-Dollar*

Quelle: Jahr	ACDA 1969-78[2] Gesamt-RüEx konstante Preise von 1977	ACDA 1971-80[2] Gesmt-RüEx konstante Preise von 1979	ACDA 71-80** nur: 3. Welt konstante Preise von 1979	SIPRI 82[3]*** 3. Welt konstante Preise von 1975 (79)*	SIPRI 83[3] 3. Welt konstante Preise von 1975 (79)*
1976	5,607	6,534	5,57	1,554 (2.02)*	1,554 (2,02)*
1977	6,500	7,674	6,54	2,156 (2,80)	2,156 (2,80)
1978	6,609	8,038	6,86	3,682 (4,79)	3,526 (4,58)
1979	–	10,500	8,95	3,631 (4,72)	4,104 (5,34)
1980	–	7,978	6,80	3,774 (4,91)	4,425 (5,75)
1981	–	–	–	2,420 (3,15)	3,172 (4,12)
1982	–	–	–	–	2,390 (3,11)

* Die Zahlen sind insofern nicht ohne weiteres vergleichbar, als sie von unterschiedlichen Preisindizes ausgehen. Der Preisanstieg militärischer Güter liegt deutlich über dem für Konsumgüter und differiert zusätzlich je nach Waffensystem. Man kann in etwa davon ausgehen, daß die auf den Preisen von 1975 basierenden SIPRI-Zahlen gegenüber dem Preisniveau der ACDA-Daten um den Faktor 1,3 zu niedrig angesetzt sind. Die Zahlen in Klammern sind mit diesem Faktor multipliziert und mit den ACDA-Daten vergleichbar.[4]

** ACDA schlüsselt den Anteil der Dritte-Welt-Staaten am Gesamtrüstungsexport der UdSSR lediglich für den gesamten Zeitraum 1976-80 auf. Die Zahlen für die einzelnen Jahre sind um diesen Faktor (85,23 %) reduziert, d. h. sie gehen von einer gleichbleibenden verteilung aus.

*** SIPRI erfaßt lediglich öffentlich bekannte Großwaffentransfers, also nur einen (in seiner relativen Größe nur schwer abschätzbaren) Teil der Gesamtrüstungsexporte. Diese Zahlen sind daher prinzipiell zu niedrig angesetzt.

Die in Tabelle 1 wiedergegebenen Zahlen gewinnen erst dann ihre Aussagekraft, wenn man sie im Zusammenhang mit den Daten des sowjetischen Außenhandels betrachtet. Im Jahr 1980 belief sich der sowjetische Gesamtexport auf 76,45 Mrd. US-Dollar. Davon gingen nach offiziellen Angaben 13,2 % in die Dritte Welt – das sind rund 10,1 Mrd. Dollar. Der Anteil der Rüstungsexporte an diesen Exporten in die Dritte Welt bewegt sich je nach Herkunft der Zahlen in der Höhe von 53% (SIPRI-Jahrbuch 82), 63% (SIPRI-Jahrbuch 83) bzw. 74% (ACDA).[6] Wenngleich die Gegenüberstellung von Außenhandelszahlen und wertmäßigen Schätzungen von Waffensystemen, deren (u. a. politisch bedingten) realen Preis man in den wenigsten Fällen kennt, problematisch ist, so zeigt das Rechenbeispiel doch deutlich, welch einen überragenden Stellenwert Waffenlieferungen in der sowjetischen Politik gegenüber der Dritten Welt einnehmen.

Während in den 50er-Jahren und Anfang der 60er-Jahre hauptsächlich ausrangierte bzw. veraltete Waffensysteme als Militärhilfe in die Dritte Welt gingen, setzte sich Mitte der 60er-Jahre weltweit der Trend zum Verkauf relativ moderner Rüstungsgüter durch. Die UdSSR schloss sich diesem Trend nur teilweise und mit Verzögerung an. Ein Großtiel der Empfängerländer sowjetischer Waffen erhält noch heute vergleichsweise alte Waffensysteme – ein Fakt, der teilweise mit der konservativen Struktur der sowjetischen Rüstungsproduktion zu tun hat, im Wesentlichen aber von der Kaufkraft bzw. „Wichtigkeit" des betreffenden Landes bestimmt ist. Benin verhandelte 1982 über die Lieferung einer nicht genauer bekannten Anzahl Düsenjäger des Typs MiG-17, ein Flugzeug, das 1953 erstmals in Produktion ging. Bezogen auf die Anzahl gelieferter Waffen sind diese Uraltgeräte jedoch Ausnahmen. Die Großabnehmer sowjetischer Rüstungsgüter erhalten in aller Regel hochmoderne Waffen, teilweise sogar vor deren Einführung in den osteuropäischen WVO-Staaten (Warschauer Vertragsorganisation). So wurde etwa der Irak, Syrien, Ägypten, Äthiopien und Kuba vor Bulgarien und CSSR mit dem Ge-



Der sowjetische Abfangjäger MiG-25 (NATO—Bezeichnung: Foxbat)

genstück des MRCA Tornado, der MiG-23, beliefert. Die MiG-25 wurde zuerst nach Algerien, Indien, Libyen und Syrien exportiert; aufgrund der ausgedehnten Exporte wurde der T-72 Panzer in den Staaten des Warschauer Paktes „überraschend langsam" eingeführt.[7] Grundsätzlich werden alle Waffensysteme, die produziert werden auch zum Verkauf angeboten. Allerdings weist die Waffenpalette deutlich Schwerpunkte auf. Verkaufsschlager sind vor allem Überschall-Kampfflugzeuge, Panzer, Artilleriewaffen und Raketen. Weniger bedeutend ist die Ausfuhr von Hubschraubern und der gesamte Marinesektor mit Ausnahme von Raketenschnellbooten[8]. Äußerst zurückhaltend ist der Kreml jedoch hinsichtlich einer im Westen sehr beliebten Form des Rüstungstransfers:
Der Vergabe von Lizenzen für eine eigenständige Rüstungsproduktion. Lediglich in Indien werden Luft-Luft-Raketen, T-72-Panzer und Flugzeuge des Typs MiG-21 und An-32 hergestellt. Die MiG-21 wird ferner wahrscheinlich noch in Nord-Korea produziert.[9]
Nur schwer erfaßbar ist der Bereich von Ausrüstungsgütern, Ersatzteillieferungen, Infrastrukturgütern und Militärelektronik. Ferner ist bei einer Reihe von Gütern die Zuordnung zu militärischen bzw. zivilen Zwecken schwierig (LKWs, medizinische und Werkstatteinrichtungen etc.). Ebenfalls kaum zuverlässig zu erfassen ist der gesamte Kleinwaffenbereich. Das sowjetische Sturmgewehr AK-47 „Kalaschnikow" etwa zählt, zusammen mit der amerikanischen M-16, zu den am weitesten verbreiteten automatischen Gewehren. Abgesehen davon, daß die Kalaschnikow auf so ziemlich allen Schwarzmärkten der Welt zu haben ist, sorgt sie in mindestens 15 Ländern der Dritten Welt für politische Macht, u. a. in Chile, Peru und Marokko.[10] SIPRI schätzt die Zahl der weltweit im Einsatz befindlichen AK-47 auf mindestens 30, möglicherweise auch 40 Mio. Stück — andere Quellen sind jedoch etwas zurückhaltender.[11]
Die Attraktivität sowjetischer Waffen für Länder der Dritten Welt besteht hauptsächlich im vergleichsweise niedrigen Preis, in den relativ günstigen Kreditbedingungen und wie das amerikanische „Air Force Magazine" ironisch schreibt in der „Bereitschaft, einen Teil des Preises in Waren wie etwa Fischmehl entgegenzunehmen". In der Regel hatten die Kredite eine Laufzeit von 10 (manchmal aber auch bis zu 40) Jahren bei einem Zinssatz von 2-2,5 Prozent (Die USA verlangten 1979, 9,5% Zinsen). Wichtige Kunden konnten darüberhinaus mit großzügigen Rabatten rechnen. Diese Situation hat sich indes gründlich geändert. Solch günstige Kreditbedingungen sind zur Ausnahme geworden, seit 1977 verlangt die UdSSR in vielen Fällen eine teilweise Barzahlung bei Lieferung, und mittlerweile werden auch Kreditverträge zu kommerziellen Zinssätzen abgeschlossen, auch der Fischmehlanteil scheint sich zugunsten harter Währungen reduziert zu haben.[12]
Zwei weitere Aspekte sind im Zusammenhang mit Waffenexporten schließlich erwähnenswert: Zum einen der Export von Nukleartechnologie, und zum anderen der Bereich militärischer Ausbildungshilfe. Hinsichtlich der Weiterverbreitung von Atombombentechnologie hält sich die UdSSR im Wesentlichen sehr zurück — mit einer Ausnahme: Argentinien. So wurde im April 1980 ein Vertrag mit den argentinischen Militärs über die Lieferung von angereichertem Uran unterzeichnet. Ein weiterer Vertrag über die Lieferung von 100 kg angereichertem Uran sowie einer Tonne schwerem Wasser wurde während des Malvinenkrieges bekannt.[13]
Der Komplex militärischer Ausbildungshilfe umfaßt einerseits die Entsendung von Militärberatern in Länder der Dritten Welt, andererseits die Ausbildung von Offizieren in sowjetischen Militärakademien. Die Informationslage in diesem Bereich ist freilich äußerst schlecht. Amerikanische Quellen (soll heißen: Pentagon, CIA und State Department) schätzten die Zahl sowjetischer Militärberater, die sich 1976/77 in mindestens 14 afrikanischen Staaten aufgehalten haben sollen, auf 4.940 bis 7.540. Die ZEIT will gar 10.200 sowjetische und osteuropäische Militärs — auf 10 afrikanische Länder verteilt — aufgespürt haben.[14] Noch willkürlicher müssen Schätzungen über die Zahl der in der UdSSR ausgebildeten Militärs aus Ländern der Dritten Welt sein. Daß dies im Einzelfall außerordentlich Bedeutung haben kann, zeigt die Entwicklung in Afghanistan: der „Auftragsputsch" vom April 78 und die Rolle der Armeeführung im — „..." — revolutionären Afghanistan wäre undenkbar gewesen, wenn nicht ein Großteil des afghanischen Offizierscorps in der UdSSR ausgebildet worden wäre.

Empfängerländer sowjetischer Waffen

Grundsätzlich kann man sagen, daß die UdSSR relativ viele Waffen an vergleichsweise wenige Länder verkauft. SIPRI nennt 18 Länder der Dritten Welt, die derzeit von Moskau beliefert werden. Für den Zeitraum von 1967 bis 1980 kommt ACDA auf 42, SIPRI auf 28 Länder (zum Vergleich: Die USA lieferten im selben Zeitraum Waffen an mindestens 67 Länder in der Dritten Welt). Der größte Posten, etwa 40% der sowjetischen Rüstungsexporte, ging in

die Nahost-Region. Afrika ist mit rund 36% am Geschäft beteiligt, Asien mit 18%, Lateinamerika allerdings nur mit 6%. Wenn man diese Zahlen mit den regionalen Militärausgaben vergleicht, zeigt sich, daß die Sowjetunion in Afrika weit überrepräsentiert ist (die afrikanischen Länder sind mit 8-9% an den Militärausgaben der Dritten Welt insgesamt beteiligt), ebenso im Nahen Osten (28-30 %). In den asiatischen Ländern, die mit 55% an der Militarisierung der Dritten Welt beteiligt sind, ist sie hingegen relativ wenig präsent. Diese Daten sind jedoch nur begrenzt aussagefähig, da allein die drei größten Kunden schon gut die Hälfte der sowjetischen Rüstungsexporte absorbieren: Libyen, Syrien und der Irak. Zu dieser Gruppe von Großabnehmern ist ferner auch Indien zu zählen. Diese Länder sind seit den 60er-Jahren (mit Ausnahme von Libyen) Dauerkunden der UdSSR, sie kaufen aber auch in beträchtlichem Ausmaß westliche Waffen. Zu einer zweiten Gruppe lassen sich die Länder Äthiopien, Vietnam, Algerien und Kuba zusammenfassen, mit Ausnahme von Algerien, Länder, in denen die UdSSR ein Monopol bei der Lieferung von Waffen innehat (Die Lieferungen an Äthiopien scheinen sich allerdings inzwischen deutlich reduziert zu haben).
Angola und Mocambik, die von der Sowjetunion zu den Ländern mit einer „sozialistischen Orientierung" gezählt werden, aber auch Nicaragua kommen erst unter ferner liefen. Nicaragua erhielt 1982 zwei etwas betagte Hubschrauber, eine Staffel MiG-21-Jäger (auch nicht mehr das neueste Modell) und schließlich 25 Panzer vom Typ T-54 und T-55, deren Produktion bereits in den späten 50ern begann. Mocambik wurde 1977 gar mit T-34-Kampfpanzern versorgt, einem Panzertyp also, der schon im 2. Weltkrieg eingesetzt wurde.
Umgekehrt zeigt die sowjetische Rüstungsexportpolitik die eindeutige Bereitschaft der Kreml-Gerontokratie, sich auch mit diktatorischen bzw. faschistoiden Regimen zu arrangieren, eine Tatsache, die im übrigen auch auf der Ebene ziviler Handelsbeziehungen festzustellen ist (man denke nur an den neuerdings überaus florierenden Handel zwischen Chile und der UdSSR bzw. der DDR[15]). Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen.[16]
1971 putschte sich in *Uganda* Idi Amin Dada, ein früherer Protegé der britischen Kolonialherren, an die Macht. In den Jahren seiner Herrschaft wurden nach Schätzungen von Amnesty International mindestens 50.000 Menschen massakriert. 1973 lieferte die UdSSR die ersten 7 Hubschrauber sowie 120 leichte Panzer und Panzerwagen, typische Repressionswaffen. Ein Jahr später folgten 12 MiG-17-Düsenjäger — als Geschenk. Weitere Waffenlieferungen sowie einige hundert Militärberater sorgten in den Folgejahren dafür, daß die „Solidarität mit den unterdrückten Massen" nicht allzusehr überhand nahm ... (Amin honorierte dies übrigens auf originelle Weise: er ließ sein Vorhaben, ein Hitler-Denkmal errichten zu lassen, fallen, um stattdessen Stalin zu verewigen ...)
IRAN: 1967, in dem Jahr also, als in Berlin der Protest gegen den Besuch des Schah mit dem Tod eines Demonstranten endete, teilte die iranische Regierung den Abschluß eines Vertrages mit Moskau über die Lieferung von Militär-LKWs, Schützenpanzern und Flak—Geschützen im Wert von 110 Mio. Dollar mit. Dieser Handel ließ das Kalkül der iranischen Regierung aufgehen: In den Folgejahren stiegen die amerikanischen Rüstungsexporte an den Iran drastisch an, die Industriegüterexporte der UdSSR freilich auch (etwa das gigantische Hüttenwerk in Isfahan). Damit nicht genug: Im November 76 kehrte der iranische Kriegsminister Toufanian von einem Moskau-Besuch mit einem Vertrag zurück, der die Lieferung von 12.000 Luftabwehrraketen neuesten Typs vorsah sowie von 400 Geschützen und 250 Schützenpanzern, wiederum also Repressionswaffen. Gesamtwert: 414 Mio. Dollar. Diese Waffen wurden jeweils zur Hälfte 1977 und 78 (!) ausgeliefert.
PERU: Hier wurde 1975, mit dem Aufstieg General Morales zum Präsidenten, der ehedem reformistische Anspruch des Militärregimes endgültig zu Grabe getragen. Das Militär unterwarf sich dem Diktat des IWF, die wirtschaftliche Situation verschlechterte sich katastrophal. Streiks und Demonstrationen wurden mit Schießereien und Massenverhaftungen unterdrückt. Trotz der wirtschaftlich katastrophalen Lage stieg Peru zum größten Waffenimporteur La-

Tabelle 2: Werte sowjetischer Waffenlieferungen nach Empfängerländern in Mio. US-Dollar (laufende Preise), 1976-1980, nach ACDA.

Afrika:	
Libyen	5.500
Äthiopien	1.900
Algerien	1.800
Angola	550
Tansania	320
Sambia	220
Mocambik	180
Somalia*	150
Mali*	110
Nigeria	90
Kongo	60
Madagaskar	60
Kap Verde**	50
Guinea	50
Uganda	40
Guinea-Bissau**	30
Benin	20
Burundi*	10
Äquatorial-Guinea	10
Sudan**	10
Tschad*	5
Marokko*	5
Gesamt***	11.300

Lateinamerika:	
Kuba	1.100
Peru	900
Gesamt	2.000

Nahost:	
Syrien	5.400
Irak	5.500
Süd-Jemen	775
Nord-Jemen	625
Iran**	625
Kuwait	50
Ägypten**	20
Gesamt***	12.500

Asien:	
Indien	2.300
Vietnam	1.900
Afghanistan	450
Nord-Korea	240
VR China**	220
Mongolei*	200
Laos	180
Bangladesch*	20
Pakistan*	20
Kampuchea	10
Sri Lanka*	10
Gesamt***	5.600

SIPRI registrierte für diesen Zeitraum zusätzlich Malawi.
Folgende Länder kamen laut SIPRI nach 1980 hinzu: Botswana, Seychellen, Guyana, Nicaragua und Jordanien.

Quelle: ACDA: WMEAT 1971-1980, S. 177 ff; Zum Vergleich wurden herangezogen: SIPRI: Yearbooks 1976-1981 (Arms Trade Registers).
* Keine Großwaffenlieferungen bei SIPRI registriert.
** Laut SIPRI: **Kap Verde:** Erst ab 82 registriert; **Guinea-Bissau:** Nur 1974; **Sudan:** Nur bis 74; **Iran:** Nur 414 Mio $; **Ägypten:** Nur bis 75; **VR China:** Nur 1975, möglicherweise aber in China selbst nachgebaute Hubschrauber; **Bangladesch:** Erst ab 81.
*** Gesamtzahl übersteigt die Summe der Einzelposten.



Eine sowjetische Rakete vom Typ FROG-7. Raketen dieses Typs wurden u. a. an den Iran verkauft.

teinamerikas auf. Die Rüstungsexporte der UdSSR hatten in den Jahren vor 75 allenfalls symbolische Ausmaße. Nach 75 hingegen stieg die UdSSR mit weitem Abstand zum größten Rüstungslieferaten Perus auf — in einem Ausmaß, das nur wenig unter dem der Rüstungsexporte an Kuba liegt.
Das sind nur einige Beispiele von vielen, die nicht so recht ins Bild proletarisch-internationalistischer Solidarität mit den Völkern dieser Erde passen wollen. Es läßt sich also mitnichten eine an den inneren politischen Verhältnissen des Empfängerlandes orientierte Auswahl bzw. Beschränkung sowjetischer Rüstungsexporte erkennen, die ideologischen Sprechblasen zerplatzen an der Realität.
Auch in umgekehrter Richtung kommt man zu diesem Ergebnis. Es ist zweifellos richtig, daß Befreiungsbewegungen erst unter den Bedingungen systemarer (um das Wort „imperialistisch" zu vermeiden) Konkurrenz einen entscheidenden Spielraum zur Realisierung nationalistischer und auch sozialistischer Ansprüche erlangen. Die sowjetische Politik gegenüber Befreiungsbewegungen orientiert sich jedoch keineswegs an prinzipiellen Überlegungen. Das völlige Ignorieren der ost-timoresischen FRETILIN, das Wechselbad, dem die iranische Tudeh-Partei unterworfen wurde, die Flatterpolitik gegenüber den irakischen Kurden über drei Jahrzehnte hinweg, die Haltung gegenüber dem eritreischen Befreiungskampf, übrigens auch die völlig passive Haltung Moskaus im Algerienkrieg (ein Baustein des sino-sowjetischen Konflikts) sind beredte Beispiele einer Außenpolitik, für die der „proletarische Internationalismus" nicht mehr ist als ein machtpolitisches Kalkül.
Dem entspricht auch die Waffenexportpolitik gegenüber Befreiungsbewegungen. Von einer systematischen Bewaffnung eines Befreiungskampfes durch die Sowjetunion konnte nirgendwo die Rede sein, zumal, wenn das Ergebnis der Kämpfe noch völlig offen war. Und auch dort, wo im Fall einer Niederlage außenpolitisch nichts mehr zu verlieren war, wurde die Solidaritätsausübung vorzugsweise delegiert. Ist die Staatsgewalt errungen, setzt das direkte Engagement ein, aber nie und nirgendwo vorher, wenigstens nicht in einem die geheimdienstliche Sphäre überschreitenden Ausmaß.

Motive der sowjetischen Rüstungsexportpolitik

Hinsichtlich der Interessenlage sowjetischer Außenpolitik, mithin ihres Instrumentes Rüstungsexporte, lassen sich drei Ebenen unterscheiden: ökonomische, militärstrategische und politische Interessen, die jedoch in mannigfacher Weise miteinander verknüpft sind.
Die UdSSR ist eine ökonomisch kraftlose Supermacht, die in einem nach kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten funktionierenden internationalen System agiert. Als Industrie-system der zweiten Generation folgt sie derselben Entwicklung und Wachstumslogik wie die kapitalistischen Industriestaaten, ohne jedoch die ökonomische und technologische Potenz zu haben, den Weltmarkt im Interesse einer forcierten eigenen ökonomischen Entwicklung zu instrumentalisieren. Unter der Bedingung einer in militärischer Konfrontation kristallisierten Systemkonkurrenz ist ökonomisches und technologisches Wachstum jedoch lebensnotwendig. Dieses Wachstum ist von innen heraus aus einer Reihe systemarer Gründe nicht zu bekommen. Die Konsequenzen aus diesem Dilemma sind u. a. folgende:[17]
— Es werden Prioritäten geschaffen, die dem Produktionsgütersektor zu Lasten des Konsumgütersektors (und damit der Technologieentwicklung wie der Rüstungsindustrie) Vorrang einräumen. Die daraus entstehenden gesellschaftlichen Defizite müssen wenigstens teilweise vom Außenhandel aufgefangen werden (siehe Weizenimporte). Dasselbe gilt für Technologieimporte. Damit ist eine Tendenz zur Auslandsverschuldung vorgegeben.
— Innerhalb des Produktionsgütersektors erhält der Rüstungssektor eine Vorrangstellung und zwar nicht nur aus Gründen der Systemkonfrontation, sondern auch, um als Weltmacht über-

haupt in Erscheinung treten zu können. Nur so kann die ökonomische Schwäche politisch-militärisch kompensiert werden, nur so sind Einflußsphären, die aus ökonomischen Gründen dringend benötigt werden, aufzubauen bzw. abzusichern. Was ist anderes gemeint, wenn Breschnew formulierte, die UdSSR habe das „gleiche Sicherheitsbedürfnis" in Indischen Ozean wie die USA?

Der Rüstungsexport hat in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von Funktionen:

– Waffen sind fast die einzigen Güter, die aufgrund ihrer technologischen Qualität auf dem Weltmarkt überhaupt konkurrenzfähig sind. Sie sind also oftmals die einzigen Trümpfe, die die UdSSR ausspielen können, um überhaupt Beziehungen mit einem Land der Dritten Welt anzuknüpfen.

– Die Rüstungsexporte ermöglichen die Verringerung der Kosten einzelner Waffensysteme, indem sie einen Teil der immens hohen Fixkosten für Forschung, Entwicklung und Produktionsanlagen auf die Käufer abwälzen. Darüberhinaus tragen sie zur Auslastung vorhandener Rüstungsproduktionskapazitäten bei.

– Die UdSSR erwirtschaftet beständig einen Handelsbilanzüberschuß gegenüber der Dritten Welt: In den Jahren 1976 bis 80 allein 10.6 Mrd. Transferrubel, umgerechnet rund 14,3 Mrd. Dollar[18]. Dieser Überschuß hat die Aufgabe, die Verschuldung der UdSSR in Grenzen zu halten, sie dennoch in die Lage zu versetzen, Technologie und Rohstoffe im Westen einzukaufen. Ohne den „Exportmotor" Rüstungsgüter wäre dieser Überschuß unmöglich.

– Rüstungsexporte ziehen eine Kette von Folgeleistungen nach sich: Wartungsspezialisten, Militärberater, Werkstätten, Ersatzteile, Ausbildung, aber auch infrastrukturelle Maßnahmen etc. Dies schafft Abhängigkeiten, die sich nicht selten in Überflugrechten, Militärbasen, Freundschaftsverträgen, Handelsabkommen und dem antiimperialistischen Abstimmverhalten in der UNO niederschlagen.

– Rüstungsexporte haben militärische und politische Präsenz zu demonstrieren. Sie stellen ein Konkurrenzangebot für diejenigen Regime in der Dritten Welt dar, die den Absprung von westlicher Dominanz suchen – aus welchen Gründen auch immer.

Der Zwang, ökonomische Schwäche militärisch und machtpolitisch kompensieren zu müssen, läßt jedoch die sowjetische Dritte-Welt-Politik auf tönernen Füßen stehen. Moskau ist gezwungen, Bündnisse einzugehen, die nur durch ein zeitweiliges instrumentelles Interesse zusammengehalten werden. Darüberhinaus ist die sowjetische Politik nicht selten im Sinne ihrer Zielsetzung konterproduktiv. Die ausgedehnten Rüstungsexporte an Indonesien vor 1965 hatten vor allem eine Effekt: Sie stärkten das Militär, die Folgen waren verheerend. Den Versuch, vermeintliche Abhängigkeit in bare Münze umzusetzen, mußten die Sowjets mit dem Verlust des wichtigsten Verbündeten im Nahen Osten, Ägyptens, büßen. Am Horn von Afrika wurden die Pferde gewechselt und die Bauern geopfert. Dies sind keine „Pannen" oder Ergebnisse von „Fehleinschätzungen". Die strukturelle Erfolglosigkeit einer militärisch dominierten Dritte-Welt-Politik ist Ausdruck der Unfähigkeit, etwas anderes als nur Waffen anzubieten.

Tabelle 3: Aktuelle sowjetische Großwaffenexporte in die Dritte Welt

Empfängerland	No. ordered	Weapon designation	Weapon description	Year of order	Year of delivery	No. deliverd	Comments
Syrien	...	A-2 Atoll	AAM	(1979)	(1979) (1980) (1981) (1982)	(48) (96) (96) (96)	Arming MiG fighters now being delivered
	...	T-4 Spigot	ATM	(1980)	(1981) (1982)	(50) (50)	Captured by Israeli forces in Lebanon
	(800)	BMP-1	MICV	1981	1982	(400)	Order reportedly incl. 4 Nanuchka Class corvettes, 2 Tu-126 AEW aircraft, 700 122/152mm Howitzers, 5 sqadrons of MiG-23/25s and 4 squadrons of Su-22s; total value: $2 000 mn; Saudi Arabian funding
	2	Il-76 Candid	Transport	(1981)	1982	2	
	(200)	M-1973 152mm	SPG	1981	1982	(100)	Designation unconfirmed
	(500)	M-1974122mm	SPH	1981	1982	(100)	Designation unconfirmed
	(30)	MiG-23	Fighter	1981	1982	(15)	2 squadrons
	...	MiG-25RE	Recce	1981	1982	(20)	Unspecified number of new recce version reportedly delivered Apr-May 1982; some sources report 3 squadrons on order
	4	Nanuchka Class	Corvette	1981			
	(12)	SA-5 Grammon	SAM	1983	(1983)	(12)	
	...	SA-7 Grail	Port SM	1978	(1979) (1980) (1981) (1982)	(25) (25) (25) (25	
	...	SA-8 Gecko	Landmob SAM	1982	(1982)	(48)	Designation unconfirmed; part of upgrading of SM network around major Syrian cities; deal incl. Mig-27 fighter aircraft
	...	SA-9 Gaskin	Landmob SAM	1978	(1980) (1981) (1982)	(48) (48) (48)	
	(60)	Su-22 Fitter-J	Fighter/ground attack	1981	1982	(30)	4 squadrons
	(200)	T-62	MBT	1982	1982	(200)	Several hundred delivered after Lebanon War
	(500)	T-72	MBT	1980	1980 1981 (1982)	(200) (200) (100)	
	2	Tu-126	AEW	1981			

Indien	...	AA-5 Ash	AM	1980	(1980)	(90)	Arming MiG-23s; part of Soviet arms pack-
					(1981)	(140)	age to India
					(1982	(140)	
	(95)	n-32 Cline	Transport	1980			Ordered Nov. 1980
	...	AT-3 Sagger	ATM	1980			
	...	FROG-7	Landmob SSM	1980			Probably version 7
	(30)	Il-76 Candid	Transport	1982			Replacing An-12
	3	Kashin Class	Destroyer	1976	1980	(1)	Modified Kashin Class; possibly with
					1982	1	K-26 helicopter
	85	MiG 23	Fighter	(1979)	1980	(15)	Order reportedly incl 70 MiG-23BN
					1981	(35)	fighters an 15 MiG-23U trainers
					1982	(35)	
	18	MiG-25	Fighter/intercept.	(1981)	1981	(2)	Counterbalancing sale of F-16 to
					1982	(10)	Pakistan; delivery started
	8	Nanuchka Class	Corvette	1975	1977	1	Total of 8 reportedly to be delivered
					1978	1	
					1979	1	
					1980	1	
	...	Peyta Class	Frigate	1980			Missile light frigate; part of Soviet arms package to India
	...	SA-9 Gaskin	Landmob SAM	(1982)			Mounted on modified BRT-40 chassis; unconfirmed
	...	T-72	MBT	1982			Unspecified number ordered in addition to 78 in service; status of possible licence production programme uncertain
Libyen	...	AA-2 Atoll	AAM	(1975)	(1976)	(50)	
					(1977)	(50)	
					(1978)	(50)	
					(1979)	(50)	
					(1980)	(50)	
					(1981)	(50)	
					(1982)	(50)	
	...	AA-6 Acrid	AAM	(1978)	(1979)	(30)	Arming MiG-25s
					(1980)	(30)	
					(1981)	(30)	
					(1982)	(30)	
	(3)	Foxtrot Class	Submarine	1978	1981	1	On Order in addition to 3 in service
					1982	1	
	...	MiG-23	Fighter	(1978)	(1979)	(15)	
					(1980)	(15)	
					(1981)	(20)	
					(1982)	(20)	
	...	MiG-25	Fighter/intercept.	(1977)	(1979)	(15)	
					(1980)	(15)	
					(1981)	(15)	
					(1982)	(15)	
	4	Nanchuka Class	Corvette	1980	1981	1	
					(1982)	(3)	
Irak	...		LST	1979			Ordered Jan 1979
	...	MiG-25	Fighter/interc.	1979	(1979)	(5)	Deliveries reportedly re-started 1982
					(1980)	(5)	
					(1982)	(10)	
	...	MiG-27	Fighter/strike	(1979)	(1979)	(7)	Small number of MiG-23/27s and
					(1980)	(8)	MiG-25s reportedly delivered 1982
					(1982)	(10)	
	...	SA-6 Gainful	Landmob SAM	1979	(1980)	(90)	Belivered to have received limited number
					(1981)	(50)	
					(1982)	(50)	
	...	S-8 Gecko	Landmob SAM	(1982)	1982	(72)	
	3		Submarine	1979			Ordered Jen. 1979
	...	T-62	MBT	(1982)	1982	(100)	Supply of T-62/72s resumed in 1982
	(150)	T-72	MBT	1980	(1982)	(50)	
Algerien	...	AT-4 Spigot	ATM	(1980)	(1981)	(100)	
					(1982)	(100	
	...	AT-5 Spandrel	ATM	(1980)	(1981)	(100)	Arming BRDM-2 APCs
					(1982)	(100)	
	...	AT-6Spiral	TM	(1980)	(1981)	(24)	Arming Hind-D helicopters
					(1982)	(24)	
	2	Foxtrot Class	Submarine	(1982)			Negotiating
	2	Koni Class	Frigate	(1977)	1980	1	
					1982	1	
	...	Mi-24 Hind-D	Hel	(1980)	(1981)	(3)	Algeria has approximately 30 Hind heli-
					(1982)	(3)	copters in service
	1	Romeo-Class	Submarine	(1982)	1982	1	
	(500)	T-72	MBT	(1979)	1979	(31)	First shown in military parade Neov. 1979
					1980	(50)	
					(1981)	(50)	
					(1982)	(50)	

Abkürzungen:
AAM Luft-Luft-Rakete; **AAV** Flugabwehr-Panzer; **AEW** Frühwarn-Flugzeug; **ATM** Panzerabwehr-Rakete; **FAC** Schnellboot; **Hel** Hubschrauber; **LST** Landungsschiff; **MBT** Kampfpanzer; **MICV** Schützenpanzer; **PC** Patrolienboot; **Port** tragbar; **SAM** Boden-Luft-Rakete; **ShShM** Schiff-Schiff-Rakete; **SPG** Selbstlade-Kanone; **SPH** Selbstlade-Haubitze; **SSM** Boden-Boden-Rakete; **Recce** Aufklärungsflugzeug

Quelle: SIPRI: Yearbook 1983, Arms Trade Register, S. 306 ff.

Kuba	...	BMP-1	MICV	(1980)	1981	(50)	cc to US sources; unconfirmed
					1982	(50)	
	...	Mi-24 Hind-D	Hel	(1981)	1982	(4)	Unspecified number delivered Mar 1982
	(3)	MiG-21 FL	Fighter	(1982)	1982	(3)	Delivered Dec 1982
	...	MiG-23	Fighter	(1980)	(1980)	(15)	Cuba has approximately 40 MiG-23s incl
					1981	(15)	B/E interceptor and F ground attack
					1982	(10)	versions
	(6)	Osa-2 Class	FAC	(1979)	1981	2	
					1982	(4)	
	(140)	SA-3 Goa	Landmob SAM	(1982)	1982	(140)	Delivered Dec 1982
	(24)	SSN-2 Styx	ShShM	(1979)	1981	8	Arming 6 Osa-2 Class FACs
					1982	(16)	delivered 1981-82
Nicaragua	2	Mi-8 Hip	Hel	(1980)	1982	(2)	Unconfirmed report of deliveries of helicopters and MBTs
	...	MiG-21MF	Fighter	(1980)			1 squandrom to be delivered; unconfirmed
	15	T-54	MBT	(1981)	1982	(15)	
	(10)	T-55	MBT	(1981)	1982	(10)	About 25 T-54/55s delivered
Peru	...	Mi-24 Hind-D	Hel	1982			Small number ordered
	100	SA-7 Grail	Port SAM	(1978)			On order
	(150)	T-55	MBT	(1981)			
Jordanien	240	SA-6 Gainful	Landmob SAM	1981			Financed partly by Iraq
	...	SA-7 Grail	Port SAM	1981			
	...	SA-8 Gecko	Landmob SAM	1981	(1982)	(20)	Deliveries of SA-6/7/8 as yet unconfirmed; reportedly paid byIraq since Jordanian battalion is fighting for Iraq against Iran
	(20)	ZSU-23-4 Shilka	AAV	1981	(1982)	(20)	Unconfirmed number delivered Oct 1982
Moçambik	2	An-26 Curl	Transport	(1981)	1		
				1982	1		
	(20)	MiG-21 MF	Fighter	(1981)			USSR proposed new MiG-21 squadron
	1	Tu-134	Transport	(1982)			
Äthiopien	...	An-12 Cub-A	Transport	(1982)	1982	(5)	Unspecified number delivered
	1	Poluchat Class	PC	1981	1982	1	Delivered Feb 1982
Angola	...	AT-4-Spigot	ATM	(1980)	(1982)	(30)	Unconfirmed
	...	T-62	MBT	(1980)	(1981)	(10)	Unconfirmed; reportedly delivered; incl
					(1982)	(10)	small number of T-72s
Süd-Jemen	...	MiG-23	Fighter	1980			Ordered Jun 1980; unconfirmed
	...	T-62	MBT	1980	1980	(20	Ordered Jun 1980
					1981	(20)	
					(1982)	(50)	
Afghanistan	(15)	Su-17 Fitter-C	Fighter/ground	1982	(1982)	(15)	1 squadron to replace Su-7s
Benin	...	MiG-17F	Fighter	(1982)			Negotiating; Benin to set up first air combat unit
Seychellen	1	Zhuk Class	PC	(1981)	1982	1	In addition to delivered 1981
Kap Verde	2	An-26 Curl	Transport	1982	1982	2	
Sambia	3	Yak-40 Codling	Transport	(1982)	1982	3	

Anmerkungen:

1) Zur Datenproblematik vgl. Michael Brzoska: Rüstung und Dritte Welt, München, London, 1981, S. 180-208
2) US Arms Control and Disarmament Agency: World Military Expenditures and Arms Transfers 1969-1978, Washington, 1980, sowie ... 1971-1980, Washington, 1983, Tabellen II und III.
3) Stockholm Peace Research Institute: Yearbook 1982, Stockholm, 1982, S. 192f, sowie Yearbook 1983, Stockholm, 1983, S. 292f
4) Vgl. SIPRI: Yearbook 1983, a. a. O., S. 195ff. Die Zahl von 1,3 bezieht sich lediglich auf die Preissteigerungsrate für militärische Güter in den USA (andernorts liegt sie noch deutlich höher). Der Wert ist der Graphik auf S. 207 entnommen, läßt sich aber auch aus den ACDA-Zahlen herleiten.
5) Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.): Sowjetunion 1980/81, München, Wien, 1981, S. 136ff; Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1982, Frankfurt/M., Bonn, 1982, S. 133
6) Vgl. Anmerkung 4. Der Umrechnungsfaktor beträgt für die Preise von 1975 1,43, für die Preise von 1979 1,10.
7) SIPRI: Yearbook 1982, a. a. O., S. 186; Yearbook 1983, a. a. O., S. 364f; Jo Husbands in: Antimilitarismus Information 9/79.
8) ACDA: WMEAT 1971-1980, a. a. O., S. 121.
9) SIPRI: Yearbook 1982, a. a. O., S. 247ff
10) Jane's Infantry Weapons 1979-80, London, 1980
11) SIPRI: Rüstungsjahrbuch '81/82, Reinbek, 1981, S. 199; Jane's nennt eine Zahl von 10-20 Mio.
12) Jo Husbands, a. a. O.; SIPRI: Yearbook 1982, a. a. O., S. 186; Yearbook 1983, a. a. O., S. 365ff, Rüstungsjahrbuch '80/81, a. a. O., S. 92.
13) Le Monde Diplomatique, Oktober 1980; FDCL: Der Griff nach der Bombe, Berlin, 1981; Antimilitarismus Information, 5/82
14) Die ZEIT, 6. 11. 81, zitiert in Antimilitarsmus Information 2/82; J. P. Smaldone in: Henriksen, Weinstein: Soviet and Chinese Aid to African Nations, New York, 1980, S. 91.
14) SIPRI: Arms Trade Registers (Yearbooks 1975-83)
15) Süddeutsche Zeitung, 2. 4. 80
16) Alle Angaben nach SIPRI: Arms Registers (Yearbooks 1975-83)
17) Zur Argumentation vgl. Renate Damus: Bestimmungsfaktoren sowjetischer Außenpolitik, in: Leviathan 4/83
18) wie Anm. 5)

REPRESSION IN DER BRD

Haft und Maulkorb für Journalisten: §§ 129, 129a StGB

„Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt." (Artikel 5, Abs. 1 des Grundgesetzes)

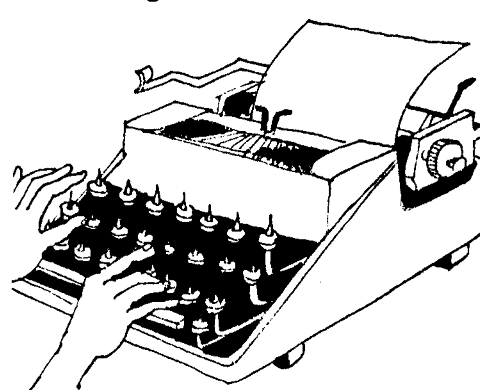
Zu je zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe wurden am 1. 3. 84 die Journalisten Benny Härlin und Michael Klöckner wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung" (§ 129a) und öffentlicher Aufforderung, sowie Billigung von Straftaten (§§ 111, 140 StGB) von dem Berliner Kammergericht verurteilt.



Maßgebend hierfür waren die in dem Berliner Szene-Blatt „radikal" 1982 abgedruckten Bekennerbriefe zu den Revolutionären Zellen und Kommandoerklärungen anderer Gruppen der Guerilla Diffusa.
Das Gericht war davon überzeugt, daß damit Gewaltdelikte gebilligt und verherrlicht worden seien, und sogar zur Schaffung vieler Revolutionären Zellen aufgefordert worden sei. Mit dem Abdruck sollen die Verantwortlichen eine nach § 129a StGB tatbestandsmäßige Werbetätigkeit vorgenommen haben.
Der Umstand, daß die oben genannten Artikel ohne Nennung einer presserechtlich verantwortlichen Redakteurs erschienen sind, brachte die Staatsanwaltschaft als ermittelnde Behörde in Engpässe bei der Suche nach Tätern. Trotz umfangreichen Durchsuchungen in Druckerei, Verlagsräumen und Wohnungen gelang es ihr nämlich nicht, Redaktion oder verantwortliche Mitarbeiter der „radikal" ausfindig zu machen. So ermittelte die Staatsanwaltschaft schließlich gegen Härlin und Klöckner, die 1979 zusammen mit dem jetzigen Berliner BT Abgeordneten der Grünen Schneider den Verein „Zeitungskooperative" gegründet hatten. Die „Zeitungskooperative" sollte damals mehreren linken Berliner Zeitungen die Rechtsgrundlage einer formalen Herausgeberschaft geben.
Als Härlin und Klöckner 1980 als Redakteure zur TAZ gingen, schlief die „Zeitungskooperative" ein.
Bei den Ermittlungen zu den Bekennerbriefen von 1982 blieben der Staatsanwaltschaft mangels Verantwortlicher nur die Vereinsgründer der „Zeitungskooperative", die sie mit Ausnahme des grünen Parlamentariers Schneider, als Herausgeber der „radikal" nach § 129a StGB anklagte.

§ 129a StGB als Grundlage strafrechtlicher Konstruktionen bei der Verfolgung linker oppositioneller Öffentlichkeitsarbeit stellt hierbei für die Strafverfolgungsbehörden das wohl geeigneteste, aber auch umstrittenste Instrument dar:
Die Anti-Terroristen Gesetzgebung von 1976 führte neben Änderungen in Gesetzen, wie z. B. der Strafprozessordnung, insbes. zu Verschärfungen des Strafgesetzbuches (StGB).
So trat neben § 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung) der qualifizierte Tatbestand des § 129a StGB, der die Bildung einer „terroristischen" Vereinigung unter Strafe von sechs Monaten bis fünf Jahren stellt. Die terroristische Vereinigung in § 129a ist insoweit zur kriminellen Vereinigung in § 129 abgegrenzt, daß Zwecke oder Tätigkeit einer terroristischen Vereinigung speziell auf die Begehung der in § 129a Absatz 1, Nummer 1 bis 3 anschließend aufgezählten Taten (z. B. Mord, Erpresser, Menschenraub, Angriffe auf den Luftverkehr, ...) gerichtet sein müssen.
Bestraft wird, wer eine terroristische Vereinigung gründet, sich an ihr als Mitglied beteiligt, für sie „wirbt" oder sie „unterstützt". Gerade die beiden letztgenannten tatbestandsmäßigen Handlungsformen führten in den letzten Jahren zu reger Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungbehörden. Ermittlungsobjekte sind dabei fast ausschließlich linke oppositionelle Medien, und nicht die bürgerlich Presse, wenn diese — wie geschehen — in Dokumentationen Bekennerbriefe der RZ oder RAF ganz oder auszugsweise abdruckt.
Ermittelt wurde aber auch hinsichtlich Meinungsäußerungen in Form von Sprühaktionen, Transparentaufschriften, u. s. w. ...
Die Problematik der §§ 129 und 129a StGB liegt vor allem darin, daß bei derart weit gefaßten Tatbeständen der Interpretationsspielraum für die Justiz groß ist und es kaum vorhergesehen werden kann, wann nun eine Veröffentlichung strafbar ist oder nicht.
Die Einordnung einer Handlung als tatbestandsmäßig iSd §§ 129 und 129a richtet sich bei Staatsanwaltschaft und Gericht nach der Wirkung des jeweiligen Artikels auf die Öffentlichkeit. Als Leitbild soll dienen, ob der betreffende Artikel für einen „unverbildeten Durchschnittsleser" eine werbende oder un-

terstützende Wirkung hat (so Generalbundesanwalt Rebmann).
Daß solche Fiktionen zur Verunsicherung und letztlich zur Selbstzensur vieler Schriftsteller, Filmemacher oder Verleger führen können und führen, liegt auf der Hand; die hohe Strafdrohung im § 129a StGB und die willkürliche Verfolgungsmöglichkeit werden manchen in Zweifelsfällen von der Veröffentlichung abschrecken.



Seit 1979 zeichnet sich hierbei noch eine neuere negative Entwicklung ab: es wurden mit § 129a StGB auch Personen verfolgt, die durch die Art ihrer beruflichen Tätigkeit inhaltlich viel weniger mit den Publikationen zu tun haben, nämlich Buchhändler und Drucker.
Am 12. 2. 1979 verurteilte das Kammergericht Berlin vier Drucker zu 12 beziehungsweise 9 Monaten Freiheitsstrafe OHNE Bewährung wegen Beihilfe zur Werbung für terroristische Vereinigungen (§ 129a), verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalt (§ 88a StGB, aufgehoben seit 1981) sowie öffentliche Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB). Den Druckern, die als AGIT-DRUCK-Kollektiv die in Berlin wöchentlich erschienene Zeitschrift der undogmatischen Linken „INFO BUG" herstellten, wurde vorgeworfen, Hungerstreikerklärungen der RAF, Bekennerbriefe und ähnliche Stellungnahmen abgedruckt zu haben und damit Beihilfe zu den vorher genannten Strafvorschriften geleistet zu haben.
In diesem Prozeß standen jedoch nicht allein die vier Agit—Drucker im Vordergrund, es ging vielmehr darum, justiziell festschreiben zu wollen, wie heute die Diskussion um das staatliche Gewaltmonopol innerhalb oppositionell eingestellter Gruppen geführt werden kann und darf. Das zeigt auch der Fall „radikal", wo es zu Anklage kam, weil „radikal" in den letzten beiden Jahren eine Wandlung dahin gemacht hat, in ihren Artikeln „das Gewaltmonopol des Staates nicht mehr als Tabu anzuerkennen" (Verteidiger Ströbele, TAZ v. 24. 2. 84). Die Praxis der Strafverfolgungsbehörden zeigt hierbei nicht selten „fundamentales Unverständnis über den Weg der Meinungsbildung in der Demokratie" (so die Journalistengewerkschaften dju und RFFU in TAZ v. 24. 2. 84)
Als „verheerend und Gefahr für die Pressefreiheit" hat der Deutsche Journalistenverband (DJV) das Berliner Radikalurteil bezeichnet. § 129a des Strafgesetzbuches sei für Publizisten nicht hinnehmbar. Jeder, der sich mit den Ursachen des Terrorismus kritsch auseinandersetzt, laufe Gefahr, der „Sympathiewerbung" oder „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" verdächtigt zu werden.
Der „Herausgeberkreis der „radikal" schreibt in einer Presseerklärung vor dem Urteil": Benny Härlin und Michael Klöckner sind stellvertretend für die Zeitschrift „radikal" und deren Leser, für viele der Obrigkeit nicht genehmen, weil nicht in ihr Denkschema passenden Zeitungen und Stadtteilzeitschriften des linken Spektrums, angeklagt. Mit einer Verurteilung wird weder das Ende der „radikal" noch des Widerstands erreicht werden."
Solange die Paragraphen 129 und 129a des Strafgesetzbuches existieren und die Justiz davon ausschweifend Gebrauch macht, sind wir alle, die in irgend einer Weise kritisch mit oppositionellen linken Fragen an die Öffentlichkeit treten, direkt Betroffene, und zwar bereits jetzt, da staatliche Sanktionen stets möglich sind und auch drohen.
Pressefreiheit und eine freie Publikationstätigkeit ist nämlich nur solange gestattet, wie ein Gericht sie von Fall zu Fall für möglich beurteilt.



Die Strafrechtspraxis zu §§ 129, 129a StGB bedeutet für uns richterliche Zensur dort, wo wir uns nicht schon vorher aus Angst vor einer Strafverfolgung eine Selbstzensur „freiwillig" auferlegt haben.

Aus diesen Gründen fordern wir
- die Abschaffung der §§ 129, 129a des Strafgesetzbuches
- die Einstellung aller Verfahren und die Aufhebung aller verhängten Strafen nach den §§ 129 , 129a StGB

NESTLÉ-Boykott

Stellungnahme der AGB zur Empfehlung des INBC, den Boykott zu beenden

Am 25. 1. 84 hat das INBC (Internationales Nestlé-Boykott-Komitee) auf einer Pressekonferenz in den USA seinen Mitgliederorganisationen *empfohlen*, den *Nestlé-Boykott auszusetzen* (Das INBC wurde 1979 in den USA gebildet, um Verhandlungen mit Nestlé über die Boykottforderungen zu führen. Im INBC sind ca. 100 Organisationen, die den Nestlé-Boykott unterstützen, Mitglied. In der BRD gehören momentan die AGB, der BUKO, der BBU und das iz3w Freiburg dem INBC an).

In direkten Verhandlungen mit dem INBC hat sich Nestlé öffentlich und schriftlich dazu bereit erklärt, in den Ländern der Dritten Welt folgende 4 Forderungen zu erfüllen:
– keine Abgabe von Geschenken an das Gesundheitspersonal,
– Die Etiketten müssen auf die Gesundheitsgefahren der Flaschenernährung hinweisen,
– Nestlé's Aufklärungsmaterial für Mütter und Gesundheitspersonal muß überarbeitet werden,
– die Abgabe der Gratisproben an Krankenhäuser muß eingeschränkt werden.
Während der nächsten 6 Monate soll überprüft werden, ob Nestlé sich an seine Versprechungen hält. Sollte dies nicht der Fall sein, so soll der Boykott wieder aufgenommen werden.

Wir waren über die Entscheidung, den Boykott auszusetzen, sehr wütend, zumal das für uns sehr überraschend und unerwartet geschehen ist. Umso empörter waren wir, da 10 Tage zuvor (14.-16. 1. 84) ein Treffen von Vertretern europäischer Nestlé-Boykott-Organisationen an dem auch ein Vertreter der AGB teilgenommen hatte, stattfand, auf dem die Gruppen ihr Votum für die für den 4.-6. 2. 84 angesetzte internationale Babynahrungsmittelkonferenz in Mexico, bei der es um eine Bestandsaufnahme UND Erarbeitung weiterer Strategien gehen sollte, abgegeben hatten.

Das Votum lautete einstimmig: **FORTSETZUNG DES NESTLE–BOYKOTTS.**

FORTSETZUNG DES NESTLÉ-BOYKOTTS wurde auch auf den beiden Treffen aktiver Gruppen zur Babymilchkampagne in der BRD in Ludwigsburg und in Hamburg im November 83 beschlossen.

Wir halten das Verhalten des INBC für absolut undemokratisch, auch wenn es sich nur um eine „Empfehlung" an die Mitgliedsorganisationen handelt.
Abgesehen von der nicht zu akzeptierenden Art und Weise des Zustandekommens einer derartigen Empfehlung seitens des INBC, sind Versprechungen von Nestlé, auch wenn sie in schriftlicher Form abgegeben werden, für uns nicht ausreichend, um für ein Ende des Boykotts zu plädieren, solange wir diese Versprechungen nicht in der Praxis erfüllt sehen.
Hinzu kommt, daß die Abmachungen nur für die Dritte Welt und nicht für die Industrieländer getroffen wurden.



Türkei-Kurs der reisenden Schule -3. Welt e.V.

Neun Monate lang gemeinsam leben-lernen-arbeiten. Zwei Monate Vorbereitung, einen Monat Lebensbedingungen der Türken in Deutschland erkunden, vier Monate Aufenthalt in der Türkei, zwei Monate Nachbereitung
Dauer: 1. April-31. Dezember 1985
Kurskosten: DM 5.500.-. Das Geld wird von den Teilnehmern selbst verwaltet und soll für alles reichen, was während des Kurses anfällt.

Infos und Anmeldung: Reisende Schule — 3. Welt, Bördestr. 3, 3530 Warburg 1, 05641-8954

Nestlé hat bereits zweimal Versprechungen in Form von internen Richtlinien abgegeben. Auch wenn es in gewissen Bereichen Erfolge zu verzeichnen gibt, wie beispielsweise eine Einschränkung der Massenmedienwerbung und die neuen Verpackungen ohne Babybilder auf den Etiketten, die Nestlé jetzt auf den Markt bringt, so sind unsere Ziele, eine volle Einhaltung des WHO-Kodex als Minimalforderung, nicht nur in Worten sondern vor allem in Taten, in der 3. Welt und in den Industrieländern, noch längst nicht erfüllt.

Gerade die auf der Mexico-Konferenz abgegebenen Berichte von Vertretern aus der 3. Welt zeigen doch auf erschütternde Art und Weise, wie brennend die Problematik noch nach wie vor vor uns liegt:
— Eine Vertreterin aus **Costa Rica:** „Nestlé vergrößert seinen Markt ständig, wir haben noch nicht einmal angefangen, Nestlé zu boykottieren. Wir müssen eine internationale Bewegung bleiben. Die Übereinkunft ist formal und trifft nicht das Herz der Babymilchwerbung."

— Dr. Anand aus **Indien** fordert die Europäer auf, den Boykott weiter zu führen. Er erzählte:
„Es sterben noch immer so viele Babies, die oft noch am Abend gesund aussehen. Babynahrung bedroht immer so viele Leben. Die Sterberate von Babies in unterentwickelten Ländern, die mit der Flasche ernährt werden, ist 5-10 mal höher als bei brusternährten Babies. Beispiele, daß
— Nestlé-Plakate in Indien in Krankenhäusern auftauchen, obwohl Dr. Anand Nestlé und NIFAC öfters darauf hingewiesen hatte,
— Nestlé 150 000 Rupien für ein Bankett für die indischen Kinderärzte ausgab,
— Nestlé Gratisproben z. Zt. zur Weiterleitung an Mütter an Ärzte verteilt.

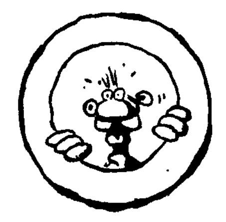
Und zuguterletzt auf dem in die Konferenz eingebundenen Besuch einer Entbindungsklinik lt. Bericht unseres auf der Konferenz vertretenen Koordinationsmitglieds Wolfgang Krauss:
„Diese Klinik war insofern vorbildlich, als daß sie das Stillen förderte und die Babies bei ihren Müttern bleiben durften. Wir sahen allerdings, daß selbst in diesem Krankenhaus die Schwestern zufütterten, Gratisproben der Babymilchfirmen ausreichend vorhanden waren (Nestlé Dosen mit Babybildern!!). Die Ärzte gaben auf Befragen zu, daß gerade ärmeren Müttern beim Verlassen des Krankenhauses Gratisdosen von Milchpulver mitgegeben wurden."

Nun ist auf der Mexico-Konferenz nach zähem Ringen eine Kompromiß-Empfehlung abgegeben worden:
Aufhebung des Nestlé-Boykotts für 6 Monate und Aufnahme von neuen Gesprächen mit Nestlé, in denen die Universalität der Übereinkünfte erlangt werden soll (d. h. Allgemeingültigkeit, auch für Europa)
Trotz der dadurch international evtl. entstehenden Spaltung schließt sich die AGB der INBC-Empfehlung nicht an.
Nach Rückmeldung unserer Koordinatoren und zahlreicher Telefonanrufe und Briefe, die nur Erstaunen, z. T. Empörung, auf jeden Fall jedoch Skepsis ausdrückten, bei denen sich niemand für ein Ende des Boykotts aussprach, halten wir aus den oben erläuterten Gründen eine **Weiterführung des Boykotts für notwendig.** Eine entsprechende Presseerklärung werden wir herausgeben. Nach 6 Monaten der Überprüfung der Werbemethoden des Nestlé-Konzerns kann dann, unserer Meinung nach, immer noch überlegt werden, ob es an der Zeit ist, den Boykott zu beenden.
Um weitere Strategien zu überlegen, Entscheidungen über Fortführung des Boykotts gemeinsam zu treffen, möchten wir Euch bitten, möglichst zahlreich an unserem Koordinierungstreffen (30. 3.-1. 4. 84/Wiesbaden) teilzunehmen oder uns per Brief Euren Standpunkt mitzuteilen.

Anmeldungen zu diesem Treffen sind an's AGB zu richten, desweiteren ist ab Mitte April 1984 eine Dokumentation zum Nestle-Boykott erhältlich. (Preis: 0.50 DM)

Heidrun Winkelmann/AGB Göttingen
**Aktionsgruppe Babynahrung
c/o Gesundheitsladen
Düsterer Eichenweg 2, 3400 Göttingen**

PS: Inzwischen haben wir erfahren, daß **auch die Schweden und die Finnen den Boykott fortsetzen werden.**



Campleiter für Solidaritätscamps gesucht

Der Service Civil International sucht „3.-Welt-Aktive", die in den Sommermonaten bei der Vorbereitung und Durchführung von Workcamps mitarbeiten wollen.
In dreiwöchigen Solidaritätscamps werden international zusammengesetzte Freiwilligengruppe beispielsweise für „tools for selfreliance"-Projekten arbeiten, d. h. Werkzeuge und anderen geeignete Materialien sammeln und in Stand setzen, Öffentlichkeitsarbeit leisten, fund-raising-Aktionen starten und sich selbst mit der jeweiligen Problematik auseinandersetzen.
Schwerpunkt der diesjährigen Camps ist Nicaragua (besonders geeignet für Rückkehrer aus der Kaffee-Ernte, um die Erfahrungen hier einzusetzen!), daneben das südliche Afrika, Senegal, Sri Lanka und Chile. Weitere Ideen und Möglichkeiten für Workcamps werden gerne aufgenommen!
Interessierte wenden sich bitte an Werner oder Karin im SCI-Büro, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/21 20 86/7.

UN-Menschenrechtskommission

Solidaritätsbewegung fordert sofortige Abberufung Richard Jaegers aus der UN-Menschenrechtskommission

Die Ernennung des erzreaktionären CSU-Politikers Richard Jaeger zum Vertreter der Bundesrepublik bei der diesjährigen 40. Jahrestagung der UN-Menschenrechtskommission kann nur als offene Verhöhnung des Anliegens dieser Kommission gewertet werden.

Mit Richard Jaeger benannte die Bundesregierung einen Mann,
– der sich 1958 vehement für die atomare Bewaffnung der Bundeswehr einsetzte;
– der 1961 eine Kampagne für die Einführung der Todesstrafe führte („vermutlich wird man nicht den Galgen, sondern die Guillotine wählen" – Interview im „Spiegel", Nr. 17/61);
– der sich 1962 offen als Freund des faschistischen Franco-Regimes bekannte („Das Selbstbestimmungsrecht kann doch nicht für Analphabeten gelten");
– der als Gast des Diktators Salazar 1963 in die portugiesische Kolonie Angola reiste und dort nicht den Eindruck hatte, „daß die Eingeborenen unter der Fremdherrschaft seufzen"; ansonsten war er der Meinung, „mindestens ein halbes, wenn nicht ein ganzes Jahrhundert hätte Afrika noch die europäische Herrschaft gebraucht";
– der die „getrennte Entwicklung" von Schwarz und Weiß im südafrikanischen Apartheid-Staat beachtlich fand („Erstens haben die Neger in Südafrika mehr Rechte als unsere Landsleute in der DDR. Zum anderen pflegen die Neger noch die Vielweiberei, während unsere Landsleute doch immer noch einer Kulturnation angehören");
– der dem US-Präsidenten Kennedy vorwarf, er habe zu lange gezögert, im Castros „rote Diktatur" auf Kuba zu beseitigen;
– der im Februar 1972 im Bundestag die Vorbeugehaft forderte, u. a. für „Staatsfeinde im Innern und auch gegen Verbrecher (...), die Grundfeinde dieses freiheitlichen Rechtsstaates sind" – „Demonstrationsdelikte" wollte er ausdrücklich einbezogen wissen;
– der als einer von insgesamt neun Bundestagsabgeordneten sowohl gegen die Ratifizierung des Moskauer wie auch des Warschauer Vertrages stimmte.



»Warum zum Teufel lacht der in Zelle 21??«
»Er liest die Erklärung der Menschenrechte . . . «.

Alles in allem also ist Jaeger ein Politiker, der – wie früher mit Franco und Salazar – mit Pinochet, Maganan, Mejia Victores, Shamir und Botha befreundet sein könnte.
Die Reagan-Administration rechts überholend, scheint die Bundesregierung deshalb mit der Nominierung Jaegers den Regimes von Chile, El Salvador, Guatemala, Israel und Südafrika in Sachen Menschenrechte Persilscheine ausstellen zu wollen. Die Menschenrechtsverletzungen in u. a. diesen Ländern sind nämlich Gegenstand der 40. Jahrestagung der UN-Menschenrechtskommission.
Jaeger ist dort vollkommen fehl am Platze.

Anti-Apartheid-Bewegung
Arbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Läden
Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO),
Koordinierungsausschuß
Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
Informationsbüro Nicaragua
Informationsstelle El Salvador
Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK)
im Februar 1984

BRD - ENTWICKLUNGSPOLITIK

DED-Entwicklungshelfer in Nicaragua

Managua, den 6.2.84

Am 3.2.1984 erhielten die Entwicklungshelfer des Deutschen Entwicklungsdienstes DED in Nicaragua von der Zentrale in Berlin die Mitteilung, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit BMZ in Verfolgung der Politik der Bundesregierung die Mitarbeit des DED in Nicaragua erheblich einschränken will und ab sofort keine neuen Verpflichtungen mehr eingegangen werden dürfen.
Noch auf der Regionalkonferenz des DED in Lateinamerika im September 1983 in Lima wurde betont, daß die entwicklungspolitischen Grundsätze und Kriterien des DED und die von allen Bundestagsparteien 1982 verabschiedeten Leitlinien der Bundesrepublik zur Entwicklungspolitik in kaum einem anderen Land so gut umsetzbar sind wie in Nicaragua.
Der Geschäftsführer des DED, Herbert Sahlmann, erklärte anläßlich seines Besuches in Nicaragua nach der Regionalkonferenz 1983, daß er sich für eine Ausweitung der Mitarbeit des DED in Nicaragua einsetzen werde und unterschrieb zusammen mit Herrn Conring (Verwaltungsratsvorsitzender des DED) beim FIR (Nicaraguanische Nationale Institution für bilaterale Hilfe und entwicklungspolitische Zusammenarbeit) eine entsprechende Erklärung. Gerade aus diesem Grund sind die nicaraguanischen Projektpartner völlig konsterniert.
Alle Bekundungen erweisen sich somit angesichts des jetzt vom BMZ vorgenommenen Schrittes gegen Nicaragua als politische Kalauer.
Niemals zuvor in der 20jährigen Geschichte des DED hat das BMZ dermaßen massiv und direkt auf die Arbeit des DED Einfluß genommen. Es bestürzt uns besonders, daß sich die Geschäftsführung des DED nicht entschieden widersetzt. Durch diese Entscheidung ist der DED zum Annex des BMZ geworden.
Die Bundesregierung zeigt deutlich, daß sie nicht gewillt ist gegenüber Zentralamerika eine eigenständige Politik zu betreiben. Sie weicht vielmehr dem Druck der Reagan-Administration und begibt sich vollkommen in das gefährliche Fahrwasser der Zentralamerika-Politik der USA.
Wir sind der Auffassung, daß Entwicklungspolitik, die auf die Beseitung der Armut in der Dritten Welt angelegt ist, langfristig verfolgt werden muß und nicht Spielball tagespolitischer Entscheidungen sein darf.
Die Anweisung des BMZ über die DED-Zentrale verurteilen wir auf das Schärfste und fordern alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auf, gegen diese Politik der Bundesregierung vorzugehen!

Die Entwicklungshelfer des DED in NICARAGUA

Siehe auch: blätter des iz3w Nr. 115, Februar 1984, S. 53f, Deutsche Entwicklungspolitik (Entwicklungshelfer aus Kigali/Rwanda)



Dringender Hilfeaufruf

– Medizinische Notfallversorgung von Flüchtlingen und Lagerbewohnern in Beirut erneut vor Zusammenbruch
– 600 000 Menschen obdachlos & auf der Flucht
– Akute Notsituation durch Belagerung und Absperrung der normalen Zufahrtswege

Im Verlauf der schwersten Kämpfe in und um Beirut seit der israelischen Invasion von 1982 kamen innerhalb von 2 Wochen mindestens 1000 Menschen ums Leben. Nach gesicherten Hinweisen wurden an die 3000 Menschen verwundet. Viele davon schwer. — Am meisten getroffen und zerstört wurden die südlichen Stadtteile mit ihren Lagern (Sabra & Chatila) und Elendsgebieten, wo sich ca. 700 000 Menschen ohne jede ausreichende sozialmedizinische Versorgung aufhalten.

Bedingt durch die anhaltenden schweren Kämpfe sind nach Erhebungen internationaler Hilfsorganisationen wieder an die 600 000 Menschen obdachlos und/oder auf der Flucht. Teilweise existieren diese Menschen am Strand von Beirut unter freiem Himmel oder in Behelfszelten in der herrschenden Winterkälte. Als besonders schwerwiegend gilt die Tatsache, daß etwa 60 % der Ambulanzen und mobilen Hilfsfahrzeuge zerstört sind. Hinzu kommt, daß aufgrund der Belagerungssituation die normalen Straßen und Zugangswege versperrt sind. Somit herrscht nicht nur Mangel an Nahrungsmitteln, sondern akut auch an medizinischen Mitteln wie Blutplasma, Antibiotika und auch an Verbandsmaterial.

Medico International hat sofort an Ort und Stelle damit begonnen, die Möglichkeiten für eine rasche medizinische Soforthilfe aufzubauen und ist dabei, die Hilfe von hier aus zu organisieren. Ein Betrag in Höhe von 150 000 DM ist für die allernotwendigste Versorgung dringend erforderlich, um nicht zuletzt in den südlich Beiruts gelegenen Lagern und Gettos Hilfe leisten zu können.

SPENDEN unter dem Stichwort „Libanon" bitte möglichst umgehend auf das Konto 1800 bei der Stadtsparkasse in Frankfurt.
Medico International
Hanauer Landstr. 147
6000 Frankfurt
Tel.: 0611/49 03 50

BUKO-Rüstungsexportkampagne -Pharmakampagne

Seit 1982 arbeiten verschiedene Gruppen im BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) an der Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport". Sie richtet sich gegen die ständig zunehmenden Rüstungsexporte bundesdeutscher Firmen und gegen die angeblich „restriktive" Politik der Bundesregierung in dieser Frage, die diese Exporte zuläßt bzw. fördert. Nach neuesten Untersuchungen ist die BRD zum 3.größten Rüstungsexporteur der Welt aufgestiegen (Fpk, Nr. 4, 1984)

Am Beispiel des aktuellen Geschäfts mit Saudi-Arabien läßt sich die gängige Rüstungsexportpraxis konkret darstellen: Hinter den aufwendigen Erklärungen keine Kampfpanzer Leo 2 nach Saudi-Arabien zu verschicken, verbergen sich riesige Aufträge für andere Waffen.
Auf Einladung Kohls besuchte eine saudische Militärdelegation bereits im Dezember 1983 folgende Rüstungsfirmen: MBB, München; Siemens, München; Krauss-Maffei, München; Iveco-Magirus, Ulm; AEG-Telefunken; Standard-Elektronik Lorenz, Stuttgard; Thyssen Henschel und Wegemann, Kassel; Dynamit Nobel, Porz bei Köln. Aus dieser Aufzählung kann man die Palette von Waffen, die die Saudis gerne hätten, schon ersehen!
Auch in der Vergangenheit war Saudi-Arabien schon „Tummelplatz" bundesdeutscher Waffenhändler (z.B. Maschinengewehrhalterungen von Rheinmetall, eine komplette Produktionsanlage für das deutsche Maschinengewehr G3 von Fritz Werner und Heckler & Koch).
Die geplanten Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien unterscheiden sich von der früheren sozialliberalen Praxis nur durch ihre Offenheit. „Legal" oder verdeckt (als zivile Güter getarnt, über Drittländer etc.) werden von der BRD-Rüstungsindustrie seit Genehmigung der Rüstungsproduktion nach dem Krieg Waffen exportiert. Selbstverständlich vor allem dorthin, wo auch die ökonomischen und militärischen Interessen des Nato-Landes BRD unterstützt werden, im Fall Saudi-Arabien geht es um die Ölversorgung.
Bei der Wahrnehmung ihrer Interessen schreckt die Bundesregierung nicht davor zurück, Waffenexporte an diktatorische Regimes wie Südafrika, Argentinien, Chile, El Salvador zuzulassen.
Die BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport" will diese Praxis aufdekken, öffentlich-machen und durch direkte Protestaktionen behindern.
Die Koordinationsstelle, die diese Arbeit ermöglichen soll, befindet sich im 3.-Welt-Haus, Bremen, und wird von Käthe Jans und Helga Heidmann aus der „Arbeitsgruppe gegen Rüstungsproduktion und Waffenhandel" gemacht.

Wichtige Aufgaben dieser Stelle sind:

— Erstellen und Verbreiten von Informationsmaterial für die Gruppen, Weiterleiten von Informationen, Ansprechen und Informieren neuer Gruppen
— Organisation und Vorbereitung von Treffen und Seminaren (regional und bundesweit) zur Planung von gemeinsamen Aktionen, gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit und Informationsaustausch
— Koordination und Informationsvermittlung durch Herausgabe eines Rundbriefs
— Kontakt und Zusammenarbeit mit möglichen Bündnispartnern (kirchl. Gruppen, Gewerkschaften, Friedensbewegung, AI, Terre des Hommes....)
— Pressearbeit
Die wesentlichen inhaltlichen und organisatorischen Entscheidungen über die Arbeit der Koordinationsstelle werden von einem Koordinationskreis getroffen, der aus 4 Vertretern von Rüstungsexportgruppen und einem Vertreter des BUKO-Koordinierungsausschuß.

ES GEHT LOS !!!

Wichtiger Termin:
30.3. - 1.4.: „Breites" Gruppenseminar zu Rüstungsexporten, voraussichtl. in Köln, nähere Informationen bei der Koordinationsstelle

Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport"
Buchtstr. 14/15
2800 Bremen
Tel.: 0421/32 60 45

Käthe Jans, Helga Heidmann

2. Bundesweite Aktionswoche der BUKO-Pharmakampagne vom 2.-12. Mai 1984

Die Länder der Dritten Welt sind in der Arzneimittelversorgung fast vollständig von multinationalen Pharmakonzernen abhängig. Aus keinem Land der Welt werden so viele Medikamente in Entwicklungsländer exportiert, wie aus der Bundesrepublik Deutschland. Westdeutsche Konzerne nutzen dabei die unvollkommenen Kontrollmöglichkeiten von Dritte Welt Ländern aus. Sie exportieren z. T. gefährliche und überflüssige Arzneimittel und wenden Werbe- und Informationsmethoden an, die bei uns nicht toleriert würden. Die Weltgesundheitsorganisation hat eine Liste von ca. 250 unentbehrlichen Medikamenten zusammengestellt, die eine sinnvolle Therapie sämtlicher Erkrankungen ermöglicht. Ihre markenfreie Herstellung kann eine großen Beitrag auch zur medizinischen Versorgung der Armen in der Dritten Welt leisten. Im Vorfeld der diesjährigen Vollversammlung der WHO (Weltgesundheitsversammlung) führt die BUKO-Pharmakampagne eine bundesweite Aktionswoche durch mit folgenden zentralen Forderungen für die BRD:
Stop für gefährliche Pharmaexporte!
Kein Export von verbotenen Medikamenten!
Mindestens gleichgute Medikamenteninformation für die Dritte Welt!

Der „Pharma-Bus" fährt durchs Land

Ein Autobus mit Informationsmaterial, Theatergruppe, Sketchen usw. wird zu den Veranstaltunen der Aktionswoche in verschiedene Städte kommen, insgesamt sieht der Ablauf der Woche und der vorläufige Fahrplan des Busses so aus:

2. 5. Pressenkonferenz in Bonn * 3. 5. Recklinghausen/oder Solingen* 4. 5./5. 5. Koblenz/Frankfurt * 8. 5. Tübingen * 9. 5. Freiburg * 10. 5. Pharmastadt Basel * 11. 5./12. 5. Weltgesundheitsversammlung in Genf (wegen der zahlreichen Anfragen stand bei Redaktionsschluß der genaue Busfahrplan noch nicht fest; Anfragen: Bernhard, Reisende Schule Tel.: 05641/8954)

BUKO-Pharmakampagne, August-Bebel-Str. 62, 48 Bielefeld.

Peter Scholl-Latour als Kolportage-Romancier

Ein Autor in der Tradition von Karl May – oder: Probleme der Kritik

Daß Peter Scholl-Latour (PS-L) letztes Werk „Allah ist mit den Standhaften" ein Bestseller ist, daran besteht kein Zweifel. Daß das Werk nun aber fast ein ganzes Jahr lang seit seinem Erscheinen auf den Plätzen Eins und Zwei der SACHBUCH-HITLISTE des SPIEGELS geführt wird, das erscheint uns in höchstem Maße zweifelhaft, ja ein fundamentaler Irrtum, von dem auch alle Kritiker nicht verschont geblieben sind. Niemand sollte sich jedoch davon irreführen lassen. Mag sein, daß die Damen und Herren von der krittelnden Zunft nur schlampig gelesen haben, doch können wir uns ihre Fehlleistung damit nicht ganz erklären. Denn schließlich gab schon Herbert Kemp in dem so renommierten Blatt DIE WELT bei seiner fast frivolen Lobeshymne auf das Werk einen kleinen Hinweis, daß es sich dabei vielleicht doch nicht um ein „Sachbuch" handeln könnte:

> *„Daß Kultur aus dem Geiste stammt, daß die Rangordnung der Werte sich in der Geschichte wiederherstellt, weiß Peter Scholl-Latour, man kann es bei ihm nachlesen über 766 Seiten, deren sich jede ausnimmt wie eine N o v e l l e."*

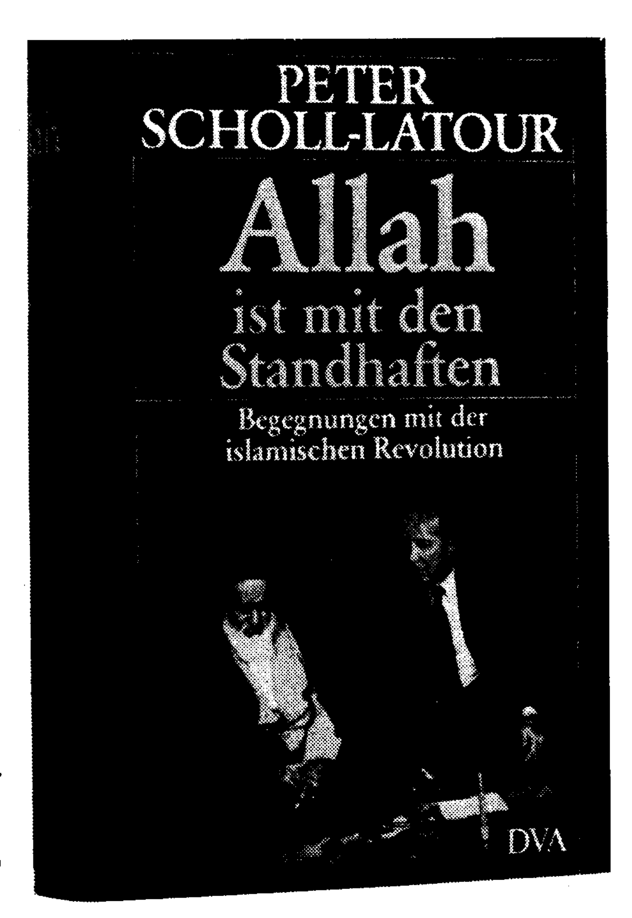
Es sei dahingestellt, ob nun Herr Kemp je eine N o v e l l e zu Gesicht bekommen hat – aber: kann ein „Sachbuch im S t i l einer Novelle geschrieben werden?
Leider bleibt Herr Kemp bei dieser Andeutung auf „höhere" Literatur, ohne die so naheliegende Schlußfolgerung daraus zu ziehen.

Auch der SPIEGEL-Rezensent lobte das Werk als das vielleicht „lesbarstes", das in deutscher Sprache über den Islam geschrieben wurde.
Gewiß, „Lesbarkeit" alleine, wird man einwenden, ist noch längst kein Kriterium, ein Buch für etwas anderes als ein „Sachbuch" zu halten. Doch konnten wir uns bei der Lektüre der durchaus konsumierbaren Zeilen PS-Ls nicht der Erinnerung an frühe Leseerlebnisse erwehren, als wir im Alter von etwa zehn Jahren die Geschichten Karl Mays verschlungen haben. Dies gab uns den ersten Impuls: DER AUTOR IST VERKANNT! Ihm wird bitter Unrecht getan, sein neuestes Werk als „Sachbuch" zu rezensieren, oder es gar als ein „STANDARDWERK" über den Islam zu handeln, wie einige „Experten" sich anmaßten und es daraufhin zerpflückten.
Zur Richtigstellung deshalb ein für allemal: „Allah ist mit den Standhaften" ist in die LITERATUR-HITLISTEN aufzunehmen, was wir im folgenden mit triftigen Argumenten belegen werden.

Fälschliche Kritik

Für unser Argument, daß es sich bei dem Werk um ein „Sachbuch" handelt, sind wir nicht einmal genötigt, auf unsere zunächst subjektiven Leseerlebnisse der frühen Kindheit zurückzugreifen. Vielmehr können wir dafür andere Autoritäten ins Feld führen. Aus der berufenen Feder von Andreas Kohlschütter war in der ZEIT zu lesen:

> *„Am Bedenklichsten ist freilich die geistige Leere, mit der man nach 766 Seiten langem Streifzug durch*



die Welt Allahs und seines Propheten entlassen wird. Als wären Reporter zur Gedankenlosigkeit verdammt. Im Ärger möchte man das Buch umbenennen: 'Allah ist mit den Schwatzhaften'. Es bleibt jedenfalls unklar, ob überhaupt und wenn ja, in welcher Gestalt, mit welcher Wucht und Tragweite man der 'islamischen Revolution' begegnet ist."

An diese unmißverständlichen Sätze schließen sich, eine ganze Zeitungsspalte lang, Fragen über Fragen an, ganz schlichte, auf die der interessierte Kritiker gerne eine Antwort erhalten hätte.
Zweifellos, Andreas Kohlschütters Urteil über das „Sachbuch" seines Brufskollegen ist vernichtend. Doch muß hier Einspruch erhoben werden. Denn Kohlschütter legt – fälschlicherweise – Kriterien an, die einem „Sachbuch", aber keinesfalls einem Kolportage- oder Abenteuerroman angemessen sind. Aus dieser Perspektive relativiert sich sein Urteil und stellt er auch die falschen Fragen.
Doch um alle Anfechtungen vorwegzunehmen, daß es sich bei diesem Urteil vielleicht nur um die vereinzelte Stimme eines übelwollenden Kollegen handelt, dem eine bösartige Voreingenommenheit unterstellt werden könnte, weil er, der weniger erfolgreiche, den Stuhl des Chefredakteurs beim STERN erklimmen konnte, sei noch auf eine andere Quelle der Kritik verwiesen.

In der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG schrieb Erdmute Heller unter der Überschrift „Ein Könner leistet sich einige Fehler":

Man sucht vergeblich nach irgendeinem Verweis, der darauf schließen ließe, daß der 'Orientalist' Scholl-Latour die Literatur zum Thema Islam kennt."

SACHBÜCHER

1	**Langbein, Martin, Sichrovsky, Weiss: Bittere Pillen** Kiepenheuer & Witsch; 29,80 Mark	(1)
2	**Scholl-Latour: Allah ist mit den Standhaften** DVA; 39,80 Mark	(2)
3	**Watzlawick: Anleitung zum Unglücklichsein** Piper; 16,80 Mark	(3)
4	**Mehnert: Über die Russen heute** DVA; 34 Mark	(4)
5	**Lorenz: Der Abbau des Menschlichen** Piper; 36 Mark	(5)
6	**Müller-Thurau: Laß uns mal 'ne Schnecke angraben** Econ; 18 Mark	(6)
7	**Bosmans: Ja zum Leben** Herder; 18,80 Mark	(8)
8	**Gaus: Wo Deutschland liegt** Hoffmann und Campe; 29,80 Mark	(7)
9	**Sagan: Unser Kosmos** Droemer; 54 Mark	(9)
10	**Hättich: Weltfrieden durch Friedfertigkeit?** Olzog; 9,80 Mark	(10)

Da sie aber nicht für einen „beckmesserischen Oberlehrer" gehalten werden mag, es ihr peinlich ist, die „vielen Fehler und Ungenauigkeiten" aufzulisten, verzichtet sie darauf und beläßt es bei einem Hinweis auf „groteske Fehlurteile".

Damit wären wir an dem Punkt, an dem zur negativen Seite hin unsere Argumentation – das Werk ist fälschlich als „Sachbuch" eingeordnet und kritisiert – abgeschlossen ist, und wir uns nun der positiven Seite zuwenden können: PETER SCHOLL-LATOUR ALS KOLPORTAGE-ROMANCIER!

Stimmung und Spannung

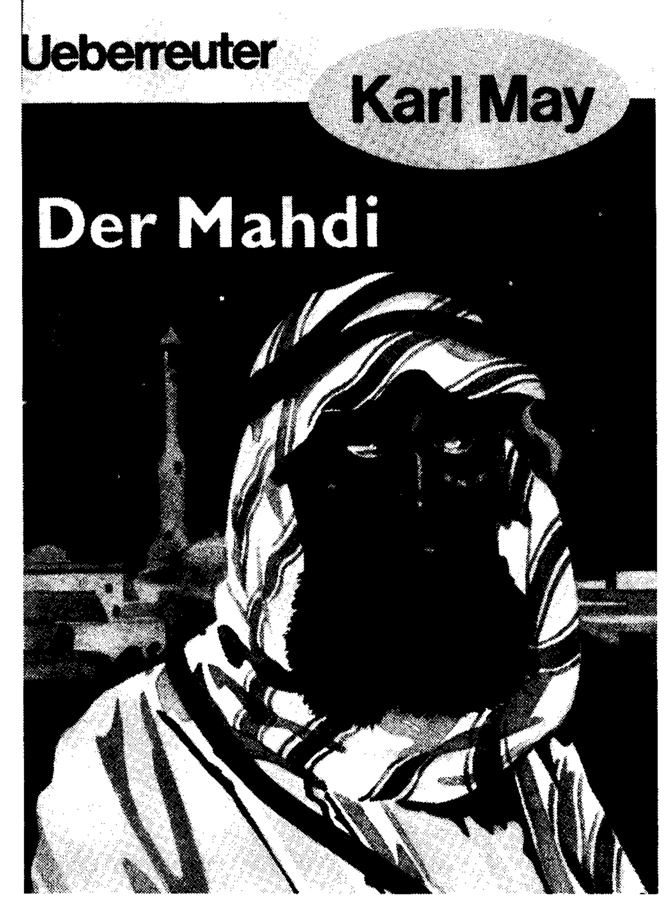
Allein der Titel schon: „Allah ist mit den Standhaften" verrät einen Sinn für Spannung, Abenteuer und Dramatik, ein Gespür für grundsätzliche Fragen des Seins, wie sie in unverwechselbarer Weise nur in der einschlägigen Literatur angeschnitten werden. Dies wird noch weiter belegt werden. Doch zunächst wollen wir noch einmal zu unseren Ass ziationen zu Karl May zurückkehren. Denn bei näherem Hinsehen haben sie sich als wohlbegründet erwiesen.
Wie Kara Ben Nemsi, so eilt auch PS-L von einem Ort in der islamischen Welt zum nächsten, nur mit dem Jet viel schneller als Karl Mays Protagonist auf dem Rücken von Pferden und Kamelen. Der Jet macht es auch möglich, daß PS-L noch über entlegenere Orte berichten kann. Das neuzeitliche Verkehrsmittel und unsere schnell-lebige Zeit fordern aber bei PS-L ihren Tribut. Waren bei Karl May die Stationen seiner Reise noch von Buchtiteln markiert, so sind es bei PS-L nur noch Kapitelüberschriften, die von kaum noch zu zählenden Stipvisiten in fernen Ländern künden. Die Ähnlichkeit bleibt dennoch verblüffend; eine einfache Gegenüberstellung verdeutlicht sie:

Karl Mays Bücher	PS-Ls Kapitel
Durch die Wüste	Skorpione im Wüstensand
Durch das wilde Kurdistan	Die gelben Berge von Kurdistan
Der Mahdi	In Erwartung des neuen Mahdi
Bei den Trümmern von Babylon	An den Flüssen von Babylon
Das Geheimnis des Marabut	Der Marabut von Neuilly
Allah il Allah	Der Weckruf des Muezzin

Sollte man hier das schnöde Plagiat eines schamlosen Epigonen unterstellen? Wir meinen NEIN! PS-L wollte damit dem Meister nur seine Reverenz erweisen. Denn rasch läßt sich zeigen, daß der Epigone über durchaus eigenständige Kolportage-Qualitäten verfügt, in denen die bekannten Geheimnisse des Orients malerisch angedeutet sind: „Die zerbrochene Wunderlampe. Im Zwielicht der Kasbah. Malaiische Schattenspieler – schwarze Marabuts. Wende am Nil. Segen und Fluch des Schwarzen Goldes" – so stilsicher sind einige andere Kapitel überschrieben.

Deutlich demonstriert auch der Text PS-Ls Fähigkeiten zur Kolportage-Literatur. In kurzen, unambitiösen Sätzen weiß er prägnant und treffsicher die richtige Atmosphäre zu zaubern, Spannung zu erzeugen und auch im rechten Augenblick das große Gefühl zu seinem Recht kommen zu lassen. Ein paar beliebig ausgewählte Kostproben aus unserem Zettelkasten werden auch den letzten unvoreingenommenen Leser überzeugen:

„Ein Jahr später holte die Luftwaffe zum tödlichen Schlag gegen den König aus. Auf dem Rückflug von einem offiziellen Besuch in Madrid wurde das Sonderflugzeug Hassan II. von marokkanischen Jägern angegriffen. Die Maschinengewehrgarben von vier F-5 prasselten durch den Rumpf der Boing, und wie durch ein Wunder blieb der König unversehrt. Wieder rettete ihn kaltblütiger Mut .... Der König hatte nicht nur äußerste Todesverachtung bewiesen ..."



„Wie ein Schwarm von kreischenden Vögeln saßen die Prostituierten auf der Terrasse des Hotel 'Balima' von Rabat. ... und die Freudenmädchen aus dem Bouzbir erschienen wie die Vorboten des Unheils, wie ein kreischender Erinnyen-Chor in einer unverständlichen exotischen Inszenierung."

„Die heiße Nacht wollte nicht enden. Die Vorstellung vom Tod im Dschungel überkam mich wieder, der Gedanke an Myraden von Insekten, Larven und Würmern, denen der sterbende Körper ausgeliefert wäre. Ich sah auf das leuchtende Ziffernblatt der Uhr. Da kam vom anderen Ende des Dorfes, dort, wo sich die Moschee befand, ein heiserer, krächzender Laut, die zittrige Stimme eines alten Mannes. Der schrille, meckernde Ton überdeckte das Summen des Dschungels und den leisen Takt der Brandung."

Natürlich ist diese Prosa straffer als die weitschweifige Erzählweise Karl Mays. Doch Karl May schrieb noch für ein anderes Publikum, das noch Muße und Zeit hatte zu lesen. PS-L muß heute schneller zu den entscheidenden Punkten kommen. Darunter leidet allerdings die Beherrschung von Zeit und Raum, die Kunst eine Geschichte handlungs- und spannungsgeladen über Jahre hin zu entfalten. Zu sprunghaft wechseln oft die Orte der Ereignisse ohne den phantastisch-plausiblen Grund, der es dem Leser leicht und vergnüglich macht, der Geschichte zu folgen. Da begegnet der Held gerade noch den Revolutionären des algerischen Befreiungskrieges, beobachtet er schon weniger später den tragischen Überlebenskampf der Palästinenser-Scharen in Beirut, und dann ist er auch gleich mitten drin im islamisch-brodelnden Teheran an der Seite des großen Immam, in dessen Abenteuer er sich selbst verwickeln läßt. Dazwischen gibt es noch einen kurzen Abstecher zu den Roten Khmern, tauchen da plötzlich Gestalten aus dem Kongokrieg auf, die genauso unvermittelt wieder verschwinden. Gar manches Histörchen verliert sich in so einer toten Gasse. Für die Stringenz seiner Erzählungen könnte PS-L noch einiges von seinem Vorgänger lernen. Karl May verlor seine Personen nie völlig aus den Augen, unvermutet erschienen sie immer wieder auf der Bühne der Ereignisse. Es ist aber das Schicksal der Epigonen und ihr problematisches Dasein, das sie immer hinter ihren Meister zurückfallen läßt.

Klares Weltbild mit Mängeln

Indes, in einigen Bereichen fällt PS-L nur wenig hinter sein Vorbild zurück. Da ist beispielsweise die Schlichtheit des Weltbildes. Vom Pazifik bis zum Atlantik reichen die Begegnungen mit der islamischen Revolution – die Quintessenz in PS-Ls eigenen Worten, eine Momentaufnahme aus Theran:

„Der Ferne Osten und der Ferne Westen gaben sich in Teheran die Hand."

Es sind die Freiheitskämpfer der Polisario aus der nordafrikanischen Wüste und die Moro-Rebellen von den philippinischen Inseln, die sich dort im Zentrum begegnen. Wo der Islam ist, da ist für PS-L auch die islamische Revolution zu finden.
Das sollte indessen nicht als Kritik mißverstanden werden. Diese einfache Vorstellung von der Welt ist ein wesentliches Merkmal der Kolportage-Literatur. Manchmal aber geht die Einfachheit dann doch etwas zu weit. Ein gewisses Maß an Farbigkeit verlangt die Gattung, denn davon lebt sie. So hätten wir uns gewünscht, daß der Autor die Marabus von Marokko etwas anders beschrieben hätte als ihre malaiischen Kollegen. Diese Einfarbigkeit, in der moslemische Herren im Anzug Pariser Zuschnitts mit schwachen Erinnerungen an die Koran-Sprüche ihrer Kindheit die gleichen Charakterzüge tragen wie die verlotterten Rebellen im Insel-Dschungel, die ein hintergründiges „Alahu akbar!" vor sich hinmurmeln, oder wie die altmodischen, noch mit einem Turban gewandeten Sektenbrüder,; diese Monotonie der islamischen Charaktere droht den Leser gelegentlich zu langweilen. Denn auch bei Karl May ist ein Winnetou kein Hdschi Halef Omar, und die Prärie Indianer haben eben nicht nur eine andere Hautfarbe als die Orientalen. Kara Ben Nemsi erkannte auf seinen Reisen, daß sich die Denkweise eines Kurden von der eines Wüstenarabers nachhaltig unterscheidet, gleichwohl beide an Allah glauben.

Fast vorbildlich indessen beherrscht PS-L das Genre, wenn er von den Rassen und Typen des Orients erzählt.

„Der Mann wirkte offen, sympathisch. Dem Typus nach konnte er mit seinem dunkelblonden Haar und dem direkten Blick ein Europäer sein."
(Von dem Libanesen Major Haddad wird hier berichtet).

Oder: Im „etwas öligen Auftreten" eines moslemischen Sowjetmenschen identifiziert er einen

„Bruder jener rassischen Splittergruppen, die in schwieriger Zwischenstellung über den ganzen Orient verstreut sind, von den Armeniern des Libanon bis zu den Parsi in Pakistan."

In der Türkei forscht er fast vergeblich nach dem „türkischen Urtypus", bis er dann glücklich auch den gefunden hat.

Könner des stechenden Blickes

Ebenso verrät die Beschreibung nordafrikanischer Führer bereits echtes Könnertum. Der zwielichtige Charakter dieser Personen mit dem unverkennbar stechenden Blick erinnert deutlich an die Orientalen-Bilder von Karl May; Kadhafi etwa:

„Eine sympathische Jungenhaftigkeit ging von ihm aus, und nur aus der Nähe fiel die brennende Starrheit seines Blickes auf, die gelegentlich sogar etwas Gehetztes hatte...

Oder Boumedienne:

„Dieser Mann mit dem hageren Antlitz und dem brennenden Blick des Fanatikers ... Bereits als Oberbefehlshaber war Boumedienne durch äußere Bescheidenheit aufgefallen. Er war meist in einen alten Regenmantel gehüllt, stand abseits und schwieg. ... Nur im äußersten Fall bindet er einen Schlips um. Uniform trägt er nie."

Beide, Kadhafi und Boumedienne, sind aber auch schüchterne Menschen. Brennender Blick und Schüchternheit – die Verbindung läßt Böses ahnen! Karl May könnte diesen dramatischen Effekt nicht besser genutzt haben, geschweige denn die Kolportage-Groschen-Hefte. Das Klischee versteht PS-L mit Perfektion zu nutzen.
In der gleichen meisterlichen Manier beherrscht er auch die kleineren Tricks seiner Gattung. Mit einem allenthalben eingestreuten „Allahu akbar" (Allah ist groß), das er von irgendwoher ertönen läßt, gelingt es ihm immer wieder, die nötige islamische Stimmung über seine Begegnungen und Abenteuer zu legen. Ein kurzer Satz nur und unzweideutig sieht sich der Leser in die islamische Revolution versetzt.
Leider verwendet er dieses Stilmittel nur etwas zu häufig; eine geringere Dosis davon und die Wirkung wäre noch vortrefflicher.

Damit sind wir beim letzten, zwar nebensächlichen, doch nicht zu vergessenden Merkmal der Gattung, das wir noch zum Besten des Autors anführen wollen. PS-Ls Held läßt keine Gelegenheit aus, sich der Kenntnisse von Fremdsprachen zu rühmen, vor allem des Hoch-Arabischen, der Sprache des Koran. Manch einer mag dies für Unbescheidenheit, Angeberei oder Aufschneiderei halten, doch die Betonung des Außergewöhnlichen, des Herausragenden ist das essentielle Münzgeld der Kolportage. PS-L steht damit Karl May in nichts nach – nur: Kara Ben Nemsi sprach mehrere arabische Dialekte und beherrschte zudem noch mehrere andere orientalische Sprachen, ganz zu schweigen von Old Shatterhand mit all seinen Indianersprachen. Daneben nimmt sich PS-L denn doch bescheiden aus – eine Bescheidenheit allerdings, die dem Epigonen zur Zierde gereicht.

Wir hoffen, daß uns die beabsichtigte Beweisführung lückenlos gelungen ist, und wir überzeugend die verkannten Vorzüge des PS-L als Kolportageautor darlegen konnten. Damit hoffen wir auch, daß ihm das von der Kritiker-Zunft zugefügte Unrecht – ihn als „Sachbuchautor" zu mißhandeln – abgegolten ist, und sein nächstes Werk von Anbeginn in seiner ihm gebührenden Rubrik der Bücherhitliste geführt werde. Wir meinen das unsrige dazu getan zu haben.

Erdmann Erdmann



Süß und raffiniert bis zum Tod

Täglich schluckt jeder von uns im Schnitt mindestens 15 deka Zucker, in offener und (zunehmend) versteckter Form, in der Schokolade, in den Mehlspeisen, in Fruchtsäften und in einer Vielzahl industriell gefertigter Nahrungsmittel. Pro Jahr macht das über 50 kg pro Kopf aus. Seit 1800 hat sich die Weltbevölkerung etwa verfünffacht, um mehr als das 200-fache dagegen ist die globale Zuckerproduktion gesteigert worden. Vom Volumen her ist heute die Ernte von Zuckerrohr und Zuckerrüben größer als die Menge aller anderen Pflanzenarten. Das Zuckerrohr wird belegbar seit dem 2. Jahrhundert vor Christus angepflanzt und geerntet, die Zuckerrübe seit Ende des 18. Jahrhunderts. Kein anderer Rohstoff ist so vielfältig, risikoreich, gefährlich, süß und sauer, betörend und bitter wie Zucker.
All dies stellt Al Imfeld in seinem neuesten Buch *„Zucker" (Unionsverlag 1983, 205 Seiten)* anschaulich, gründlich und detailreich dar. Alle wichtigen Bereiche, wo Zucker verändernd wirkt, werden durchleuchtet: die schwerwiegenden Attacken gegen die Böden und die menschliche Gesundheit, die wirtschaftlichen, die politischen, die sozialen und die kulturellen Bereiche: Sklaverei, Dreieckshandel, Monokulturen, Protektionismus, Schauplätze der Zuckerkriege in der Dritten Welt (Fallbeispiele: Brasilien, Indien, Karibik, Kuba, Philippinen, Sudan und Tansania), Verelendung der Zuckerrohrarbeiter, Spannungen zwischen Nord und Süd, Börsenspekulation, Welthandel, Zucker in der EG und im Comecon.

Die Sucht des Alltags

Zucker wird heute bei uns fast nur in raffinierter Form angeboten, hauptsächlich als Weißzucker. Auch der braune Zucker ist raffiniert und damit denaturiert, er steht nicht besser da als der weiße. Zucker in dieser Form ist nachweislich gesundheitsschädigend. Er raubt dem menschlichen Körper das meist ohnehin zu wenig vorhandene wichtige Vitamin B_1. Für Prof. John Yudkin, Spezialist in Ernährungsfragen, ist der Zucker mitverantwortlich für etwa 50 verschiedene Krankheiten. Die wichtigsten: Fettsucht, Kreislauferkrankungen, Diabetes und Karies. Ohne Zuckerkonsum gäbe es keine Karies. Die Bakterienart, die auf kariösen Zähnen anzutreffen ist, kann sich ohne Zucker nicht entwickeln.
80 % der westdeutschen Bevölkerung sind bei Vitaminen und Spurenelementen unterversorgt. Schuld daran ist die „veredelte" aber einseitige Nahrung – allem voran der Zucker. Er gibt rasch Energie ab, putscht hoch, aber läßt auch sehr bald das Hoch wieder absacken, und schon muß wieder neu gegessen werden. Kommt es dann – besonders bei Kindern und Jugendlichen – zur Hauptmahlzeit, dann ist zuwenig Hunger(gefühl) vorhanden, es wird nicht richtig gegessen, aber kurz danach muß wieder etwas geschleckt werden . . . Das ist der Zuckerteufelskreis der Ernährung. Der Mangel des Weißzuckers an dem chromhaltigen Glucosetoleranzfaktor bewirkt eine rasche Aufnahme des Zuckers in die Blutbahn und löst somit nach jedem Konsum eine intensive Insulinausschüttung aus. Bekannt ist, daß Insulin das Hungergefühl reizt. Die natürliche Steuerung der normalen Nahrungsaufnahme bricht deshalb zusammen. Was Wunder, wenn die Folge Übergewicht ist?
Raffiniert ist das Produkt, raffiniert (laut Duden „abgefeimt, durchtrieben, gerissen") ist auch die Werbung dafür. Fast alle picken wir auf dem Leim der Zuckerlobby. Sie hat uns weisgemacht, daß industriell hergestellter, von allen wichtigen Vitalstoffen gereinigter („raffiniert" in seiner zweiten Wortbedeutung) Zucker ein Grundnahrungsmittel ist, das einfach notwendig sei. Der Schweizer Wissenschaftler Felix Kiefer sagte bei einer internationalen Zuckertagung im November 1981: „Wenn die Zuckerindustrie heute behauptet, der Mensch brauche ganz einfach diesen Zucker, so ist das eine perfide Lüge ... Die Tatsache, daß die Menschen noch vor wenigen hundert Jahren nur sehr wenig und selten Zucker gegessen haben, ist der deutlichste Beweis dafür, daß kein Mensch jemals Zucker braucht und auch niemals brauchen wird. Zucker enthält nur reine Kalorien ohne jegliche Beimischung von Vitaminen und Spurenelementen. Deshalb ist er durch jedes andere verfügbare Kohlenhydrat ersetzbar, wie z.B. durch Stärke, Stärkesirup, Malzzucker, Trauben- und Fruchtzucker. Jede andere Behauptung ist falsch" (S. 18).
Die bitteren Seiten des Zuckers sollen tabu bleiben. Einem Universitätsinstitut in den USA wurde von der Zuckerindustrie mit einer Schadensersatzklage in der Höhe von umgerechnet ca. 45 Millionen DM gedroht, wenn es eine Studie zum Beweis der Gesundheitsschädlichkeit von Zucker fortsetze und Zwischenresultate veröffentliche. Es ging dabei um die Erforschung von Herzkranzgefäßerkrankungen.

Idealer Kitt des Agrobusiness

Al Imfeld zeigt klar auf: In allen Gesellschaften, in denen Zuckerrohr eingeführt wurde, hat sich in kurzer Zeit das soziale Gefälle vergrößert und haben sich die sozialen Spannungen verschärft. Zuckerrohr laugt in kurzer Zeit die Böden aus, der Hunger nach weiterem Land wächst und damit ein zusätzlicher Antrieb für Landraub und Kolonialismus. Zuckerrohr braucht die besten Böden. Immer weniger Land blieb so zur Nahrungsmittelproduktion übrig. Selbst wenn die Kolonialisten weiter gezogen sind, hinterließen sie kaputte Böden und abgeholzte Regionen (wie fast überall in der Karibik), wo sich die Grundwasserspiegel gesenkt haben.
Der Anbau von Zuckerrohr ist sowohl sehr kapital- als auch sehr arbeitsintensiv, er braucht viele billige Arbeitskräfte. Mit der Zuckermonokultur in der Karibik blühte der Sklavenhandel hektisch auf, ab 1517 bereits hatten die Spanier damit begonnen. So entstand der Dreieckshandel zwischen Europa, Afrika, Nordamerika und wieder Europa.
1702 gab's auf Jamaica 36.000 Sklaven aus Afrika, 1775 bereits 200.000. In diesem Zeitraum wurden 360.000 Sklaven

eingeführt.
Der Zuckeranbau verlangte sofort ein Zusammenspielen von Landwirtschaft (Farmanbau) und Industrialisierung. Zucker stand am Anfang des Managerberufes im Sinne von Koordination und Planung. Da eine Koordination mit vielen vereinzelten Kleinbauern kaum möglich ist, neigt der Unternehmer zum gut organisierbaren und voll auslastbaren Großbetrieb. „Die Agrargeschichte zeigt, daß Zucker das landwirtschaftliche Produkt war, durch das sich das Agrobusiness herauskristallisiert hat. Die ersten Agrobusiness-Unternehmen waren dem Zucker entsprungen: Tate & Lyle, Amstar, HVA. Zucker war der ideale Kitt, um jeden Ort der Welt, alle Bereiche der Wirtschaft horizontal und vertikal zu druchdringen." (S. 58)
Zuerst schmeckt er süß, dann zersetzt er sich zur ätzenden Säure. Zucker ist keine Privatsache, er ist aus seiner Natur heraus ein Produkt des Unfriedens. Zucker ist ein typisches Beispiel dafür, wie wichtig ein Denken in Zusammenhängen ist – er muß mit vielen anderen Faktoren beurteilt werden. Einen hervorragenden Leitfaden für solch ein zusammenschauendes Denken hat uns Al Imfeld vorgelegt.

Joe Kemptner

Die letzten Nomaden in der Türkei

Yasar KEMAL: „Das Lied der Tausend Stiere", 300 Seiten, gebunden, Unionsverlag Zürich, DM 34,–

Die Unterdrückung der Opposition sowie die Mißachtung grundlegender demokratischer Rechte in der Türkei ist allgemein bekannt. Die europäische Menschenrechtskommission, die Internationale Arbeitsorganisation, ja sogar die Regierungen Dänemarks, Frankreichs, der Niederlande, Norwegens und Schwedens werfen ihren Kollegen am Bosporus systematische Folter und andere Delikte vor.
Auch das Schicksal der etwa acht Millionen Kurden in der Türkei, die die Regierung in Ankara nicht als eigenständige Nation mit entsprechenden Rechten anerkennt, hat sich in Westeuropa herumgesprochen. Dagegen konnte der Völkermord an dem armenischen Volk (1915 – 1918) sowie die bis heute andauernde Verfolgung der verbliebenen armenischen und aramäisch sprechenden assyrischen Christen bislang kaum in das Bewußtsein der Menschen in Europa eindringen.
Nahezu völlige Unkenntnis herrscht über die Existenz turkmenischer Völker, die jahrhundertelang als Nomaden in den Hochebenen Anatoliens umhergezogen sind. Doch das interessiert heute nur noch die Geschichtswissenschaftler. Die moderne türkische Gesellschaft kannte gegenüber den nomadischen Turkmenen (auch Türkmenen oder Turkomanen genannt) keine Toleranz.
Dem Untergang des Nomadenlebens hat der bekannte türkische Autor Yasar Kemal (Verfasser von „Memed, mein Falke" u.a.) einen historischen Roman gewidmet. Der rührige schweizer Unionsverlag veröffentlichte dieses Buch in deutscher Sprache unter dem Titel „Das Lied der Tausend Stiere".
Kemal beschreibt darin das Schicksal des turkmenischen Karacullustammes, dessen Lebensraum das Aladaggebirge im Süden der Türkei nahe der Stadt Adana bildet. Im Winter ziehen die Menschen hinab in die Cukurovaebene, die sich bis zum Mittelmeer erstreckt. Die Karacullu-Turkmenen leben von ihren Viehherden sowie handwerklicher Betätigung, insbesondere der Schmiedekunst und Teppichknüpfen.
Wie den Indianern Nordamerikas bleibt den turkmenischen Völkern keine Chance gegen die vorwärtsschreitende Zivilisation. In der Ebene siedeln Bauern, die den Nomaden ihren Lebensraum immer weiter einschränken. Großgrundbesitzer, Verwaltungsangestellte und Dorfpolizisten betrügen und erpressen die gutgläubigen Menschen; zwingen sie, für einen kurzfristigen Aufenthalt auf einem Stückchen Land ihre kostbaren Teppiche, ihren Schmuck, ja ihr Vieh zu verkaufen. Reicht das nicht, müssen die verzweifelten Nomaden ihre Töchter hergeben, um eine Zeitlang geduldet zu werden. Wehren sich die ungeliebten Gäste, indem sie ihre ausgehungerten Herden auf die satten Weiden der Großgrundbesitzer oder Ländereien der Bauern treiben, antworten die neuen Herren mit Waffen.
Jeglichen Schlupfwinkel beraubt, bleibt den Herumgetriebenen nur der Tod oder die Möglichkeit, sich anzusiedeln und als Lohnarbeiter auf den Feldern der Reichen ein klägliches Leben zu fristen; ein Leben voll Sehnsucht nach der vergangenen Zeit:
„Jede Nacht weinen sie, die Nomaden, auf diesem Friedhof. Sie sind es leid, die riesigen Sterne als Herden zu sehen. Sie klammern sich an die alten Tage ... an die Zeit vor der Seßhaftigkeit.
Wie tief muß die Trauer sein, so an Vergangenem zu hängen, wie abgrundtief."
So beschreibt ein zeitgenössischer Autor das neue Leben der Nomaden. Und Meister Haydar, der alte Schmied der Karacullu, klagt:
„Sie haben uns zugrundegerichtet. In der Cukurova, in der uns niemand mehr Schutz gewährt, haben sie unsere Würde mit Füßen getreten. Unsere Söhne und Töchter, unsere Ehre, unsere Tapferkeit, unsere Sitten, alles, was es bei uns an Schönem und Reinem gab, alles haben sie zerstört. Sie haben uns verfolgt, von Ort zu Ort gejagt."
Kemal gelingt es vortrefflich, den Untergang der Nomaden in einen spannenden Roman zu kleiden. Die lebendige Schilderung verschiedener Einzelschicksale bewahrt vor der Gefahr, in eine trockene Sachbucherzählung abzugleiten. Dabei fehlen gelegentliche Rückblicke in die Geschichte der Turkmenenverfolgung gegen Ende des osmanischen Reiches nicht. Sie ermöglichen ein besseres Gesamtverständnis für die Situation dieses Volkes.
Eine weitere Stärke des Buches bildet die überzeugende Darstellung des Aufpralls zweier so verschiedener Welten. Beide können nur Verständnislosigkeit füreinander aufbringen. Obwohl deutlich wird, welcher Welt Kemals Sympathien gehören, vermeidet er krasse Schwarz-Weiß-Malerei.
Dem Unionsverlag gebührt großen Dank, daß er dieses Stück unbekannter türkischer Geschichte dem deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht hat.
Ein Versäumnis der Herausgeber sollte jedoch nicht unerwähnt bleiben: Ein kurzer Anhang mit allgemeinen Informationen über die Turkmenen – von denen nur ein kleiner Teil in der Türkei lebt – ihre Herkunft, ihre Geschichte sowie ein Verweis auf die Sowjetrepublik Turkmenistan, in der etwa 3/4 der über zwei Millionen Turkmenen leben, hätte das Buch noch wertvoller gemacht.

Klemens Ludwig

Exempel auf den Unrechtsstaat

Von Rodolfo Walsh liegt erstmals ein Werk in deutscher Sprache vor: „Operación Masacre", ein argentinischer Tatsachenbericht. (Erschienen bei rotpunktverlag, Zürich, Oktober 1983).
Der argentinische Journalist und Schriftsteller Rodolfo Walsh (1927 – 1977) ist bisher zu Unrecht bei uns unbekannt geblieben. In Lateinamerika hat er längst seinen festen Platz als ein Meister des „Testimonio", jener literarischen Gattung, die aus Lateinamerika stammt und Elemente des Romans mit solchen der Reportage vermischt. Julio Cortázar bewunderte in seinem Landsmann Walsh den Autor, dem es gelungen ist, „Realität in Literatur zu verwandeln, d.h.: Literatur mitten in die Realität hineinzustellen". Und Gabriel Garcia Márquez schreibt über seinen Freund Walsh: „In all seinen Werken zeichnete er sich aus durch seine Art, sich mit der Realität einzulassen, durch eine fast einmalige analytische Begabung, durch seine persönliche Integrität und sein politisches Engagement."
Die eigentliche Motivation für dieses Engagement war wohl ein gefühlsmäßiger Gerechtigkeitssinn, eher als eine politische Überzeugung oder gar Ideologie. 1977 schrieb er einen Brief an die gerade ein Jahr amtierende Militärjunta seines Landes, in dem er die Bilanz einer Schreckensherrschaft zieht (der Brief ist im Anhang des vorliegenden Buches widergegeben) *„Die Zensur der Presse, die Verfolgung von Intellektuellen, die Hausdurchsuchungen bei mir, die Ermordung guter Freunde und der Verlust einer Tochter im Widerstandskampf – das sind einige der Gründe, die mich nach beinahe dreißig Jahren Öffentlichkeitsarbeit als freier Journalist und Schriftsteller nun zu klandestinen Formen der Meinungsäußerung zwingen."* So beginnt der Brief, der Rodolfo Walsh das Leben kostete; seit seiner Veröffentlichung gehört Walsh zu den 30.000 „Verschwundenen" Argentiniens.
Walsh war nicht immer ein politisch engagierter Autor. Als einige peronistische Offiziere 1956 gegen die damals herrschenden Militärs in Argentinien einen hoffnungslosen Aufstand probten, trieb er sich in den Cafés von La Plata herum, spielte Schach, schrieb Kriminalromane und „verdiente sich das Leben" – *„Péron interessierte mich nicht, die Revolution auch nicht"* – bis er Monate später von den Erschießungen im Anschluß an den Aufstand hört und davon, daß *„einer der Erschossenen noch lebt"!* Da wird der Kriminalautor zum Detektiv. Er sucht den Davongekommenen, findet ihn, entdeckt, daß es noch mehr Überlebende gibt, forscht nach. Es entsteht das Bild einer seltsamen Gruppe von Arbeitern und Kleinbürgern, die, während sie sich am Radio die Übertragung eines Fußballmatchs anhören, verhaftet werden. Wenige Stunden später ist ihr Tod beschlossene Sache, und sie werden ohne Anklage, ohne Prozeß, ohne rechtskräftiges Urteil in einer Abfallgrube der Vorstädte hingeschlachtet. Es ist ein minutiöser Bericht über einen so sinnlosen wie realen Vorgang, das Vorher, das Nachher – ein Bericht, dessen Entstehen selbst mitreflektiert wird.
War es eine Hinrichtung oder einfach ein Massenmord? War es gesetzeskonform? Wurde Kriegsrecht angewandt? Wurde ein simpler Mord nachträglich legitimiert? Dadurch, daß Walsh die Fragen kühl, eigentlich formaljuristisch stellt, die Täter von Staats wegen sozusagen an ihrem Vorhaben und mit ihren eigenen Maßstäben mißt, wird die Ungeheuerlichkeit ihrer Tat erst vollends deutlich. Der verantwortliche Polizeichef erklärt den Vorgang so: *„Wegen der Flucht des Verurteilten konnte die Erschießung nicht rechtzeitig erfolgen und war später, als er wieder in Haft war, umso weniger durchführbar, weil in der Zwischenzeit das Kriegsrecht aufgehoben worden war."*
Nichts könnte plastischer die Absurdität dieser wahren Begebenheit zusammenfassen. Die Fadenscheinigkeit und die Menschenverachtung einer Justiz, deren einzige Sorge dahin geht, einen makellosen **Schein** von Gerechtigkeit zu wahren. Recht als Fiktion mit authentischen Folgen – Walshs „Kriminalreportage" wird zu einem Lehrstück über den Unrechtsstaat, gerade weil der Autor (wie ein Untersuchungsrichter) sich ganz auf den Einzelfall beschränkt; Walsh hält es mit der **Genauigkeit.**

Rodolfo Walsh: Operacion Masacre, argentinischer Tatsachenbericht. rotpunktverlag, Zürich 1983, 208 Seiten, Preis: Fr. 17.80/DM 19,80

Andreas Simmen'

Eine „gelungene Kolonisation"

Rezension Edouard Glissant, Die Hütte des Aufsehers.

Edouard Glissant: Die Hütte des Aufsehers. Aus dem Französischen von Beate Thill. Verlag das Wunderhorn, Heidelberg 1983, 34.- DM

Wie kommen wir der komplexen Realität in der Dritten (und der ganzen) Welt näher? Erfahren wir alles aus sozioökomonischen Analysen? Kommen nicht nach den Jahren, in denen wir uns größtenteils auf sie stützten, nicht vielmehr Zweifel auf, ob sie wirklich mehr erklären können als eben einen gegebenen Zustand? Sind Ansätze zu einer Veränderung nicht eher im Bewußtsein der Menschen zu suchen und damit in einem Bereich, der sich mit ihm befaßt also, in der Literatur?

Edouard Glissants „Die Hütte des Aufsehers" ist ein gutes Beispiel für ein Buch, in dem alles zu finden ist, was man in eine solche Analyse fassen könnte, und noch viel mehr: welche Probleme die Menschen mit ihren Lebensbedingungen haben, welche kulturellen Voraussetzungen, um ihnen zu begegnen und damit welche Chance für die Zukunft.

Dennoch will ich einen kleinen Abriß über die Lage der letzten, oft vergess enen französischen „Kolonien" geben.

Aus dem Inselbogen der Antillen hat Frankreich sich einen Teil einverleibt, Martinique, Guadeloupe, Marie Galante, Saint Bartélemy[1] gehören zum französischen Mutterland, sind sogenannte Departements in Übersee (Départements d'Outre Mer, DOM).

Die Frage nach der Unabhängigkeit kann sich heute scheinbar gar nicht stellen, denn die Verknüpfung mit Frankreich ist zu eng und verfestigt.

Die Plantagenwirtschaft hatte schon früh die eigene Produktion an Nahrungsmitteln verdrängt. Als der frühere Reichtum, der Zucker, nichts mehr wert war, traten Kakao, Kaffee, Bananen und Ananas an die Stelle. Auch sie mit geringem wirtschaftlichem Erfolg für die Inseln.

Zuletzt tat die moderne Verkehrstechnik ihr übriges dazu, daß die Inseln nur noch im Dienstleistungssektor (Handel, Tourismus) produktiv sind. Es hat sich eine Konsumgesellschaft entwickelt, die sich von Frankreich nur durch die höheren Preise unterscheidet — alles wird eingeführt. Möglichkeiten des Überlebens von kleinen Unternehmern, Händlern, Handwerkern werden durch technokratische Maßnahmen wie einen durchorganisierten Arbeitsmarkt und den Entzug des Bodens ausgemerzt. Die so an den Rand Gedrängten wandern aus oder leben von Sozialhilfe. Die „Métropole" scheint bereit zu sein, für ihre Interessen in der Karibik noch viel mehr in „ihre" Antillen zu pumpen.

Ist es diese Ausgangslage Martiniques, die auch ihre kämpferischen Söhne auf andere Schlachtfelder ausweichen läßt? So stritt Frantz Fanon, bekannt für sein Buch „Die Verdammten dieser Erde", für die Unabhängigkeit Algeriens. Und Aimé Césaire, der mit Senghor die ‚Négritude'[2] entwickelte, ging als kommunistischer Abgeordneter in's Parlament nach Paris.

Glissant und die „Antillanité"

Man kann den Autor als Junior-Kampfgefährten der beiden ansehen (Jahrgang 1928). In Frankreich und auch in der Karibik ist er ein anerkannter Dichter und nobelpreisverdächtiger Romanautor. Im übrigen hat er ein sehr interesssantes entwicklungstheoretisches Werk geschrieben („Le Discours Antillais"[3]) und ist Herausgeber der UNESCO-Publikationen.

Mit den politischen Lösungen seiner bekannten Kompatrioten stimmt er freilich nicht überein.

Er kämpft für die Unabhängigkeit Martiniques. Mit seiner Literatur sucht er einen Weg dorthin zu beschreiben. Er glaubt nicht an die Rückkehr nach Afrika, wie die Négritude sie romantisierend formuliert, denn die Geschichte der Sklaverei hat die Menschen in der Karibik geprägt und stellt sie heute vor eigene Probleme.

Er sieht eine Lösung darin, daß die Inseln sich wieder in die Kette der Karibik einklinken, zu den anderen Inseln, mit denen sie eben jene Geschichte gemeinsam haben. Er nennt sein Ziel die „Antillanité".

Der „Kulturerdteil" der Karibik[4] hat Ausläufer bis in die Südstaaten der USA und den Nordosten Brasiliens. Gemeinsamkeiten sind die afrikanische Bevölkerung (Nachkommen ehemaliger Sklaven), das Plantagensystem, das Kreolische als Sprache und schließlich Überreste einer afrikanischen Klutur, die im Voodoo-Glauben und einigen Mythen und Märchen überlebt haben.

Früher hatten die europäischen Mächte ein direktes wirtschaftliches Interesse an den Inseln und jeder sicherte sich sei-

nen Teil. Heute herrschen militär- und rohstoffstrategische Überlegungen vor, und wieder werden die Bevölkerungen der Inseln fremdbestimmt und politisch voneinander ferngehalten.
Glissant sieht in der Tatsache, daß die Menschen nichts selbst produzieren, keine Herkunft, keine Geschichte, keine selbständigen Verbindungen untereinander und damit keine Identität haben, die entscheidende Hemmung für eine selbstbestimmte Entwicklung. Diese Identität ist in den Erfahrungen der Geschichte verborgen. Doch da sie nicht so offen zutage liegt wie etwa die europäische, sondern undurchdringlich ist, wird sie bei Glissant auch so beschrieben. Er erzählt in einem Fluß, wie die Märchenerzähler seines Landes. Der Leser gewinnt einen Zugang, wenn er „zuhören" kann. Am Schluß des Buchs fügt sich die große Geschichte wie von selbst zusammen.

„Die Hütte des Aufsehers"

erzählt die Geschichte von Marie Celat. Sie kommt in die Psychiatrie (man erfährt es aus einem Zeitungsbericht), weil sie ein Wort sucht und darüber verzweifelt. Wie in einer Psychoanalyse geht der Roman in der Zeit zurück, jedes Kapitel handelt von der vorangegangenen Generation. Der Leitfaden ist jenes afrikanische Wort „Odono", das überdauert hat, aber dessen Sinn verlorengegangen ist.
Es sind jeweils kleine Geschichten, die die Atmosphäre der jeweiligen Epoche einfangen und die Umwege des Bewußtseins beschreiben, die Geschichten und Ausflüchte, die den Negern ihr Dasein erträglich gemacht haben. Einzelne suchten nach dem Ursprung, wie Marie Celat.
Ihre Mutter war ein Findelkind, dessen Herkunft Rätsel aufgab. Ein anderer Vorfahre war ein großer Frauenheld auf der Plantage, der sogar vor dem Plantagenbesitzer Vortritt hat und jeder seiner Geliebten ein Stück Sklavengeschichte erzählt — die Frau des Kolonisten schreibt sie dann zu einer Chronik zusammen.
Die Zeit wird immer ferner, die Geschichten immer verwischter. Der gesuchte Name — so erfährt der Leser — gehörte dem ersten gelandeten Sklaven, der sich in die Wälder absetzte und gemeinsam mit den indianischen Ureinwohnern kämpfte (die übrigens ausgerottet wurden).
Hier kehrt der Roman zu Marie Celat zurück, in ihre politische Arbeit der Nachgkriegszeit, als man große Hoffnungen in die Wahl der kommunistischen Partei setzte. Aus der Gruppe, zu der auch der Erzähler gehört, hatte Marie Celat die wenigsten Illusionen. Sie hält ihren Genossen die „großen Mulatten" im 19. Jahrhundert vor, farbige Politiker, die sich allesamt von den Weißen hatten kaufen lassen.
Aller politischen Hoffnungen beraubt läßt sie sich in eine lieblose, schnell zerbrochene Ehe fallen. Ihre beiden Söhne aus dieser Ehe leben die Perspektivlosigkeit der heranwachsenden Jugend auf halsbrecherische Art aus und kommen beide um. Für Marie Celat ist alles zusammengebrochen.
Nach ihrer schweren psychischen Krise ist sie versöhnt. Am Schluß des Buches sieht sie mit ihrem Vater, auch er ein ehemaliger Suchender, Farbfernsehen. Doch sie hat auch eine Tochter, die sie manchmal zu Diskussionen herausfordert, wie die Unabhängigkeit Martiniques zu erkämpfen sei. Es geht also weiter ...

Beate Thill

Anmerkungen:
1 sowie die kleinen Inseln Saba, Terre-de-Haut, Désirade, Grenadines.
2 Négritude; übersetzt etwa: Standpunkt des Negers. Eine Strömung unter schwarzen Intellektuellen in Paris in den 30ger Jahren, die sich des Kollektivschicksals der Neger bewußt wurden. Wichtige Werke der Négritude entstanden auch während und nach dem 2. Weltkrieg. Für die Schwarzen der Antillen wichtig, da sie ihre Wurzeln in Afrika verloren hatten. Allerdings wurde das afrikanische Leben romantisiert und zuviel von der Hinwendung nach Afrika erwartet.
3 Edouart Glissant: Le Discours Antillais. Paris (Seuil), 1981.
4 Grenz, Wolfgang und Rauls, Martina: Der Karibische Raum. Dokumentationsleitstelle Lateinamerika, Hamburg 1980.

Pressemitteilung

Solidarität mit Autoren aus der Dritten Welt

Eine Arbeitsgruppe der Erklärung von Bern hat erneut eine Liste mit empfehlenswerten Büchern (erzählende Literatur, Autobiographisches, Lyrik) zusammengestellt: sie will damit Autoren aus den Entwicklungsländern vermehrt die Möglichkeit geben, bei uns Gehör zu finden und authentische Information zu vermitteln. Die Broschüre enthält 70 Titel aus über 30 Ländern (diesmal mit Schwerpunkt auf Asien) sowie die Kriterien der Auswahl. Die Werke werden in kurzen Rezensionen vorgestellt. Das Verzeichnis will eine Orientierungshilfe im wachsenden Angebot an Drittweltliteratur bieten.
Die Arbeitsgruppe aus der Region Basel möchte mit diesen Bücherempfehlungen auf die überraschende Vielfalt dieser jungen Literatur hinweisen und dazu beitragen, Rassen- und andere Vorurteile abzubauen und Klischeevorstellungen zu überprüfen.

„Liste 6: Autoren aus der Dritten Welt" ist erhältlich bei: Erklärung von Bern, Gartenhofstr. 27, 8004 Zürich. Tel. 01/ 242 69 00. Preis Fr. 2.--/DM 2.50
„Ich kann von meiner Erfahrung mit afrikanischer Literatur bezeugen, daß ich hier an entwicklungspolitisch relevanten Ideen und Vorgängen mehr als in irgend einem Ministerium oder einer Universität gefunden habe. Deshalb hat jeder die Pflicht, sich mit Literatur auseinanderzusetzen, hinzuhören, zu lesen. Unser Desinteresse ist Zensur."

Al Imfeld (1981)

Nicaragua von innen

Günter Wallraff schreibt über Nicaragua. Hierzulande ist er kein Unbekannter, er hat sich mit zahlreichen kritischen Publikationen — vor allem über die journalistischen Praktiken bei BILD — einen Namen gemacht. Mit seinem neuen Buch betritt er nun thematisches Neuland. Angesichts der äußeren Bedrohung der sandinistischen Revolution durch die Contras und die USA erschien es Wallraff notwendig, ein Buch über Nicaragua zu schreiben. Ihm geht es dabei um die Mobilisierung von Solidarität:

Günter Wallraff u. a.:
Nicaragua von innen
Hamburg 1983
Konkret-Literatur Verlag, 192 Seiten

Das Buch besteht aus zwei Teilen: Der erste Teil bildet Wallraffs Reportage „Nicaragua von innen", im zweiten Teil finden sich Artikel von anderen Autoren, darunter auch sehr bekannte wie Gabriel Garciá Marquez.
10 Tage lang war *Wallraff* auf Einladung der sandinistischen Regierung in Nicaragua und traf sich dort mit wichtigen Sandinistenführern wie Tomás Borge, Ernesto Cardenal und anderen. Ziele seines Besuchs im August des vergangenen Jahres waren die Revolution kennenzulernen, das Ausmaß der Bedrohung zu sehen und etwas über die angeblichen Menschenrechtsverletzungen zu erfahren. Seine Position ist klar: Er bezieht eindeutig Stellung für das sandinistische Nicaragua und gegen die Contras samt ihren Geldgebern. Die Contras bezeichnet er als „die ehemaligen Folterknechte des Ex-Diktators Somoza" (S. 7) und als „Kanonenfutter in einem fremden Krieg" (S. 30), der von den Amerikanern gegen die Revolutionsregierung in Nicaragua geführt wird und bei uns unter der Bezeichnung Destabilisierungspolitik bekannt ist.
Günter Wallraff erzählt nicht nur selber, sondern läßt auch erzählen in Form von ausführlichen Zitaten aus Gesprächen mit ehemaligen Untergrundkämpfern und jetzigen Regierungsmitgliedern. Dadurch wird die Reportage lebendig und vermittelt dem Leser ein gewisses Einfühlungsvermögen in die Gedankenwelt der Sandinisten. Er versucht einen Gesamtüberblick über die derzeitige Lage in Nicaragua zu geben, indem er vielschichtige Themen anschneidet. So wird die wirtschaftliche Entwicklung, die Situation am Arbeitsplatz, das Gesundheitswesen und die Alphabetisierung ebenso geschildert wie die Lage der umgesiedelten Miskito-Indianer, die der Opposition im Land und der Flüchtlinge aus den umkämpften Grenzgebieten. Ausführlich geht er auch auf die Aktivitäten der Contras ein und beschreibt deren Wirkungen bei der Zivilbevölkerung. Seine Ausführungen ergänzt er mit zahlreichen Bildern.
Wallraff gewinnt den Eindruck, daß bei Wahlen ungefähr 70 - 80 % des nicaraguanischen Volkes für die Sandinisten abstimmen würden: Das Volk steht mehrheitlich hinter der Regierung, die zusammen mit der Bevölkerung fest entschlossen ist, die langwierig erkämpfte Revolution zu verteidigen. Am Schluß seiner Reportage kritisiert Wallraff die Presse hierzulande, die nichts von einer solidarischen Berichterstattung hält. Dazu schreibt er treffend: „Die Revolution ist nur dann für eine Meldung gut, wenn die Chance besteht, ihr ein Versagen anzuhängen". (S. 98)
Im Vorwort schreibt Wallraff, das Buch sei in großer Eile entstanden. Dies ist bedenklich angesichts des wichtigen Themas. Man fragt sich, ob ein Aufenthalt von nur 10 Tagen dem Anspruch „Nicaragua von innen" zu beschreiben, gerecht werden kann.
Andererseits geht es ihm ja -angesichts der zugespitzten Situation im Land- um eine möglichst rasche Mobilisierung von Solidarität. Deshalb auch seine uneingeschränkt positive Stellungnahme für die sandinistische Regierung und die wenig differenzierte Betrachtung umstrittener Themen wie z.B. der Miskito-Umsiedelung oder die Behandlung der Opposition im Land.
Dennoch ist die Reportage von Günter Wallraff lesenswert. Sie ist informativ und lebendig geschrieben und vermittelt auch oft spontane Eindrücke ohne die sonst übliche Sachlichkeit. Sie bietet einen deutlichen und positiven Kontrast zu den einseitig negativen Berichterstattungen unserer Presse.
Trotzdem sollte gutgemeinte Solidarität zugleich auch kritische Solidarität sein.
Im zweiten Teil des Buches kommen Kenner des Landes zu Wort. *Carlos Vanzetti,* **früher Dr. Ernst Fuchs, schreibt in einem Brief, warum er seit Januar 79 in Nicaragua als Arzt tätig ist und lieber dort seinem Beruf nachgeht als in der BRD.**
Er erzählt seine Lebensgeschichte, wie er in Berlin Steglitz als privilegierter Neurochirurg lebte, arbeitete und dachte. Bei seinem Entschluß, das geregelte, gesicherte bürgerliche Leben zugunsten einer unsicheren und gefährlichen Zukunft in Nicaragua aufzugeben, spielten mehrere Gründe eine Rolle. Da erwähnt er eine gescheiterte Beziehung, dann seine berufliche Tätigkeit, mit der er immer weniger fertig wurde.
„Das ist eine Medizin, die ich nicht mehr ausgehalten habe, und ich hab mir geschworen, diese Medizin nicht mehr mitzumachen." (S. 104)
Die Ereignisse in Nicaragua, der erfolgreiche Kampf der FSLN und der Brief eines Freundes von dort, der ihn auffordert, in diesem Land als Arzt zu arbeiten, bringen ihn schließlich zu seinem Entschluß, dem Aufruf zu folgen und seine Existenz hier aufzugeben.
Vanzettis Bericht über seine jetzige Tätigkeit verdeutlicht, wie wichtig und sinnvoll jede Hilfe beim Aufbau eines menschlicheren sozialen Gesundheitssystems in Nicaragua ist. Ein Appell an alle aus der Solibewegung, die an ihrem Dasein in der BRD zweifeln sich zu einem solchen Schritt aufzuraffen....
Dieter Eich, Leiter des DED in Nicaragua, berichtet von einem Besuch bei Arbeitern einer Metallfabrik.
Der frühere Besitzer, ein Mann, der mit Somoza gemeinsame Sache machte, ist nach der Revolution ins Ausland geflohen. Die Produktion war eingestellt, das verbliebene Material verkauft. November 79 ging die Fabrik in Staatseigentum über, gleichzeitig erhielt die Gewerkschaft ein wichtiges Mitspracherecht. Doch das war nur ein erster Schritt. Die Arbeiter mußten erst begreifen, daß ökonomische Forderungen, wie Lohnerhöhung etwa, allein keine Verbesserung ihrer Lage bringen.
Es sei, so Eich, ein langer Weg gewesen, bis bei den meisten von ihnen das politische Bewußtsein entstand, ihren Betrieb gemeinsam funktionsfähig zu halten.
Daneben erfährt man von den vielen Schwierigkeiten, vor denen die verstaatlichten Betriebe bei der Umstrukturierung der nicaraguanischen Wirtschaft stehen. „Was wir erbten war eine industrielle Anarchie."
Nicaragua hat sich zum Ziel gesetzt binnen 5 Jahren landwirtschaftlich autark zu sein- ein langer Weg steht noch bevor...
Peter Schwiebert, ein Ökologe und Mitarbeiter des Umweltinstituts IRENA, schildert in seinem Bericht die ökologischen Folgen der Extensivierung der Baumwollproduktion in Nicaragua, mit denen das Land heute zu kämpfen hat: Klimaveränderung, hohe Verschmutzung und Vergiftung des Trinkwassers und der Milch, um nur einige zu nennen.

Die Bemühungen der neuen Umweltbehörde richten sich vor allem auf die Reparation dieser Folgeschäden, z.B. werden Baumwollplantagen nicht mehr ausschließlich mit chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln besprüht, sondern zusammen mit biologischen Mitteln angewandt.
Doch die Schäden, ein Beweis dafür, daß Somozas Terrorregime auch die Natur rücksichtslos ausbeutete, sind heute nicht mehr zu übersehen und teilweise auch nicht mehr rückgängig zu machen.
Thomas Nachtigall, der in Nicaragua wissenschaftlich über Massenkommunikation arbeitet, untersucht die Propaganda des Oppositionsblattes „La Prensa". Man erfährt von ihm, daß die heutige Zeitung nichts mehr mit der oppositionellen „La Prensa" aus Somozas Zeiten gemeinsam hat, außer dem Namen, weder politisch noch personell. Zahlreiche Indizien sprechen dafür, daß das Blatt vom CIA finanziert wird, um mit Falschmeldungen und Verleumdungen ein Klima der Angst und Bedrohung zu schaffen. Dieselben psychologischen Mittel verwendeten ja „El Mercurio" in Chile und „Daily Gleamer" in Jamaika, als es darum ging ein linkes Regime in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Nachtigall nennt viele Beispiele, die für die CIA-These sprechen, doch der stichhaltige Beweis letztlich fehlt.
Phillip Agee, den ehemaligen CIA-Agenten, braucht man nicht vorzustellen. Zwei Berichte sind von ihm zu lesen. Der erste stammt aus dem Jahr 1979, der zweite von 1983. Die Befürchtungen, die Agee kurz nach der Revolution niederschrieb, sieht er in den vergangenen Jahren bestätigt: Die breite Front von Destabilisierungsmaßnahmen der CIA gegen Nicaraguas Regierung. Er erklärt dem Leser zuerst die Informationsbeschaffung des CIA, wie dieser seine Spitzel in dortige Organisationen, Institutionen und Medien unterbrachte. Doch trotz aller Aktivitäten des US-Geheimdienstes sei es, so meint Agee, den Sandinisten „...besser als den Kubanern Anfang der 60er Jahren gelungen, die Konterrevolutionäre unter Kontrolle zu halten." (S. 153)
Agees Bericht -als Kenner der Szene hat er wohl viel Interessantes zu berichten- wirkt für mich gegen Ende z.T. zu optimistisch was die außenpolitische Lage Nicaraguas anbetrifft. So schreibt er von einem verstärkten internationalen Widerstand gegen die Kanonenbootpolitik der USA gegenüber Nicaragua und einer ablehnenden Haltung der US-Bevölkerung gegenüber Reagans Mittelamerikapolitik. *Dorothee Sölles* Bericht „Kirche der Armen" will einen Einblick in die Rolle der Religion in Nicaragua geben. Sie hebt die Arbeit der Basisgemeinden, die die Regierung unterstützen, beim Aufbau der neuen Gesellschaft lobend hervor. Ein Pfarrer in Jalepa schreibt: „Wir glauben an die Möglichkeit, das Reich Gottes aufzubauen. Die Verkündigung zeigt, wo die Samen zu diesem Reich sind." (S. 168)
Sölle beschreibt da den Unterschied zu der konservativen Amtskirche. Ihn erkenne man schon an der Art des Gottesdienstes: Hier Laienprediger, Predigtgespräche, Tänze, dort gehorsame und emotionslose Teilnehmer.
Von einer Unterdrückung der Religion, wie dies von hiesigen Medien häufig zu hören ist, spürt Dorothee Sölle nichts. Nicaragua sei für die ein gelungenes Zusammenwirken von Sozialismus und Religion, der Versuch einen „Dritten Weg" einzuschlagen.
Wallraffs Buch bringt außerdem noch ein Interview mit Edén Pastora und eine spannende Schilderung der Besetzung des Nationalpalastes in Managua vom 22. August 1978 von *Gabriel Garciá Márquez.* Das Reizvolle an diesem Konkret-Buch ist sicherlich die Vielseitigkeit seiner Themen, zumal im zweiten Teil auch Nicaraguakenner selbst zu Wort kommen. Dem Leser öffnen sich somit tiefere Einblicke in verschiedene Bereiche aus dem Alltagsleben Nicaraguas. Das Buch bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte, sich näher mit dem Land zu beschäftigen.
Ein Teil der Einnahmen des Buches werden Verlag und Herausgeber auf folgendes Konto überweisen:
Medico International
Konto-Nr. 1800 bei der Stadtsparkasse Frankfurt, BLZ 50050102, Stichwort: Hospital Jalapa (Sölle/Wallraff)
Damit soll die Ausstattung eines Hospitals in Jalapa, ein Projekt von „Medico International", finanziert werden.

Thomas Ladel/Wolf-Mathias Gall

★





VW do Brasil

Wieder einmal zeigen deutsche Unternehmer der Welt, was sie unter Entwicklungshilfe im „besten Sinne“ verstehen. Seit zehn Jahren baut der Wolfsburger Weltkonzern eine Rinderfarm im Übergangsregenwald des brasilianischen Amazonasgebietes auf. Hunderttausend Hochleistungsrinder sollen ab Ende der 80er Jahre den Speisezettel der wohlhabenden Rindfleischkonsumenten Brasiliens bereichern, lukrative Erlöse aus nordamerikanischen Imbißketten und deutschen Supermärkten einbringen und die magere Konzernbilanz aufbessern. Hilfe zur eigenständigen Entwicklung, zur Befreiung aus den Fesseln des Internationalen Währungsfonds und das bankrotten brasilianischen Wirtschaftswunders ist das nicht. In einer groß angelegten Kampagne suchten die Wolfsburger der deutschen Öffentlichkeit klar zu machen, daß deutsche Tüchtigkeit und technologischer Aufwand den Urwald bezwingen und den Hunger eindämmen können. 1981 kam der Industriefilm „Die Fazenda am Cristalino“ kostenlos an Schulen und Bildungswerke, ein Lehrerbegleitheft folgte bald, und 1983 verschenkten die VW-Öffentlichkeitsarbeiter massenhaft die bunt illustrierte Broschüre „Cristalino“.
Wer diese Produkte kritisch auf sich einwirken läßt, bleibt mit offenen Fragen zurück. Können Brandrodungen in den Dimensionen des halben Saarlandes so harmlos sein? Warum fördert Brasilien die Exportproduktion eines Multis, wo tausend Hungernde für ihren eigenen Bauch Lebensmittel anbauen könnten! Was ist wahr an der Sozialidylle von pünktlichen Cowboys, sauberen Häuschen und Volkswagens zivilisatorischer Mission, wo doch gerade dieser Konzern immer wieder heftigste Kritik von Gewerkschaftlern aushalten mußte?
„DIE FARM AM AMAZONAS — Von VW lernen“ heißt die kritische Darstellung, in der die ARBEITSGRUPPE BRASILIEN die Geschichte, Hintergründe und Schäden durch das Projekt untersucht. Kurzbilanz: die Farm ist überwiegend vom Staat finanziert, in eine Gegend mörderischer Kämpfe zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern eingepflanzt, versucht den Arbeitern gegenüber äußerste Disziplin durchzusetzen, nutzt Tagelöhner unter sklavereiähnlichen Arbeitsverhältnissen aus — und droht mittelfristig zu Ödland zu verfallen.
Die Broschüre der Arbeitsgruppe richtet sich in erster Linie an Multiplikatoren der Bildungsarbeit, um der VW-Propaganda eine fundierte entwicklungspolitische Kritik entgegenzusetzen. Sie ist reichlich illustriert sowie dokumentiert und gibt ein Bild von „Cristalino“, das VW nicht gefallen dürfte.

Vierzig Seiten, Din A4, 4,- DM plus Versandkosten bei DRITTE WELT HAUS Bielefeld, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld erhältlich.



... Nun noch ein paar Anmerkungen zu Eurem Blatt.
Die „blätter“ beinhalten Informationen und zeigen Zusammenhänge im Detail auf, die man durch die großen Medien nicht — und wenn, doch sehr verfälscht bekommt. Für diese gewiß mühevolle Kleinarbeit möcht ich Euch danken. Sehr wichtig finde ich die Schwerpunktthematika wie z. B. Medizin u. 3. Welt oder Rüstung u. 3. Welt. Erfreulich ist auch das Eingehen auf die Politik in den Ländern der 3. Welt und die Politik zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Hier setzt aber auch mein erster Kritikpunkt an. In den „blättern“ ist zuviel trockene Politik, die schwer lesbar und schwer verständlich rüberkommt.
Ich wünschte mir hier mehr Reportagen und Bericht aus den 3. Welt-Ländern, die die Auswirkungen diese Politik auf den kleinen Mann in Afrika oder Lateinamerika aufzeigen, mehr Berichte über die Lebensweise, Lebenhaltung, Lebensgefühl der Menschen in der 3. Welt.
Es sollten auch verstärkt positive Erfahrungen vermittelt werden, über erfolgreiche, den Menschen nützende Entwicklungshilfeprojekte. Auch sollen mehr Informationen über die deutschen oder europäischen Selbsthilfegruppen, 3. Weltkreise und -läden, deren Aktionen, Erfahrungen etc. vermittelt werden. Ich wünsche mir, daß das Blatt mehr weg geht von rein informativ theoretischen Entwicklungshilfe*politik*blatt zu einem Blatt, das Vermittler ist einerseits zwischen den deutschen (europäischen?) Entwicklungshilfegruppen und andererseits zwischen den Menschen in Deutschland und den Erdenbürgern in der 3. Welt. Also mehr praxisorientierte Informationen, Berichte, Erfahrungen ....

Herbert Renner



Liebe Leute von den Blättern!

Während einer längeren Reise komme ich endlich dazu, Eure Dezember — 83- Nummer zu lesen. Bei den Leserbriefen hat mich der von „Lorenz“ besonders aufgeregt. Es ist eine typische Arroganz in der westdeutschen Linken, sich hinzustellen und zu sagen: *kritisiert Euch gefälligst selbst, aber so wie Eure Zeitung ist, gefällt sie mir nicht — also bestelle ich sie ab!* Besonders unverständlich ist mir das, wenn ich

mir überlege, *wie* sich „Lorenz" internationalistische, antiimperialistische Arbeit hier machen will, *ohne* diese vielen Einzelinformationen und -analysen aus den unterschiedlichsten Ländern. Und wenn er schon solch eine Diskussion haben will, sollte er sich nicht bequem hinsetzen und motzen, sondern anfangen, ein Papier für die „blätter" zu schreiben.
Ich schreibe auch besonders deshalb, weil mir die Dezember-Nr. (114) mal wieder gezeigt hat, wie wichtig mir Eure Zeitung ist. Z.B. solche Hintergrundartikel über Armenien oder solche Länderberichte aus der Türkei, Uganda oder Indonesien, haben mir sehr viele neue Informationen gegeben, durch die ich auf ähnliche oder gleiche Strukturen gestoßen werde, die überall in der Welt wüten.
Durch die „blätter" komme ich über den engen Kontinent meiner Lateinamerika-Arbeit hinaus.
Gut, daß es Euch gibt.

Michael, Münster

Zeitschriftenübersicht

ded-Deutscher Entwicklungsdienst Nr. 4/83
Schwerpunktthema: Verwirrung der Sprachen, Papua-Neuguinea, Land ohne gemeinsame Muttersprache — Togo, in welcher Sprachen alphabetisieren? — Musikentwicklung in Lesotho — Thailand, Deutscher Arbeitsstil — Sprachverwirrendes aus verschiedenen Ländern — Sprachverwirrung in der BRD — binationale Partnerschaften — Terminkalender — Adressen
Bezug: ded, Deutscher Entwicklungsdienst, Kladower Damm 199, 1000 Berlin 22

★ ★ ★

Informationsdienst Südliches Afrika 1 Januar/Februar 1984
Schwerpunkt: INKATHA: Letzte Hoffnung Buthelezi? — Geschichte und Struktur von INKATHA, Trittbrettfahrer Buthelezi, Gewalt — frei nach INKATHA, Bergpredigt, Rechtsalltag in Südafrika, Repression in Nambia 1983, Operation Askari — Südafrikas Überfall auf Angola, Botha besucht Bonn, Soyikwa Theater, der Fall Magdy Gohara, Nachrichten
Einzelpreis: 5,- DM, Abo: 40 DM
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

★ ★ ★

ila — Info, Nr. 73. Februar 1984
Schwerpunkt: Brasilien: Man exportiert uns das Brot vom Tisch weg: Menschenopfer auf dem Altar des Fortschritts, Reisebericht — dann standen zwei Destillatoren still (Streiks der Petroleros und Reaktion der Regierung — verzweifelter Überlebenskampf der Pataxo Ha Ha Haë — Indios. Berichte und Hintergründe: Die Macht der Militärs in Uruguay — **Boliviens Demokratie unter der Schuldenlast** und IWF-Diktat (Interview mit Pater Francisco Alfonso) — Todesschwadronen in El Salvador: Wo mächtige Interessen im Spiel sind ... Flüchtlinge in Colomancagua wehren sich gegen ihre Umsiedlung.
Ländernachrichten: El Salvador, Grenada
Solidaritätsbewegung: Aktion Sobradinho, Fragen an brasilianische Bischöfe, Stiftung zur Erinnerung an die Opfer des 19. Oktober und weitere Notizen aus der Bewegung, Buchbesprechungen,
Einzelpreis: 3,- DM, Jahresabo: 30,- DM
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

★ ★ ★

Befreiung, Zeitschrift für Politik und Wissenschaft, Nr. 28
Glucksmann und die Macht des Abgrunds/ Kritik der deutschen Friedensbewegung — Vier Träume vom sicheren Leben — Wo bitte, liegt Jena? — Wir. Über die Don Quichottes der Utopien und andere Deppen der Geschichte — Geschichte als Schmuggelware — Brief an Majakowski — Aufstand der Minderheiten im Libanon — die PLO probt die Spaltung — Rezensionen.
Einzelpreis: 9,- DM, Abo: 4 Hefte: 25,- DM
Bezug: Befreiung, c/o Karin Hoßfeld, Fritschestr. 25, 1000 Berlin 10

★ ★ ★

Entwicklungspolitische Korrespondenz 5/83
Schwerpunkt: Militarismus — Frieden — Dritte Welt. Zusammenhang zwischen Frieden und Dritte Welt Bewegung. Erzwungene Aufrüstung in Nicaragua. Arbeitsbrigaden in Nicaragua. Interview mit Henning Scherf. Kriege im 'Frieden'. Nukleare Aufrüstung der Dritten Welt. Die schnelle Eingreiftruppe der USA. Atomtests im Pacific. Apartheid im Stillen Ozean.
EPK 5/83: 52 S,. 5,- DM
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

AIB — Antiimperialistisches Informationsbulletin, 3/84
AIB-Aktuell: Das Dilemma im Libanon — El Salvador: Gespräch mit der Bonner FMLN/ FDR — Vertretung, Plattform der FMLN/ FDR für eine provisorische Regierung — Grenada: Kenrick Radix, Widerstand wie ihn das Volk will — Chile: 1984 — Jahr der Streiks? — Westsahara: Das verhinderte Referendum — **Marokko: „Aufruhr" in Hassan's Königreich — Südafrika: Interview mit** Joe Jele (ANC) — Philippinen: Marcos-Regime zwischen Skylla und Charybdis — Berichte und Interviews zum Libanon und Iran. Infodienst, Rezensionen, Kurzinfo's
Einzelheft: 2,50,- DM,
Jahresabo: 25,- DM
Bezug: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg

★ ★ ★

epd-Entwicklungspolitik Nr. 4/5, 1984
Information: Schuldenknechtschaft/Lomè-Bilanz-Bankeninitiative/„Weiße Revolution"-Anhörung „Entwicklung und Rüstung" — Umweltbewußtsein in der Dritten Welt
Bericht/Kommentar: Grundbedürfnisse bestimmen die Richtung (Anne-Marie Holenstein) — Pestizid-Netzwerk fordert Exportkontrollen (Miges Baumann) — Bundesländerhilfe für die Ärmsten und Exportförderung (Wolfgang Plischke) — Giftiges zum Giftbefund (Peter Bosse) — Interview: Malaysia braucht ein Self Reliance Konzept
Dokumentation: Pestizidexport in die Dritte Welt — Die Industrie zum Pestizidexport — Die Bundesregierung zum Pestizidexport — Stimmen aus der Dritten Welt — Strukturelle Sünde und Ungerechtigkeiten — Wenn der Sachzwang zur Sünde wird
Einzel-/Doppelnummer: 3,-/4,50 DM
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/M.

Neuerscheinungen

Leslie Hamilton, W. D. Just: Armut und Abhängigkeit in der EG
Texte zum kirchlichen Entwicklungsdienst

Jochen Hippler (Hrsg): Amerika muß die Führung übernehmen ...
USA, Militärpolitik und Dritte Welt
280 Seiten, 23,- DM, Dez. 1983
Trikont Verlagsgesellschaft mbH, Erftstr. 9, 41 Duisburg

Frieden sichern — Frieden fördern
Abrüstung und Entwicklung in den 80er Jahren
Reihe UN-Teste Band Nr. 31
84 Seiten, 8,50 DM
Vertrieb: UNO-Verlag, Simrockstr. 23, 53 Bonn

Abstracts of Current Studies 1983: The World Bank Research Programme
270 Seiten, Dez. 1983
Hrsg: The World Bank, Washington D. C.

Helvetas-Schweizerisches Jugendschriftenwerk (Hrsg): Die Dritte Welt im Einkaufskorb
Unterrichtsmaterial mit Arbeitsmappe
9,- SFR, 1984
Bezug: Helvetas Informationsdienst, St. Moritzstr. 15, Postfach, CH-8042 Zürich

Helvetas (Hrsg): Kezang und Wangmo
Unterrichtseinheit
49 Seiten, 9,- SFR, Jan. 1984
Bezug: Helvetas, St. Moritzstr. 15, Postfach, CH-8042 Zürich

Bestuzev-Lada, Igor: Die Welt im Jahr 2000
Eine sowjetische Prognose für unsere Zukunft
Hrsg: Gernot Erler
147 Seiten, 16,- DM, Freiburg 1984
Dreisam-Verlag, Freiburg

Andreas Buro, Karl Grobe: Vietnam! Vietnam?
Die Entwicklung der sozialistischen Republik Vietnam nach dem Fall Saigons
238 Seiten, 14,- DM, Frankfurt a. M. 1984
edition suhrkamp Nr. 1197

DSE (Hrsg): Entwicklungsländer-Studien
Bibliographie entwicklungsländerbezogener Forschungsarbeiten, Band 19
261 Seiten, Bonn 1983

Hans-Peter Drögemüller: Iranisches Tagebuch — 5 Jahre Revolution
460 Seiten, 29, 80 DM, Hamburg 1983

ÖFSE (Hrsg): Ausgewählte neue Literatur zur Entwicklungspolitik
Annotierte Bibliographie
Dez. 1983
Bezug: ÖFSE, Türkenstr.3/III, A-1090 Wien

Auszeit 8, 21. Jg. 1983: Hochschulzugang von Ausländern
World University Service BRD, Wiesbaden/Bonn

Walter Sülberg (Hrsg): Pädagogik: Dritte Welt Jahrbuch 1983
IKO Verlag für Interkulturelle Kommunikation

SOMOS: Nicaraguas Frauen zwischen Alltag und Befreiung
286 Seiten, 12,80 DM, Februar 1984
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Hamburger Arbeitskreis Asyl e. V. (Hrsg.): Asyl — nach der Flucht ins Lager
Ein Lesebuch
88 Seiten, 8,- DM, 1983

Christen Für den Sozialismus (Hrgs): Kultur des Versehens gegen Kolonialismus der Idee

Dürsch, Walter: Die letzte Chance unserer Generation
Verlag zur heilen Welt

Werning, Raim; US-Imperialismus auf den Philippinen
Wurf-Verlag 1983

Goldberg, Bernd: 50 Jahre Partido Aprista Peruano (PAP) 1930-80
Eine sozio-ökonomische Analyse der Politik Perus
660 Seiten, 57,- DM, 1983
Verlag Breitenbach Publishers

Institutio Aleman de Desarrollo: Monetarismo en Uruguay
Efectos sobre el Sector Industrial
Berlin 1983

Alrun Hürter (Hrsg): Israel und Südafrika
Eine Dokumentation ihrer Beziehungen
72 Seiten, 5,- DM, Bonn 1983
edition südliches afrika 16

W. Geisler, G. Wellmer: DM-Investitionen in Südafrika
320 Seiten, 17,80 DM, Bonn 1983
ISSA wissenschaftliche Reihe 10

Ghassan Kanafani: Bis wir zurückkehren
Palästinensische Erzählungen II
160, Seiten, 20,- DM, 1984
Lenos-Verlag, Basel

Tagungshinweise

„Energieprobleme Erste Welt-Dritte Welt", 12.-14. 10. 84, Münstertal (Schwarzwald), Information und Anmeldung: E. F. Schumacher-Gesellschaft, Gutbrodstr. 33, 7000 Stuttgart

★ ★ ★

„Hilfe zur Selbsthilfe: Genossenschaften in der Dritten Welt", 30. März-1. April 84, Beilngries, Information und Anmeldung: Thomas Dehler-Institut, Agnesstr. 47, 8000 München 40

★ ★ ★

„Koreas Kultur in Nord und Süd", 23.-25. März 84, Schmitten-Hunoldtal „Menschenrechte im sozialen und ethnischen Konflikt am Beispiel Philippinen und Sri Lanka", 23.-25. März 84, Schönberg
Information und Anmeldung: Evang. Akademie, Arnoldshain, 6384 Schmitten/Ts.

★ ★ ★

Kurdisches Neujahrsfest „NEWROZ": Samstag, 24. März 84, 19h, Duisburg, Rhein-Ruhr-Halle, Walter Rathenaustr. 1b und Samstag, 31. März 84, 19h, München, Schwabinger Bräu, Leopoldstr. 82
Information und Kontakt: KOMKAR, Burgunderstr. 35-37, 5 Köln 1

„Lomé III-Wendepunkt oder Rückschritt europäischer Entwicklungspolitik?", 30. 5.-1. 6. 84, Hofgeismar
„Sudan-Flüchtlingsland zwischen Afrika und arabischer Welt", 22.-24. 6. 84, Hofgeismar
Information und Anmeldung: Evang. Akademie, Postfach 352 Hofgeismar

★ ★ ★

„Dritte Welt im Kindergottesdienst" (Werkstattseminar), 11.-13. Mai 84, Frankfurt
„Dritte Welt in Spiel und Theater", 24.-26. August 84, Frankfurt
„Alternative Ernährung und Dritte Welt", 28.—30. September 84, Frankfurt
Information und Anmeldung: Ökumenische Werkstatt Rhein-Main, Praunheimer Landstr. 206, 6000 Frankfurt/M. 90

★ ★ ★

„Zur politischen Entwicklung der Türkei", 23.-25. März 84, Kleve
Information und Anmeldung: Humanistische Union, Kronprinzenstr. 15, 43 Essen 1

★ ★ ★

Erster gemeinsamer Frauenkongreß gegen die besondere Unterdrückung von ausländischen Mädchen und Frauen, 23.-25. März 84, Frankfurt
Kontakt: Schriftlich: IAF, Mainzer Landstr. 241, 6000 Frankfurt
telefonisch: Frankfurter Frauenbuchladen, di. und fr. 16.30-18.30 h, 0611-705295

„Entwicklung und Unterentwicklung", 30. 3.-1. 4. 84, Espelkamp

★ ★ ★

„Drei Welten oder eine?" (Einführungsseminar), 9. 4.-14. 4. 84, Bielefeld

★ ★ ★

„Ausländerfeindlichkeit — und was wir damit zu tun haben", 13.-15. 4. 84, Tecklenburg

★ ★ ★

„Sozialarbeit hier und in der Dritten Welt" (Vorbereitungsseminar für eine Zambia-Studienreise im Herbst 84), 27.-29. 4. 84, Bielefeld

★ ★ ★

„Amerikas Hinterhof: Revolution und Konterrevolution in Nicaragua und El Salsador", 18.-20. 5. 84, Bielefeld

★ ★ ★

„Exportorientierte Entwicklungsstrategie und Unterdrückung von Minderheiten: Das Beispiel Sri Lanka", 4.-6. 5. 84, Nordwalde/Münster

★ ★ ★

„Demokratisierungstendenzen in Lateinamerika (Bsp. Argentinies und Chile)", 25. 5.-27. 5. 84, Bonn
Information und Anmeldung: AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho

Miserables Spanisch

Betrifft: Solidarität mit den peruanischen Minenarbeitern von CATA ACARI (blätter des iz3w Nr. 115)

In der vergangenen Nummer der blätter war ein Aufruf abgedruckt, verbunden mit der Aufforderung, den Kampf der peruanischen Minenarbeiter durch Briefe an den peruanischen Präsidenten und die Abgeordneten des peruanischen Parlaments zu unterstützen. Der spanische Briefvorschlag wimmelte von z. T. sinnentstellenden Rechtschreibefehlern: nach eigener Zählung 26 Fehler! Wir bedauern die Verbreitung einer derart miserablen Vorlage ausserordentlich und danken allen Lesern, die uns mit der Übersetzung der fehlerhaften Worte ins Spanische bei der Korrektur unter die Arme gegriffen haben. Im folgenden veröffentlichen wir den Brief noch einmal in der Hoffnung, daß sich möglichst viele unserer Leser an der Aktion beteiligen.

Die Redaktion

Sendet die Briefe bitte an folgende Adressen:

1. Señor Fernando Belaunde Terry
Presidente de la Repúbilca del Perú
Palacio Presidencial
Lima – PERÚ

2. Señoras y Señores
Diputados del Perú
Palacio Congreso
Lima – PERÚ

Exmo. Señor Presidente,
Aquí en la República Federal de Alemania hemos sabido del problema de los mineros despedidos de la mina del cobre de CATA ACARI como de otros mineros. Desde hace más de trece meses los mineros de CATA ACARI y sus familias viven en circunstancias indignas de un ser humano.
Cada intento de acercarse a Ud con las reivindecaciones justas era rechazado. Muchas veces acciones policiales y detenciones fueron la respuesta. Protestamos energicamete. Solicitamos entrega de ayuda económica inmediata y también de forżar la reincorporación de los mineros de CATA ACARI.
Apelamos a Ud como Presidente democraticamente elejido garantizar el respeto de los derechos humanos para todos los peruanos.

Atentamente.

Ebenso ist der fogende Brief ziemlich verunglückt!
Sendet ihn bitte an nachstehende Adresse:
Dr. Ricardo Dias Chavez
Jiron Puno 387
Oficina 404
Telephon 287106

Lima PERU

A los mineros de las minas CATA ACARI, Aquila, Ancash. Queridos amigos!
Aquí en la República Federal de Alemania hemos oido de su lucha por sus puestos de trabajo. Sabemos que estań desde diciembre 1982 en Lima y tienen que virvir bajo condiciones indignas de un ser humano.
Estamos consternados e indignados que el gobierno Belaunde no reaccoina sino con violencia y represion a sus reinvindcaciones y los de su sindicato. Su lucha es única en el movimiento obrero internacional. Nos declaramos solidarios con Vds.; por el Gobierno Belaunde para que termine la represion y ofresca negociaciones.
Les apoyamos en la lucha común.
Les saludamos muy solidariamente

Remitente/Absender:
....
....

FÖRDERKREIS FÜR DIE blätter des iz3w

Viele kleine Spenden sichern unser Überleben

Die »blätter des iz3w« erscheinen mittlerweile seit 12 Jahren. Für eine in starkem Maße von ehrenamtlichen Mitarbeitern getragene Aktionsgruppe, die ohne potente Geldgeber auskommen muß, ist diese Kontinuität keine Selbstverständlichkeit. Zu unserem bisherigen Überleben haben viele Leser der »blätter des iz3w« beigetragen. Zahlreiche Leser haben uns bei Bezahlung der Abonnementrechnung gleichzeitig eine Spende überwiesen. Von großer Bedeutung für uns sind auch die regelmäßigen Spenden, die wir im Rahmen des »Förderkreises« erhalten, da wir mit diesen Einnahmen kalkulieren können.

Deswegen bitten wir alle Leser, die hierzu finanziell in der Lage sind, uns im Rahmen des »Förderkreises« durch einen Dauerauftrag zu unterstützen (ab monatlich DM 5,– bzw. vierteljährlich DM 15,–).
Mit dem Beitrag zum Förderkreis ist das Abonnement bezahlt. Ein Formular zur Einrichtung eines Dauerauftrages, das Sie Ihrer Bank schicken können, haben wir nebenstehend abgedruckt. Inhaber von Postscheckkonten erteilen einen Dauerauftrag auf dem Hauptteil des Überweisungsvordruckes. Bitte informieren Sie auch das iz3w.
Wir danken allen, die durch eine Spende unsere Arbeit finanziell absichern.

An die Aktion Dritte Welt e.V.
Postfach 5328
7800 Freiburg

Ich bin dem Förderkreis des iz3w beigetreten und überweise am .... jeden Monats /
am .... jeden ersten Monats eines Vierteljahres DM .... an die Aktion Dritte Welt e.V.

Ich bin bereits Abonnent: ja – nein

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

An

. . . .
(Bank)
Bitte überweisen Sie von meinem Konto Nr. am . . . . . . jeden Monats / am . . . . jeden

ersten Monats eines Vierteljahres DM . . . .

an Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg

Postscheckamt Karlsruhe Nr. 148239 - 755 (Bankleitzahl 660 100 75)*

Dieser Auftrag gilt bis zum Widerruf.

. . . .
(Ort und Datum) (Unterschrift)

* Für Abonnenten in der Schweiz: Postscheckamt Basel, Nr. 40 - 35899,
Für Abonnenten in Österreich : Österreichische Postsparkasse, Nr. 2377.047

Abo + Bestellzettel

Informationszentrum
Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

☐ **Ich abonniere die „blätter des iz3w" (8 Hefte pro Jahr zum Preis von 40 DM)**
☐ **Ich abonniere die „blätter" zum Preis für kleine Brieftaschen (Schüler, Studenten, ZDL'er und andere einkommensschwache Personen für 30 DM p. a.)**
☐ **Ich unterstütze das Informationszentrum 3. Welt ein Förderabo von ______ DM (monatl. mind. 5 DM)**
☐ **Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar**
☐ **Ich bestelle aus eurem Vertrieb (siehe Rückseite)**

Bücher, Broschüren, Materialien

___ iz3w, **Entwicklungspolitik — Hilfe oder Ausbeutung?** Die entwicklungspolitische Praxis in der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe, vollst. überarbeitete Neuauflage Aug. 83, ca. 360 Seiten **14,80**

___ iz3w, **»Klar, schön war's, aber . . .«**, Tourismus i. d. 3. Welt, Juni 83, 184 Seiten **9,80**

___ iz3w, **Der Palästina-Konflikt und was wir damit zu tun haben**, Einführung in die versch. Aspekte des Palästinaproblems, Juni 83, 264 Seiten **10,80**

___ Francis Moore Lappé und Joseph Collins, **Zehn Legenden um den Hunger in der Welt »Food First« Comic**, 1977, 84 Seiten **3,50**

___ iz3w, **Probleme der 3. Welt**, Einführung für Schüler der Sekundarstufe 1, 1978, 42 Seiten **1,50**

___ iz3w / Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal **Nicaragua — Ein Volk braucht Frieden**, Juni 1983, 24 Seiten **1,—**

___ iz3w, FDCL, ILA, **Chile — 10 Jahre Militärdiktatur**, Sept. 1983, 24 Seiten **1,—**

___ Plakat **»Rohstoffe in der Dritten Welt«**, 2farb., DIN A2 **2,—**

___ Plakat **»Welthandel«**, 2farb., DIN A2 **2,—**

___ Plakat **»Ordnung muß sein«**, 2farb., DIN A2 **2,—**

___ Landkarte **Mittelamerika**, detailliert, 4farb., DIN A1, gefaltet auf DIN A5 **7,—**

GEB-Loseblattsammlung

Mappen ca. 32 Seiten, kopierfähig, Preis je Ex. 5 DM, ab Nr. 12 6 DM, Doppelnr. 10 DM

___ **Nr. 1:** C. Neven-du Mont: **Nicaragua** (aktualisierte Neuauflage)
___ **Nr. 2:** S. Schulte: **Unterrichtsprojekt.** Praktische Unterstützung für die Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern der Westsahara (vergriffen)
___ **Nr. 3:** W. Reiche / C. Gebhardt: **Peru.**
___ **Nr. 4:** G. Rakelmann: **Zigeuner.**
___ **Nr. 5:** I. Körber / A. H. Behrawan: **Iran.**
___ **Nr. 6:** W. Kobe / D. Seifried: **Welthandel I**
___ **Nr. 7:** W. Schmidt-Wulffen: **Kolonialismus**
___ **Nr. 8/9:** D. Seifried: **Welthandel II** (Neue Weltwirtschaftsordnung, Internationale Arbeitsteilung, Multis)
___ **Nr. 10:** J. Lieser: **Bolivien**
___ **Nr. 11:** H.-J. Müller: **Imperialismus**
___ **Nr. 12:** W. Beyer: **Großtechnologie.** Entwicklungsprojekte in Brasilien
___ **Nr. 13** M. Geisler: **Tourismus**
___ **Nr. 14:** Autorenkollektiv: **Modernisierung des Elends**

Sonderdrucke

Von Themenblöcken der **»blätter des iz3w« je Heft 2 DM + Porto**

___ Unterdrückung der Indios, 20 S. — Juni 77
___ Landwirtschaft i. d. 3. Welt (1), 40 S. — Dez. 77
___ Landwirtschaft i. d. 3. Welt (2), 40 S. — Feb. 78
___ Sri Lanka, 20 S. — Feb. 79
___ Ausländer i. d. BRD, 20 S. — Juni 79
___ Frauen i. d. 3. Welt, 32 S. — Aug. 80
___ Angepaßte Technologie, 32 S. — Sept. 80
___ alle Sonderdrucke zusammen zum Preis von 10 DM (7 Hefte) incl. Porto und Verpackung

Bücher im Vertrieb des iz3w

___ Rudolf H. Strahm, **»Überentwicklung — Unterentwicklung«** Ein Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut, 6. Aufl. 1982, 142 Seiten **8,—**

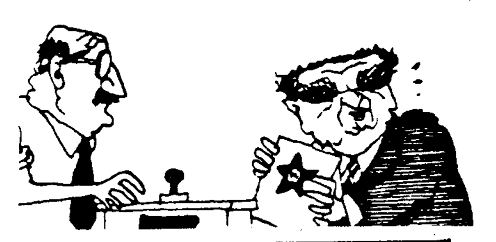
___ B.I.V.S., **Das Elend der Modernisierung — Die Modernisierung des Elends**, Unterentwicklung und Entwicklungspolitik in Lateinamerika, 1. Aufl. 1982, 160 Seiten **5,—**

Ausgaben der »blätter des iz3w«

___ **blätter des iz3w,** Nr. ______
Themenschwerpunkt ______
______ **2,50**

___ **blätter des iz3w,** Nr. ______
Themenschwerpunkt ______
______ **4,—**

___ **blätter des iz3w,** Nr. ______
Themenschwerpunkt ______
______ **5,—**

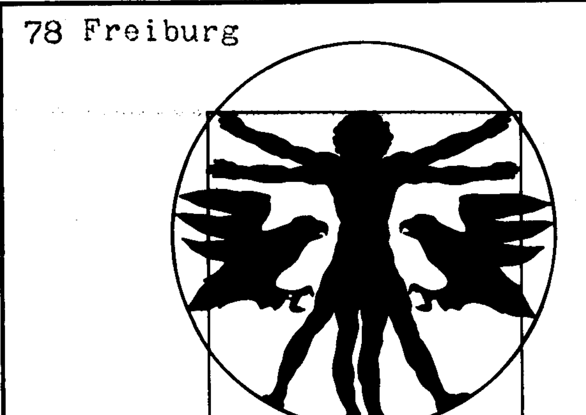


Postscheckkonten:

Aktion Dritte Welt e. V.
Karlsruhe Nr. 148239-755
Basel Nr. 40-35899
Österreichische Postsparkasse 2377.047

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Gabi MEIER
Hinterkirchstr. 7
78 Freiburg



Lehrerinnen- & Lehrerkalender 1984/85
8. Jahrgang

Auch im kommenden Schuljahr wieder *das* Gebrauchsbuch für den Schulalltag: ein politisch- literarisches Lese- und Bilderbuch und zugleich praktischer Taschenkalender für Lehrerinnen und Lehrer von der Zwerg- bis zur Mammutschule. Mit vielen Sachen zum Schmunzeln und Nachdenken, Karikaturen, Fotos und wieder neuen praktischen Tips und Extras. Im Anhang Unterrichtsvorschläge und das Neueste vom UE-Markt, sowie die unvermeidlichen Schüler- und Notenlisten. Kalendarium schuljahresbezogen von August 84 bis Juli 85.
352 Seiten, DIN A 6, flexibel gebunden DM 10,- (ab April)

Harald Bodenschatz, Volker Heise, Jochen Korfmacher

SCHLUSS MIT DER ZERSTÖRUNG?
Stadterneuerung und städtische Opposition in West-Berlin, Amsterdam und London

Das Buch ist das Ergebnis eines mehrjährigen Forschungsprojekts am Fachbereich Architektur der TU Berlin. Beschrieben und dokumentiert wird die Geschichte der Stadterneuerung in den drei Städten seit dem zweiten Weltkrieg, mit Fallstudien zur „Betroffenenbeteiligung". Der internationale Vergleich zeigt die unterschiedlichen, aber gleichzeitig verwandten Züge sozialdemokratischer Reformpolitik (SPD, Labour und PvdA), deren Krise und die in der Folge sich entwickelnde städtische Opposition: die Hausbesetzer in West-Berlin, die Kraker in Amsterdam, die Squatter in London. Begleitet werden die Texte mit zahlreichen Dokumenten und Fotos.
Paperback, 445 Seiten, über 100 Abbildungen DM 34,-

Klaus Pohl (Hrsg.)

ANSICHTEN DER FERNE
Reisephotographie 1850 bis heute

Das Buch zeigt die enge historische Verknüpfung zwischen Reisen und Fotografieren. Die Erschließung der Welt und die Veränderung der Wahrnehmung durch das neue Medium wird in 3 Phasen dargestellt: 1. Die frühe Reisephotographie, die Mitte des 19. Jhs. beginnt; 2. Reisejournalismus der 20er und 30er Jahre; 3. Reisephotographie, Bilder der Touristen. Das Buch ist zugleich Katalog der gleichnamigen Ausstellung des Deutschen Werkbunds die 1983/84 in verschiedenen Museen und Kunstvereinen gezeigt wird.
Paperback, 197 S., 250 z.T. farb. Abbildungen DM 29,80



KUNST GEGEN STARTBAHN WEST
Arbeiten von Betroffenen
Herausgegeben von Bruno Struif

Anläßlich eines künstlerischen und literarischen Wettbewerbs „Startbahn West", den die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt, Ortsgruppe Darmstadt, organisierte, wurden über 350 Arbeiten von Laien und Künstlern eingereicht: Vom Ölbild bis zur Collage, vom Salzgebackenen bis zur Holzplastik, Ton-, Zinn- und Batikarbeiten, Gedichte, Prosatexte, Lieder. Es sind Zeugnisse betroffener Bürger – darunter viele Kinder! – ihrer Wut und ihrer Betroffenheit über das menschenverachtende, umweltzerstörende Projekt Startbahn West. Zeugnisse aber auch der Kraft und des Mutes zum Widerstand, der erlebten Solidarität und des wachen politischen Bewußtseins.
Paperback, 168 Seiten, 150 z.T. farb. Abbildungen DM 24,80
Postkartensatz: 8 Farbdrucke DM 8,-

FONTANA MARTINA
Vollständiger Faksimile-Druck mit einem Anhang
Herausgegeben von Dietger Pforte

Am Voraband des deutschen Faschismus (1931/32) gaben die Gründer der sozialistischen Siedlung in Fontana Martina (Tessin) eine bibliophile Zeitschrift heraus, an der u.a. der Worpsweder Maler Heinrich Vogeler und der Graphiker Carl Meffert (Clement Moreau) mitarbeiteten. Die neu bearbeitete 2. Auflage des vollständigen Faksimiledrucks dieses zeitgeschichtlichen u. künstlerischen Dokuments liegt nun im Anabas-Verlag vor.
Pb., 392 S., zahlreiche Graphiken und Holzschnitte DM 48,-

